

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustriertem Sonntagsheft. „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Betriebsverordnungen. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich auch außer Montags.

#### Die Interflons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 20 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedächte und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition W bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Nieder mit der Gerechtigkeit!

Der Ende August veröffentlichte Entwurf einer Strafprozessordnung mit Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz ist ein reaktionäres Nachwerk allerhöchster Art und ein schamloses Ausnahmengesetz gegen die arbeitende Klasse und den Mittelstand.

Der große Umfang des Entwurfs, die Unübersichtlichkeit der Neuerungen und offizielle Mittelungen über Einzelheiten des Entwurfs sind freilich geeignet, den wahren Inhalt des vom Reichsjustizamt gemachten Gesetzesvorschlages zu verschleiern. Der Strafprozessordnungsentwurf enthält 600, die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz 70 und das Ausführgesetz zu den beiden Gesetzesentwürfen 12 Paragraphen. Diese 682 Paragraphen geben zum Teil das bestehende Gesetz in anderer Reihenfolge wieder, zum größten Teil weichen sie vom bestehenden Recht mehr oder minder erheblich ab. Ein Vergleich mit der bestehenden Gesetzgebung ist dadurch außerordentlich erschwert, daß eine Hervorhebung der Änderungen durch Druck unterlassen ist.

Nach außen hin wird es so hingestellt, als trage der Entwurf endlich den so vielfach meist über die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie hinaus erhobenen Forderungen nach einer gerechten Rechtspflege wenigstens in etwas Rechnung. In der Tat ist aber der Entwurf, so wie er vorliegt — und das wird bei genauerem Studium immer klarer — noch eine ganz erhebliche Verschlechterung der bestehenden Gesetzgebung, macht die Justiz noch mehr als bisher zur Dienerin der Interessen der herrschenden Klasse und versperrt des Berechtigten den Zutritt zu den deutschen Gerichten.

Nach innen wird rechtlos wird der Angeklagte nach dem vorgeschlagenen Verfahren. Vermehrung der Schöffen, Einführung der Verurteilung, Verbesserung des Vorverfahrens, Befestigung von Mängeln der Untersuchungshaft, besonderes Verfahren gegen Jugendliche sind blendende, täuschende Ausschmückungen für den Inhalt des Entwurfs. Tatsächlich enthält er eine erhebliche Verschlechterung der Gerichtsorganisation, eine Einengung der Mitwirkung von Laien, eine Befestigung der wenigen bestehenden Garantien gegen ungerechte Verurteilungen und allzu schrankenlose Willkür der Strafverfolgungsbehörden.

Es bleibt uns vorbehalten, in einer Reihe von Artikeln im einzelnen auf den Entwurf einzugehen. Für heute seien die charakteristischsten Hauptzüge des Entwurfs herabgehoben.

Die Verwaltungsbehörde — die Staatsanwaltschaft — soll nach dem Entwurf nicht nur herrschende Herrin des gesamten Strafprozesses bleiben, vielmehr soll ihre Allmacht erweitert, Willkür der Staatsanwaltschaft zum gesetzlichen Prinzip erhoben werden. Vor 34 Jahren prophezeite ein badiischer Ministerialdirektor, daß die Institution der Staatsanwaltschaft, wie sie heute besteht, notwendig die Richter moralisch und intellektuell degradieren müsse. Die Prophezeiung ist eingetreten. Der Entwurf reiht noch weitere Schranken ein, die der Verschlechterung der Justiz durch eine Verwaltungsbehörde entgegenwirken. Das geltende Recht wird von dem Legalitätsprinzip beherrscht, das heißt, die Staatsanwaltschaft ist nach dem Gesetz verpflichtet, ohne Ansehen der Person wegen aller zu ihrer Kenntnis gelangten strafbaren Handlungen einzuschreiten. Der Entwurf will der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit geben, wegen Hausfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, fahrlässiger Körperverletzung und der Übertretung einer Anklage, Verurteilung oder Gewerbeverpflichtung, Verletzung und Sachbeschädigung nur vorzugehen, wenn die Verurteilung nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „dem öffentlichen Interesse dient“. Es steht demnach künftig z. B. vollständig in ihrem Ermessen, ob sie Anklage erheben will, wenn durch die Fahrlässigkeit eines Unternehmers schwere Unfälle herbeigeführt sind. Von einer Verurteilung der Verdächtigen soll die Staatsanwaltschaft ferner bei allen Übertretungen absehen können, wenn die Verurteilung nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „durch das öffentliche Interesse nicht geboten erscheint“. Nach wie vor würde dann die Staatsanwaltschaft gegen die Arbeiterklasse und den Mittelstand wegen jeglicher Lappalie vorzugehen sich verpflichtet fühlen. Wir erinnern an die Deutungen, die dem Groben-Anflug-Paragraphen und Strafenpolizeiverordnungen gegeben wurden. Flugblattverbreitung, Streikpostensessen und andere nützliche und notwendige, nach dem Gesetz durchaus straffreie Tätigkeiten wurden durch fortwährende Angriffe seitens der Anklagebehörde zum groben Anflug, zur Übertretung von Polizeiverordnungen, Verkommensverordnungen usw. zu stampeln verurteilt. Der Versuch gelang in Preußen durch Entfernung desjenigen Richters aus der höchsten preussischen Strafinstanz, der gegen solche Aufstellung mit Erfolg auftrat. Nach der unfreiwilligen Entfernung des Kammergerichtsrats Hadenstein aus dem Strafsenat wurde in vielen Fällen, die vorher für straffrei erachtet waren, der staatsanwaltliche Irrtum als Wahrheit vom Gericht erklärt. Nach wie vor dürfte in verstärktem Maße die Staatsanwaltschaft auf allen Gebieten gegen die Arbeiterklasse und den Mittelstand vorgehen. Aber sie kann wegen ganz gleichgültiger Handlungen und wegen wirklich strafbarer Handlungen von Beamten und Wohlhabenden in Zukunft die Verurteilung ablehnen, weil diese „durch das öffentliche Interesse nicht geboten erscheint“.

Als oberstes Grundgesetz für die Staatsanwaltschaft des Deutschen Reiches wird nunmehr offen der Rechtsfalsch der Klassenjustiz, der Satz der doppelten Wertschätzung hin- und her: „Wenn zwei das Gleiche tun, so ist es nicht das Gleiche!“ Übertretung der der Behörde nicht genehme Gastwirt

Schulze die Polizeistunde um 15 Minuten, so wird Anklage erhoben. wird die Übertretung durch einen Gastwirt durch Erquickung von Besuchern der Justiz begangen, die die Nacht hindurch hinarbeiten und trinken, so kann die Verurteilung abgelehnt werden, „weil sie nicht durch das öffentliche Interesse geboten ist“.

Das Willkürprinzip, das fortan der Staatsanwaltschaft als Richtschnur gelten soll, ist eine grausame Verhöhnung der Idee des Rechtsstaates, des Rechts und der Rechtsgleichheit. Es zeigt aber dieser Vorschlag formenlos, welches der Zweck der heutigen Justiz sein soll: nicht zu urteilen ohne Ansehen der Person, lediglich nach Maßgabe der begangenen Tat, sondern ohne Rücksicht auf die begangene Tat, lediglich mit Rücksicht auf die Person zu richten, die die Straftat begangen hat. Das vollendete Unrecht wird zum obersten Rechtsfalsch im Deutschen Reich erhoben.

Eine wirkliche Reform des Strafprozesses, die das Recht zur Geltung bringen will, muß die Befestigung des Anklage-monopols der Staatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft selbst verlangen, dieses auch äußerlich abhängigen Verwaltungsorgans als oberster Strafverfolgungsbehörde, dieses Verbotskörpers innerhalb einer Organisation zur Ermittlung und zum Schutz des Rechts. Nur wirklich unabhängigen Richtern sollte die Pflege des Rechts anvertraut werden. Anders der Entwurf. Er erhebt die Staatsanwaltschaft durch die Befestigung des Legalitätsprinzips zum unverhüllten Schuttpatron des Unrechts, erklärt, was bis heute ein mit Zucht haus bedrohtes Verbrechen war, solle fortan von Amts wegen strafflos seitens der Staatsanwaltschaft begangen werden können.

Er vermehrt ferner die Rechte der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Richter und krebt weiter mit dem Märchen von der Unabhängigkeit der Richter. Der Klassenstaat will nicht unabhängige, er will zuverlässige Richter.

Geht der allgemeine Ruf dahin, dem Angeklagten zur Vermehrung der Garantien gegen falsche Verurteilung das Recht einer Verurteilung gegen alle Urteile zu geben, so entzieht der Entwurf dem Angeklagten so ziemlich alle bisher bestehenden geringfügigen Rechte. Er räumt ihm, aber auch der Staatsanwaltschaft, das Recht der Verurteilung gegen alle Urteile, mit Ausnahme der Schwurgerichte- und Reichsgerichtsurteile, ein. Das durch den Entwurf verheißene Verfassungsrecht gegen Strafammerurteile ist wertlos für die Staatsanwaltschaft, wertlos für den Angeklagten. Dies wertlose Recht soll der deutsche Bürger, dessen Verurteilung die Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse für geboten erachtet“, durch Verschlechterung des Verfahrens selbst erlangen. Besser eine gute Instanz mit Rechtsgarantien als zwei oder drei schlechte.

Der Entwurf vermehrt die Befugnisse der gelehrten Richter, schränkt die Tätigkeit der Laienrichter ein, bröckelt von der Kompetenz der Schwurgerichte erhebliches ab, will auch bei der Auswahl der Schöffen das unberühmte Klasseninteresse wahren lassen, nimmt dem Angeklagten das Grundrecht, seinem zuständigen Richter nicht entzogen werden zu dürfen, statuiert für ihn und von neuem für die Presse den fliegenden Gerichtsstand, ermöglicht eine Verlängerung der Untersuchungshaft, beseitigt das bisher noch bestehende Recht, nach Abkühl der sogenannten Voruntersuchung Erhebung einzelner Beweismittel zu beantragen und gegen die Ablehnung seines Antrages Beschwerde zu führen. Er nimmt dem Angeklagten das wesentlichste Verteidigungsmittel, daß alle geladenen Zeugen gehört, alle zur Stelle geschaffenen Beweise erhoben werden müssen, stellt vielmehr die Beweisaufnahme völlig in das Ermessen des Gerichts. Auch die Öffentlichkeit der Verhandlung soll nach dem „Ermessen des Gerichts“ beschränkt werden können. Für die wesentlichsten Strafsachen wird das berühmte Dreimännerkollegium auf Umwegen wieder eingeführt. Der brave Bürger soll ferner für die Verschlechterung der ersten Instanz und für den Schein eines Verfassungsrechts eine Verschlechterung der Revision und des Wiederaufnahmeverfahrens mit in den Kauf nehmen. Das sind die wesentlichsten Grundzüge der mit so großem Pomp angekündigten „Reform“.

Es seien die wesentlichsten Vorschriften des Entwurfs herabgehoben, die das oben angeführte Urteil vollumfänglich bestätigen.

Fortan soll der gelehrte Einzelrichter, der Amtsrichter, ohne Schöffen für alle Übertretungen und solche Vergehen zuständig sein, die nur mit Geldstrafe von höchstens 300 M. bedroht sind oder eine Übertretung gegen § 146a der Gewerbeordnung (Sonntagsruhebestimmungen) darstellen. Für all die Fälle, in denen die Kenntnis des praktischen Lebens dem gelehrten Richter besonders abgeht, ferner für alles, was aus politischen Gründen unter die Presse des groben Anflugs zu bringen versucht wird, — erinnert sei an Anklagen wegen Flugblattverbreitung, Streikpostensessen, Boykott — ebenso für Übertretung von Sonntagsruhebestimmungen sollen die Schöffen ausgeschaltet werden. Die Verurteilung geht dann an das Dreimännerkollegium und eine Schattenrevision an das Oberlandesgericht.

Dem Schöffengericht, bestehend aus einem Amtsrichter und zwei Schöffen, soll eine Reihe von Delikten mehr als heute überwiesen werden. Die Verurteilung vom Schöffengericht geht an ein Dreimännerkollegium, das dadurch für eine Reihe von Delikten zuständig gemacht wird, aber die heute nur fünf Richter entscheiden können.

Die Strafkammern erster Instanz sollen aus zwei gelehrten Richtern bestehen, die aber im Gegenlag zum geltenden Recht den Eröffnungsbeschluß mit gefaßt haben, auch als Verurteilter für denselben tätig gewesen sein können.

Zur Dekoration erhält diese Strafkammer drei durch das Landgerichtspräsidentium besonders ausgewählte Schöffen.

Gegen Urteile dieser Strafkammer soll eine Verurteilung an Berufungsgerichte zulässig sein, die nur aus gelehrten Richtern (fünf) bestehen. Und das trägt man als Verurteilung des Einflusses des Laienelements auf die Rechtspflege anzupreisen.

Die Kompetenz der Schwurgerichte ist eingegrenzt. Der Entwurf ist weit davon entfernt, den Schwurgerichten eine Mitwirkung bei der Anordnung der Verurteilung und bei der Strafzumessung zuzubilligen. Nach wie vor sollen die Geschworenen nur über die Schuldfrage entscheiden. Der Kompetenz der Schwurgerichte sollen in Zukunft entzogen werden: die Fälle der Urkundenfälschung (§§ 208, 272, 273 Str.-G.-B.), des Verbrechen im Amt (§§ 349 und 351 Str.-G.-B.), des Konkursverbrechens (§§ 239 und 242 der Konkursordnung) und die nach dem Depotgesetz strafbaren Depotunterschlagungen.

Nach wie vor soll eine weibliche Person Schöffe nicht werden können. Im Entwurf ist auch dafür Sorge nicht getroffen, daß Arbeiter als Schöffen fungieren. Im Gegenteil: Bislang wählte der Ausschuss (bestehend aus einem Amtsrichter, einem Staatsverwaltungsbeamten und 7 Vertrauensmännern aus den Einwohnern des Amtsbezirks) die erforderliche Zahl von Schöffen. In Zukunft sollen die für die Strafkammer ausgewählten Schöffen vom Ausschuss nur vorgeschlagen werden können, dann nimmt das Landgerichtspräsidentium (ähnlich wie schon jetzt bei den Geschworenen) eine Ausziehung vor.

Die Zuziehung der Laien ist demnach nach dem Entwurf geringer als vormals. Das dekorative Beiwerk von Laienrichtern sollte offenbar die reaktionären Schäden der Vorlage etwas verdecken. Mit welcher Leichtfertigkeit dabei gearbeitet wurde, zeigt ein Umstand. Nach wie vor sollen Volksschullehrer als ungeeignet zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen erachtet werden. An der Stelle des Entwurfs aber, wo von dem Jugendgerichtsverfahren die Rede ist, wird betont, der Amtsrichter solle darauf sehen, „die Schöffen aus Kreisen zu entnehmen, die wie Lehrer... gerade auf dem Gebiete der Jugendberufshilfe Erfahrung besitzen“.

Der fliegende Gerichtsstand soll fortan Gemeingut aller Bürger werden und der Presse wieder zufallen. Jetzt gilt als Gerichtsstand das Gericht am Orte der begangenen Tat und am Wohnort des Beschuldigten. Der Entwurf will außerdem zuständig sein lassen: das Gericht des gewöhnlichen Aufenthalts des Beschuldigten, ferner des Orts, in dessen Bezirk der Verdächtige ergriffen ist, ferner des Orts, an dem ein vorläufig festgenommener vorgeführt wird, und endlich, falls der Angeklagte nicht widerprüft, des Orts, an dem der Beschuldigte sich zur Zeit der Klageerhebung nur vorübergehend aufhält. Eine wahre Katastrophe für die Anklagebehörde zur Auswahl ihr als zuverlässig erscheinender Richter. Keine Ausfichten insbesondere für aus politischen Gründen Verurteilte! Das Wort „nur“ in § 7 der geltenden Strafprozessordnung, durch welches der ausschließliche Gerichtsstand der Presse wenigstens teilweise begründet wurde, ist aus der Vorlage — vielleicht aus Versehen — herausgefallen.

Eins der wesentlichsten Verteidigungsmittel des Angeklagten dagegen, daß er nicht als Unschuldiger auf die Anklagebank gejagt wird, besteht darin, der Anklage gegenüber zu verlangen, daß bestimmte Beweiserhebungen stattfinden und falls kein Verlangen abgelehnt wird, Beweiserhebungen einzulegen. Dies Verwehrecht soll dem Angeklagten genommen werden. Die Beweisaufnahme muß in der Hauptverhandlung zurzeit sich auf alle zur Verhandlung herbeigekommenen Beweismittel erstrecken. Das soll künftig nur noch bei dem Reichsgericht und dem Schwurgericht der Fall sein. Die Erhebung solcher Beweise soll im übrigen durch einstimmigen Beschluß abgelehnt werden können.

Auch die Öffentlichkeit der Verhandlung, eine der wesentlichsten Garantien gegen willkürliche Verurteilung, wird im Entwurf erheblich eingeschränkt. Es enthält schon das Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877, insbesondere in der heutigen Fassung, die es durch die Kartellrechtstagnovelle vom 5. April 1888 erhalten hat, die Rechtsfalschheit arg gefährdende Einschränkungen der Öffentlichkeit. Der Entwurf räumt weiter mit einer der vornehmsten Garantien gegen unbetroffene und bewusste Verurteilung des Rechts auf. Unter dem Vorwande, die Jugendlichen zu schützen, soll das Gericht den in der Öffentlichkeit liegenden Schutz den Jugendlichen „nach freiem Ermessen“ entziehen können. Das gleiche soll der Fall sein, wenn bei Verurteilung Klagen einer der Beteiligten, zu denen der Staatsanwalt gehört, die Ausschließung der Öffentlichkeit beantragt. Kritisiert ein Redner oder die Presse vorhandene Schäden, flugs wird Verurteilungsklage gegen den Sünder erhoben und zur Schonung der Wägen der Beamten und Herrschaften, in deren Interesse der Staatsanwalt Anklage erhoben hat, Heimlichkeit des Verfahrens angeordnet.

Die Untersuchungshaft wird durch den Entwurf verlängert. Der heute schon so häufig mit Recht beklagte Verschleppung der Verurteilung einer Strafkammer gegen Verurteilte durch die Staatsanwaltschaft leistet der Entwurf besonderen Vorschub. Nach § 129 der geltenden Strafprozessordnung muß der vor der Erhebung der öffentlichen Klage erlassene Haftbefehl aufgehoben werden, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt oder wenn nicht binnen einer Woche nach Vollstreckung des Haftbefehls die öffentliche Klage erhoben und die Fortdauer der Haft von dem zuständigen Richter angeordnet, auch diese Anordnung zur Kenntnis des Amtsrichters gelangt ist. Wenn zur Vorbereitung und Erhebung der An-

Klage die Frist von einer Woche nicht genügt, so kann dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft um eine Woche und, wenn es sich um ein Verbrechen oder Vergehen handelt, auf erneuten Antrag um fernere zwei Wochen verlängert werden. Dies keine Palliativmittel gegen allzu große Verschleppungen durch die Staatsanwaltschaft soll in Zukunft im wesentlichen fortfallen: Die Frist von einer Woche ist bei den einfachsten Übertretungen auf zwei Wochen, bei Übertretungen gegen § 361 Ziffer 3 bis 8 Str.-G.-B. und bei Vergehen und Verbrechen auf vier Wochen erhöht, ohne daß die Staatsanwaltschaft innerhalb dieser Frist das Gericht anzufragen braucht. Ferner ist die ausdrückliche Vorschrift, daß das Gericht bei der Eröffnung des Verfahrens zu beschließen hat, ob die Haft fortzubauern soll, in Fortfall gekommen. Bei Voruntersuchungen soll erst nach zwei Monaten, und dann immer wieder in demselben Zeitraum die Entscheidung des Gerichts über Fortdauer der Haft eingeholt werden.

Im jährlichen Gegensatz zu diesem Vorschlag der Novelle, der dem im Jahre 1849 seitens der „Kreuzzeitung“ ausgesprochenen Wunsch entgegenkommt, den strafflosen politischen Gegner wenigstens recht lange in Untersuchungshaft schmorn zu lassen, steht eine andere, angeblich auf Beschleunigung des Verfahrens abzielende Bestimmung des ultrareaktionären Nachwerkes. Es wird nämlich in Abänderung des jetzigen § 211 der Strafprozeßordnung folgendes „schleunige Verfahren“ vorgeschlagen: In allen Fällen, in denen ein Verdächtiger auf frischer Tat betroffen oder verfolgt ist, vorläufig festgenommen und dem Amtsrichter zur Vernehmung vorgeführt wird und die zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehören soll, ohne Anklageschrift möglichst am dritten Tage nach der Festnahme ein schleuniges Verfahren stattfinden. Richter, auch über schwere Anschuldigungen, soll der einzelne Amtsrichter ohne Schöffen sein. Nur auf Zuchthaus oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte darf er nicht erkennen. Welch' ungeheure Schädigung des wechellos Angeklagten und der Rechtspflege liegt in diesem Automobiltentempoverfahren. Der Grundsatz, daß der Richter ohne Leidenschaft urteilen soll, kann bei einem solchen Verfahren insbesondere politischen Gegnern gegenüber Geltung nicht erlangen. Jedes Prechtelikt kann in den dehnbaren Begriff des „auf frischer Tat Verfolgten“ gebracht werden.

Der schmale Weg der Revision ist zumungunsten des Angeklagten nach zwei Richtungen hin eingeschränkt. Nach dem geltenden Recht liegt ein Revisionsgrund u. a. vor, wenn in der Hauptverhandlung die Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens verletzt sind. In Zukunft soll ein Revisionsgrund nur vorliegen, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, ohne daß ein gesetzlicher Grund hierfür vorliegt. Die Aenderung der Fassung in Verbindung mit dem Umstande, daß dem „freien Ermessen“ des Gerichts bei Ausschluß der Öffentlichkeit ein weiterer Spielraum gelassen ist, verschlechtern die Rechtslage des im heimlichen Verfahren schuldig Verurteilten. Ein anderer Revisionsgrund ist nach dem bestehenden Gesetz gegeben, wenn die Verteidigung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte durch einen Beschluß des Gerichts unzulässig beschränkt worden ist. Durch die erwähnte Renierung, nach der die Abänderung der zur Stelle geschaffenen Entlastungszeugen angelehnt werden darf, ist dies Revisionsmittel erheblich beschränkt. Außerdem schlägt aber der Entwurf vor, diesen Revisionsgrund nur dann zuzulassen, wenn der angefochtene Gerichtsbeschluß „auf Rechtsirrtum beruht“.

Auch das Wiederaufnahmeverfahren soll statt Ausdehnung Einschränkung erdulden. Die schwerwiegendste liegt in folgendem: Nach § 399, Ziffer 5 der geltenden Strafprozeßordnung ist eine Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten statthaft, wenn neue Tatsachen oder Beweismittel beigebracht werden, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung des Angeklagten oder in Anwendung eines milderen Strafgesetzes eine geringere Bestrafung zu begründen geeignet sind. Künftig (§ 354 des Entwurfs) soll es nicht genügen, daß die neuen Beweise die Freisprechung rechtfertigen würden. Erforderlich soll vielmehr sein, daß die neuen Tatsachen oder Beweismittel die Unschuld des Verurteilten ergeben oder doch dartun, daß ein begründeter Verdacht gegen ihn nicht mehr vorliegt. Es gilt also der Staatsbürger als stets verdächtig: er soll seine Unschuld dartun, ganz der Auffassung einer Klassenjustiz entsprechend, die von der herrschenden Klasse als Instrument betrachtet wird, der arbeitenden Klasse Wunden zu schlagen, weil diese für ihr politisches Recht kämpft und zeigt, daß sie entschlossen ist, den Kampf für ihre politischen Rechte bis zu Ende durchzuführen.

Gegen den ungeheuerlichen Wechselbalg bürokratischer Einbildung und brutalen Klasseninstinkts gilt es zeitig zu rufen.

## Der Hochschulelehrtag.

Montag und Dienstag war in Jena der zweite deutsche Hochschulelehrtag versammelt, die Versammlung der Vereinigung deutscher Hochschulelehrer, die sich vor einem Jahre hauptsächlich auf Anregung österreichischer und sächsischer Professoren gebildet hat. Diesmal waren auch preussische und sächsische Hochschulen vertreten; doch fehlte die Universität Wexlin.

Zur Beratung standen die Frage der Freiheit der Wissenschaft und die des akademischen Nachwuchses. Es galt der Abwehr von reaktionären Tendenzen, die allmählich das Grundprinzip der Universität, die Freiheit der Forschung und Lehre, vollständig beseitigt haben. Einerseits hat der Staat immer mehr sein Ernennungsrecht dazu mißbraucht, um die Professoren zu Beamten herabzudrücken, die nur die staatlich genehmigte Lehre vorzutragen haben. Besonders in Deutschland ist an den Universitäten von der Freiheit der Wissenschaft keine Rede und in Preußen hat man mit Hilfe des Dreiklassenlandtags durch die Lex Krone eine ordnungsgemäße politische Gesinnung ausdrücklich zur Vorbedingung der Lehrtätigkeit gemacht. Dazu hat die soziale Entwicklung den Hochschulen einen immer deutlicheren Klassencharakter aufgeprägt. Die akademische Laufbahn wird, wie dies kürzlich Professor Franz Eulenburg in einer interessanten Schrift auch statistisch nachgewiesen hat, immer mehr zu einem Privileg der Reichen. Dazu kommen noch Ständen, die sich die Universitäten selbst zu schulden kommen lassen; Protektionen und Vetternwirtschaft spielen bei der akademischen Karriere keine geringe Rolle.

Diesen schweren Gebrechen, die ohne Zweifel die Weiterentwicklung der Wissenschaft namentlich auf dem Gebiete der sozialen Theorie arg behindern, soll nun der Kampf der Vereinigung gelten. In einem energischen Referat wandte sich der Münchener Professor v. Amiro gegen jede Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft. Er verlangte, daß der Staat alle Theorien ungehindert lasse, denn „ein Staat, der nicht alle Theorien ertragen könne, der nicht warten könne, bis sie innerlich überwunden wären, wäre nicht wert, zu bestehen.“

In der Diskussion ließen sich zwei Richtungen unterscheiden. Die radikalere war hauptsächlich von den Brüdern Max und Alfred Weber in Heidelberg vertreten. Galt einer mehr den Schutz der bereits tätigen Hochschulelehrer im Auge und war daher seine Sorge zu einem großen Teil den theologischen Fakultäten gewidmet,

so betonte Max Weber sehr richtig, er „pfeife auf die akademischen Freiheit derer, die schon Hochschullehrer sind, wenn eine Durchschiebung durchgeführt wird, ehe man begonnen hat, akademischer Lehrer zu sein“. Er und sein Bruder stellten daher den Antrag, der Hochschulelehrtag möge beschließen:

Damit die Hochschule die Stätte absolut unabhängiger Forschung und Lehre sein könne, darf die Weltanschauung und politische Stellung des Lehrers niemals Grund zur Nichtzulassung zum Lehramt oder zum Ausschluß von einem Lehramt sein.

Zur Begründung führte Alfred Weber aus, die regierenden Kreise und namentlich auch manche Akademiker hielten es für selbstverständlich, daß Sozialdemokraten, Vertreter marxistischer Anschauungen, von der Universität ausgeschlossen oder zu ihr nicht zugelassen werden. Er wies auf den Fall Krone und auf den Fall des Züricher Privatdozenten Robert Michels hin, dem auf seine Anfrage bestätigt worden sei, daß seine sozialdemokratische Gesinnung ein Hindernis seiner Zulassung sei. Unzweifelhaft liege auch darin eine Einschränkung der Lehr- und Forschungsfreiheit, die doppelt beschämend sei, wenn wir sehen, daß das Ausland uns solche Leute mit Ruhm abnehme und über die berühmten deutschen Universitäten, diese Stätten angeblicher Geistesfreiheit lache.

Doch es zeigte sich, daß die Mehrzahl der Professoren zu dem entschiedenen Auftreten, das ihre Sache erfordert hätte, noch nicht zu haben ist. Einem Teil ist der Gedanke an wirkliche Freiheit doch noch zu ungewohnt, wie der lombische Antrag des Münchener Professors Röhlinger bewies, daß die Freiheit der Forschung ihre Schranke finden solle an der allgemeinen Untertanenpflicht (!) und an der Pflicht zur gewissenhaften Erforschung der Wahrheit, ein Antrag, der freilich unter Gelächter begraben wurde. Obwohl Herr Weber in temperamentvoller Weise nochmals seinen Standpunkt verteidigte und den Professoren in etwas unakademischer, aber dafür um so tapferer Weise zurief, sie müßten sich gegen die Gesinnungsschnüffellei, die an der Universität betrieben werde, wehren. Denn „wer der Gesinnung des akademischen Lehrers nachschnüffelt, ist ein Schuft!“, fiel der Antrag mit zehn Stimmen. Allerdings erscheint dieser Beschluß dadurch in milderem Licht, daß festgestellt wurde, man wolle sich nicht um die Beratung der Sache drücken, sondern sie für die nächste Tagung entsprechend vorbereiten.

Der Wert der Verhandlungen liegt unseres Erachtens vor allem darin, daß endlich auch von Seite der Professoren selbst die Fabel von einer Freiheit der Wissenschaft auf deutschen Universitäten endgültig abgetan ist. Erfreulich ist es auch, daß die Ausschließung des Marxismus bezeichnet worden ist als das, was sie ist, als ein politisches Unterdrückungsmittel, entsprungen aus der Furcht der herrschenden Klassen vor unserer angeblich überwundenen und vernichteten Theorie. Von seiner Seite ist unternommen worden der Versuch, den Ausschluß des Marxismus mit jenen sadenscheinigen pseudowissenschaftlichen Argumenten zu rechtfertigen, mit denen Schmöller einmal in einer berückelnden Rektoratsrede die reaktionäre Praxis der preussischen Regierung als Gebot wissenschaftlicher Erkenntnis zu beschönigen versuchte. Daß schließlich ein Teil der Professoren ihre Forderung mit Energie und Rücksichtslosigkeit verfochten haben, mag schon deswegen hervorgehoben werden, weil diese Erscheinung in Deutschland so überaus selten ist.

Allein, eine Frage muß hier aufgeworfen werden. Welche Macht steht hinter den Forderungen, die die deutschen Professoren aufgestellt haben, und welche Macht steht ihnen gegenüber? Die Professoren verlassen sich offenbar auf die moralische Wucht, die ihren Forderungen innewohnt. Aber dieser moralischen Kraft steht die materielle Macht des Staates gegenüber, der unbekümmert um alle Bedenken schon längst diese Forderungen mit Füßen getreten hat. Herr Professor Weber hat die Gesinnungsschnüffellei als Schufterei gebrandmarkt. War er sich bewußt, daß das ganze Regierungssystem, vor allem in Preußen und Sachsen, auf dieser Gesinnungsschnüffellei beruht? Ist diese doch das Auserlesene für alle Beamten des Staates. Die Gesinnungsschnüffellei bei den Professoren ist ja kein Ausnahmefall, sondern die Regel, der alle Organe des Staates und, wie der Fall Schilling beweist, auch der Kommune unterworfen sind. Die preussische Regierung vertritt die Freiheit an keinem Punkte. Die Bedrückung der Universitäten ist nur ein Ausschnitt aus dem ganzen System. Ihre Bekämpfung kann nur Erfolg haben, wenn dem ganzen System der Krieg erklärt wird. Aber auf dem deutschen Hochschulelehrtag war von Politik, war von Demokratie keine Rede. Uns scheint, die Professoren sind sehr unsystematisch zu Werke gegangen.

Und derselbe Mangel hat sich auch bei der Beratung des zweiten Punktes gezeigt. Hier versuchten die Professoren gegen den Klassencharakter der Universität anzulämpfen. Ihnen, die zum Teil über den Klassen zu stehen glauben, macht der Gedanke Pein, daß die Universität immer mehr ein Monopol der wohlhabenden Schichten wird und sie sehen darin mit Recht die Gefahr des Mißbrauchs der Universität zu einseitigster Interessenvertretung. Wir glauben allerdings, daß diese Gefahr im weitesten Umfange bereits eingetreten ist. Gerade an diesem Punkte muß das Ergebnis der Verhandlungen wohl den Teilnehmern selbst wenig Befriedigung gewährt haben. Die verschiedenen Lösungen, die versucht wurden, sind in Wirklichkeit völlig unzulänglich. Denn hier handelt es sich um ein Problem, dessen Unlöslichkeit auf dem Boden der heutigen Verhältnisse in die Augen springt. Die bisherige Entwicklung der Universität verschärft notwendigerweise fortwährend ihren Klassencharakter. Jede Unterstützung des ärmeren akademischen Nachwuchses aus staatlichen Mitteln bringt aber die Universität in stärkere Abhängigkeit vom Staate und erhöht die Gefahr des Mißbrauchs zu politischen Zwecken. Aus diesem Dilemma ist auf dem Hochschulelehrtag kein Ausweg gefunden worden. Ist doch die Lösung des Problems nur auf einem Weg zu finden, der über die auf Klassen aufgebaute Gesellschaft hinausführt.

## Krisenhafte Situation in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 28. d. M. geschrieben: Steht das parlamentarische Ministerium Beck wirklich am Ende seiner Tage? Sicherlich ist es nicht ausgeschlossen, daß dem vielgewandten Ministerpräsidenten, dessen Hindigkeit auch noch da einen Ausweg zu finden weiß, wo der subalterne Geist den Kampf schon aufgeben würde, es gelingen kann, die drohende Krise zu beschwören; aber daß die Lebenskraft dieser Regierung, die die Wahlreform durchgeführt und den Ausgleich mit Ungarn durchgeführt hat, am Erschöpfen ist und von der Lebensfrohen Stimmung, mit der das neue Parlament eröffnet werden konnte, blutwenig mehr zu verspüren ist, ist nicht zu verkennen. Der Angelpunkt der inneren Politik liegt heute in dem böhmischen Landtag, der von den Deutschen obstruiert wird und durch dessen Rahmlegung der Reichsrat in die stärkste Gefahr veretzt werden würde. Denn obwohl der Landtag des glorreichen Königreiches in den letzten Jahren gründlich heruntergekommen ist, kaum der Schatten der Maria ist, so ist er democh dem tschechischen

Volke sehr ans Herz gewachsen und bildet in ihrer Ideologie einen gewichtigen Posten. Die Tschechen sehen in ihm den letzten Rest ihrer ehemaligen staatlichen Selbständigkeit, und während der Wiener Reichsrat ihnen immer ein fremdes Parlament bleibt, ist ihnen der Landtag das nationale, und vor allem das Parlament, in dem sie in ihrer eigenen Sprache sprechen können, wo sie eben zu Hause sind. Daß es sie also tief ergreifen muß, wenn ihr geliebter Landtag von den Deutschen unter den Mägen der „Wacht am Rhein“ geschlagen wird, ist unschwer zu verstehen. Um so mehr, als zu der deutschen Obstruktion, logisch betrachtet, ein ausreichender Anlaß nicht gegeben ist. Denn daß den deutschen Parteien der eine deutsche Beamte in der Landtagskanzlei versetzt worden ist, war sicherlich unbillig; aber da es sich im wesentlichen um eine Schreiberarbeit handelt, die für die ganze Landtagsession mit 200 Kronen entlohnt wird, so wäre es doch wahrhaft grotesk, deshalb den Landtag, der bis auf weiteres die verwalternde und gesetzgebende Körperschaft auch für die Deutschen ist, in Trümmer zu schlagen. Dem Einwand vermögen sich selbst die Obstruktionisten nicht zu entziehen und so erklären sie nun, daß die Obstruktion weniger durch einen bestimmten Anlaß als vielmehr durch „die ganz ungewöhnliche Verbitterung“ veranlaßt sei, welche in Deutsch-Böhmen „infolge der jüngsten Geschehnisse eingetreten ist und Wählerchaften und Abgeordnete in gleichem Maße beherrscht“. Aber das wäre dann eine hysterische Stimmungsbewertung, die mit Erwägungen der Vernunft nichts zu schaffen hat. Was freilich nicht ausschließt, daß sie Erwägungen der Vernunft nicht zugänglich sein wird.

Gelingt es der Regierung nicht, die habenden Parteien zur Raison zu bringen, den Landtag also vor der Obstruktion zu retten, die unweigerlich zu seiner Vertagung führen müßte, so ist nicht abzusehen, wie sie ihre weitere Existenz betreiben könnte. Denn das Dasein der Regierung Beck beruht, so sehr und so oft die Praxis davon auch abweicht, auf dem Zusammenwirken der Parteien, die durch ihre Vertrauensmänner im Kabinett vertreten sind. Und zu diesen Parteien gehören die deutschbürgerlichen ebenso wie die tschechischen Parteien. Wie soll aber das Ministerium bestanden bleiben, wenn keine Parteien so aneinandergeraten? Wie sollen die Parteien, die sich in Prag bis aufs Messer bekämpfen und einander als unerbönlliche Feinde gegenüberstehen, in Wien die Regierungsmehrheit bilden, die zwar niemals besonders hemogen war, bisher aber doch leidlich funktioniert hat? Und wie sollen sie damit einverstanden bleiben, daß ihre Minister in dem Kabinett sitzen, das sie durch ihr Treiben aus einer Verlegenheit in die andere stürzen? Amar hat sich das parlamentarische Koalitionskabinet niemals durch Festigkeit ausgezeichnet, war immer ein künstliches Gebilde, und die Einigkeit des Regierungsblokes war nie mehr, als eine von den Kuckuckern, nämlich von den Ministern gern geglaubte Fabel. Nun zerren und reihen aber an den Fäden, die freisinnige und liberale, deutsche und tschechische Minister verknüpfen, zu viele Kräfte. Und wenn sie auch alle ihren Anspruch in dem einen Herrn v. Beck finden, der allen Meinungen gerecht werden kann, weil keine Ueberzeugung ihn bindet, so dämmert doch der Augenblick heran, wo gegenüber der Schwere der Gegenläge keine diplomatische Gewandtheit nicht ausreichen wird. In dem Kleinkrieg dieser Gegenläge die das traurige Erbe einer schlimmen Vergangenheit sind, ist die Richtlinie, die sich Herr v. Beck erkoren hat, und der er als der „mittleren Linie“ die allgemeine Anerkennung zu erwerben hoffte, schwer aufrecht zu halten.

Was aber dann? Im Grunde genommen ist es diese Frage, die die Regierung am Leben erhält, deren eigene Lebenskraft zu versiegen scheint. Denn wie soll, wenn sich der Gedanke der Zusammenfassung der Parteien zu einer Regierung als unfruchtbar erweist, fürder regiert werden? Mit den reinen Beamtenministerien, die einstmal dem Parlament als Macht entgegengetreten, geht es im Hause des allgemeinen Wahlrechts nimmer; eine Regierung der Art, wie sie durch Jahrzehnte gewirtschaftet haben, also mit einem hochmütigen Grafen an der Spitze und kommandierten Beamten in sich birgt, geradezu weggeblasen werden. Eine andere Parteienkombination aber ist nicht möglich; man kann wohl die Personen im Kabinett, aber die Parteien nicht im Regierungsblok austauschen. Deshalb würde der Sturz der Regierung, zumal im gegenwärtigen Augenblicke, auch die Existenz des Parlamentes selbst gefährden; könnte die Obstruktion im Landtag, die die Obstruktion im Reichsrat zur Folge hätte, eine Neuaufgabe des ungeligen § 14-Regimes zeitigen. Die Besorgnis, um die Zukunft des Parlamentes des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ist es allein, die die Parteien bisher im Zaume hielt, und sie wird sich vielleicht auch diesmal noch stärker erweisen, als die demagogische Gewissenlosigkeit, die sich der Verantwortung ihrer Taten nicht bemußt ist. Das Bedürfnis den Reichsrat vor Gefahren zu bewahren, wird die Parteien vielleicht noch zur Vernunft bringen. Denn nichts anderes macht die gepriesene Geschicklichkeit des Herrn v. Beck aus, und das ist seine Hoffnung in der schweren Krise, vor der seine Regierung steht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. September 1908.

### Freisinniger Eiertag.

Die Staatsmänner des volksparteilichen Freisinn und ihre beiden Berliner Blätter, die „Freisinnige Ztg.“ und die „Voss. Ztg.“, befinden sich in einer gewissen unangenehmen Lage. Die Mahnungen der fogen. entschiedenen Liberalen, nur dann die offizielle Reichsfinanzreform mitzumachen und Sydows Steuerpläne zu genehmigen, wenn der Reichskanzler sich zum Entgelt verpflichtet, das preussische Dreiklassenwahlrecht im liberalen Sinne umzugestalten, ist den Freisinnstrategen der Qualität Wiener-Rugdan höchst unangenehm. Ihr Bestreben ist, den Schein ihrer politischen Macht à tout prix aufrecht zu erhalten und das Zentrum in keinem Fall wieder an die Regierungskrippe gelangen zu lassen. Um das zu erreichen, sind sie bereit, alle wichtigeren Steuerpläne der Regierung zu akzeptieren, wenn auch des Anstandes wegen selbstverständlich erst nach einigem Sträuben und nach kleinen nebenläufigen Abstrichen. Beide Blätter befolgen deshalb seit einiger Zeit die Taktik, den „Ruhhandel“, d. h. den Eintausch preussischer Wahlreformen gegen die Zustimmung zur Sydowschen Reichsfinanz, als eine Zumutung hinzustellen, die der Ehre und der vaterländischen Uneigennützigkeit des Freisinn auf's Größte widerspricht, fernermalen der Freisinn nie irgendwelche Vorteile für sich und seine Klientel erstrebt, sondern stets nur aufopferungsvoll für das Volkwohl gekämpft hat. Andererseits aber möchten die freisinnigen Staatsmänner und Diplomaten nicht gerne jene An-

hänger vor den Kopf stoßen, die nur deshalb für das Festhalten am Bloß sind, weil sie davon einen politischen und materiellen Nutzen für die freisinnige Anhängerschaft erwarten. Den freisinnigen Blättern entsteht dadurch die schwere Aufgabe, nachzuweisen, daß einerseits der „Ruhhandel“ verwerflich ist und nur das Wohl des Ganzen in Betracht kommt, daß andererseits aber die Bloßgemeinschaft große Vorteile verspricht.

Wie das gemacht wird, zeigt ein „Ruhhandel“ überschriebener Leitartikel der „Voss. Rtg.“, aus dem wir zur Erleichterung unserer Leser folgende Aphorismen mitteilen:

„Eine Partei wäre töricht, wenn sie eine günstige Lage nicht ausnützte und von ihren Wünschen so viel wie möglich durchzusetzen suchte. Sie wäre ebenso töricht, wenn sie durch Forderungen, die nicht durchzusetzen sind, das Spiel aus der Hand gäbe und außer dem Wünschenwerten auch das Erreichbare verscherzte. . . .“

„Wer in der Volksvertretung der Regierung grundsätzlich Opposition macht, wird sich nicht leicht versucht fühlen, ihr die Sorgen für die Deckung der Ausgaben abzunehmen oder die Verantwortung für die Erhöhung und Vermehrung der Steuern mit ihr zu teilen. Es ist viel bequemer, Steuererhöhungen abzulehnen als anzunehmen. Aber mit der Ablehnung ist es nicht immer getan; wer nichts als Nein sagt, wenn auch mit langen Reden, gibt den Anspruchs auf die Gestaltung der neuen Steuern maßgebend zu beeinflussen, und läuft Gefahr, eine noch unerfreulichere Entwicklung heraufzubeschwören, als sie bei seiner Mitwirkung eingetreten wäre. . . .“

„Gewiß, die „Finanzreform“ wäre auch gekommen, wenn kein Bloß existierte, wenn statt der bürgerlichen Linken das Zentrum Mehrheitspartei wäre, und vermuthlich hätte der Reichslangler die halbe Milliarde oder mehr jährlich leichter erhalten, als ihm jetzt beschieden sein wird. Aber das Zentrum hätte seine Dienste nicht um der schönen Augen eines Staatsmannes, sondern um Gottes willen, das heißt der Kirche willen, geleistet; es hätte seine Leistungen von Gegenleistungen auf kirchenpolitischen Gebiete, von Zugehörigkeiten in der Schule und von derlei mehr abhängig gemacht. . . .“

„Daß für die Zustimmung zur Finanzreform im Reich allerdings, wie einige „Demokraten“ verlangen, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen gefordert werden müsse, wird sich der Freisinn nicht aufreden lassen. . . . Es gibt kein wirksameres Mittel, um die Debatte schnell zu beendigen, als die Finanzreform mit der Wahlreform zu verknüpfen. . . .“

„So spräche ist keine Partei, wie sie auch heiße, daß sie nicht, wo sie gebraucht wird, zu erreichen sucht, was sie zu erreichen vermag, daß sie nicht in guten Zeiten unter Dach und Fach zu bringen bemüht wäre, was in schlechten Zeiten für sie von Wert sein kann. . . .“

Die Freisinnigen sind, wie man sieht, gelehrige Schüler. Sie verstehen den politischen Eierdanz bereits ebenso gut, als ihr großer Meister Bismarck.

### Prohibitivpatronismus.

Daß die Panzerplattenlieferanten unserer „herrlichen Kriegsflotte“ ausgezeichnete Geschäfte bei den Aufträgen des Reiches machen, ist so bekannt, daß es kaum noch der Erwähnung verdient. Die gleiche Erscheinung ist auch bei der Herstellung unserer nicht minder herrlichen „Luftflotte“ zu beobachten. Der bekannte Luftschiffer Hauptmann a. D. H. Hildebrand in Charlottenburg hatte gegen den Ingenieur Scherle, Leithaber der Ballonfabrik Niedinger-Kugenburg, Vorseidungsgelasse gestellt, weil Scherle die Behauptung aufgestellt hat, Hildebrand hätte für die durch den Berliner Verein für Luftschiffahrt von der Firma Kluth-Köln bezogenen Ballons Prohibition bezogen. Der Prozeß endete mit einem Vergleich, da der Beklagte die gemachte Aeußerung zurückzog und die nicht unbeträchtlichen Kosten übernahm.

Das Interessante an den Verhandlungen ist ein zur Verlesung gelangter Briefwechsel, aus dem der Beklagte seine „Vermutung“ stützte und aus dem hervorging, daß auch ein Paß militärischer Kesselballons an China zu bedeutend billigeren Preisen geliefert werden sollte, als das Reich bezahlen muß. In einem Briefe der Hamburger Exportfirma St. u. Co. an Hauptmann Hildebrand heißt es:

„China wird natürlich nicht gewillt sein, denselben Preis anzulegen, wie die deutsche Regierung. . . . dabei verhält sich aber China entschieden gegen eine etwaige Verwendung minderwertigen Materials, es soll nur der Anschaffungspreis nicht in einem so großen Mißverhältnis stehen.“

Dieser Brief ist auf „Anregung“ des deutschen Militärattachés Alles von der deutschen Gesandtschaft in China geschrieben worden. Ist der Herr Attaché davon überzeugt, daß der Anschaffungspreis der deutschen Militärballons in seinem Verhältnis zu seinem wirklichen Werte steht? Was muß ferner Deutschland für einen kompletten Ballon zahlen? China will nur 25 000 M. ausgeben, wie aus einem anderen Schreiben hervorgeht. —

### Des Zentrums Raube.

Am Sonntag fand in Bernkastel an der Mosel ein Parteitag des Zentrums für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier statt. Der Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei, Abgeordneter Trimborn, rechtfertigt das Stattfinden des Parteitages damit, daß das Zentrum seine Wähler politisch schulen müsse und im Zeitalter der Blödsichtigkeiten Ueberwachungen wie im Dezember 1906 nicht ausgeschlossen seien. „Aber, so meinte der Redner weiter, wenn die nächste Wahl auch erst im Jahre 1912 stattfindet, müssen wir uns doch heute schon dafür rüsten. Denn die Wahlen von 1912 werden eine ganz kolossale Bedeutung haben. Denn dann wird der Tag gekommen sein, wo wir mit dem Bloß abrechnen, wo wir mit einer Energie, Macht, Unstetigkeit und Kraft in den Kampf treten werden, wie nie zuvor. Dann wollen wir den gegnerischen Herrschaften mal zeigen, wie weit sie bei Wahlen mit ihrem Bloß kommen.“

Das klingt etwas dümel, denn es ist nicht leicht einzusehen, wie es das Zentrum machen wird, bei den Wahlen mit dem Bloß abzurechnen. Oder gedenkt es sich mit den Sozialdemokraten zu verbünden? Dafür hatten wir es zu staatsverhaltend und gesinnungsgelöst.

Oberlandesgerichtsrat März, der nach Trimborn redete, zeigte sich viel verständlicher. Er sah die Zeit kommen, wo unsere evangelischen Mitbürger es nötig haben, mit dem Zentrum zusammenzugehen und wo sie froh sein werden, kräftige Unterstützung beim Zentrum zu finden.“

### Weinsteuer.

Ueber die Weinsteuervorlage weiß die „Deutsche Wein-Zeitung“ folgende Einzelheiten zu berichten:

Der Vorsezung unterliegt aller im Deutschen Reich auf Flaschen gefüllte, sowie der vom Auslande nach Deutschland in Flaschen eingeführte Wein. Ein Abzug des Zolles oder der einzelstaatlichen Steuer erfolgt nicht.

Die Grundgebühr für Flaschenwein beträgt pro 1/2 Literflasche 10 Pf.; für die halbe Flasche (1/4 Liter) 5 Pf. Für Schaumwein ist eine Grundgebühr von 1 M. pro Flasche vorgesehen. Die Grundgebühr wird sofort fällig, die Wertzuschlagsteuer beim Weiterverkauf. Für die Wertzuschlagsteuer, welcher auch der Schaumwein unterliegt, ist folgende Skala aufgestellt:

Unter 1 M. Wert Steuerfreiheit, d. h. nur Grundgebühr.
Ueber 1 M. bis 2 M. Wert 10 Pf. Zuschlag
„ 2 „ 3 „ 20 „
„ 3 „ 6 „ 50 „
„ 6 „ 10 „ 1 M. „
„ 10 „ 20 „ 2 „
„ 20 „ 3 „

Alle halben Flaschen sollen die Hälfte Zuschlag zahlen. Für den Export soll Steuerfreiheit gewährt werden.

### Katholische Arbeitervereine und Buchdruckerverband.

Der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, der am Sonntag und am Montag in Düsseldorf seine Sitzungen abhielt, hat durch Annahme folgender Resolution gegen den Verband deutscher Buchdrucker Stellung genommen:

„Da nach neuesten Veröffentlichungen (Broschüre „Katholische Arbeitervereine“) und den Ergebnissen der diesjährigen Verbandsgeneralversammlung kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, daß auch der Deutsche Buchdruckerverband trotz Neutralitätserklärung sich mit den sozialistischen Gewerkschaften identifiziert, mit allen Folgerungen für die auf christlichem Standpunkt stehenden Mitglieder, hält es der heutige Diözesandelegiertentag für seine Pflicht, die katholischen Arbeitervereinsmitglieder vor dem Eintritt in diesen Verband zu warnen. Der Delegiertentag lehnt die Anerkennung der katholischen Buchdrucker erneut auf den Gutenbergsbund, die auf den Boden der Tarifgemeinschaft stehende christliche Buchdruckerorganisation, hin. Mit Bestimmtheit nimmt der Delegiertentag davon Kenntnis, daß auch in Offizinen katholischer Verleger vereinzelt noch eine unbegreifliche Rücksicht auf den Verband genommen wird, insofern, als man dessen terroristischen Willküren gegenüber Gutenbergsmitgliedern nachgibt. Er ermahnt, daß man auch in diesen Kreisen in steigendem Maße die Bestrebungen jener Buchdruckergehilfen, die aus wohlbegründeten Ursachen dem Verbands fernbleiben und im Gutenbergsbund ihre Vertretung suchen, anerkennen wird.“

Der Buchdruckerverband wie sein Organ legt es bekanntlich mit besonderem Eifer darauf an, seine „Neutralität“ nachzuweisen. Mit welchem Erfolge, das sieht man aus obigem Beschluß. Die katholischen Arbeiter, die dem Zentrum anhängen, sind so erzogen, daß sie nur die Organisationen für „neutral“ erachten, die sich dem ultramontanen Geiste fügen.

### Militärjustiz.

#### Soldatenmishandler en gros.

Zwei Sergeanten, ein Unteroffizier, vier Gefreite und sechs „alte Leute“ von der 5. Schwadron des 2. Leibhusaren-Regiments standen vor dem Danziger Kriegsgericht. Es handelte sich wieder um Soldatenmishandlungen. Der Sergeant Grondowski war Haupttäter. Er bezeichnete den Rekruten Brozeit als „roten Hund“ und „Sozialdemokraten“, warf ihm Sand ins Gesicht und schlug ihn, daß er blüete. Der Herr Sergeant Maay sah die Mishandlungen, ohne Anzeige zu machen. Nach dem Richter Grondowski mishandelten auch die übrigen Angeklagten als „alte Leute“ die Rekruten durch Stöße, Schläge mit der Faust und mit Stöcken, Begießen mit Wasser, Abrodnen mit einem Strohwisch und ähnlichen Dingen. Um die Rekruten zu schikanieren, wurden Sachen, die vom Unteroffizier bereits revidiert und für gut befunden waren, von den „alten Leuten“ nochmals revidiert und für nicht gut befunden. Ferner riß man den Rekruten von ihrer Uniform Knöpfe und Knobel müßwillig ab.

Der Husar Brozeit konnte die Mishandlungen nicht mehr ertragen. Er verließ heimlich die Kaserne mit der Absicht, sich in der See zu ertränken. Der Fischling irrte in Danzig umher, bis er ermittelt und verhaftet wurde, nachdem er von einem Schmied Zivilleider entwendet hatte. Durch Prozeß kamen die Mishandlungen ans Tageslicht. Noch aus dem Randver schriebene die „alten Leute“ an ihn, daß sie ihn noch mehr mishandeln würden nach ihrer Rückkehr. Auf die Frage, warum er die Mishandlungen nicht gemeldet habe, antwortete Brozeit: „Wenn ich eine Meldung gemacht hätte, dann würde es noch schlimmer geworden sein.“ Er wußte keinen Ausweg als die Flucht.

Prozeß erhielt sechs Monate Gefängnis wegen Fahnenflucht und wurde in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt.

Sein Peiniger Grondowski kam mit zehn Tagen gelinden Arrest davon; der Sergeant Maay mit zwei Tagen gelinden Arrest. Der Unteroffizier wurde zu vier Tagen gelindem Arrest verurteilt, ein Gefreiter zu einer Woche Gefängnis, ein Gefreiter zu drei Wochen Mittelarrest, ein Gefreiter zu vierzehn Tagen Mittelarrest, ein Gefreiter zu zehn Tagen Mittelarrest. Von den „alten Leuten“ erhielt einer eine Woche Gefängnis, einer vierzehn Tage Mittelarrest, einer vier Tage Mittelarrest, drei wurden freigesprochen.

Das milde Urteil gegen die Leuteschinder begründete das Gericht u. a. damit, daß der Zeugnisaussage des Prozeß kein Glauben beizumessen sei. Damit schieden eine große Anzahl Mishandlungen aus. — Das Unterlassen der Meldung der Mishandlungen durch den Sergeanten Maay wurde als Gutmütigkeit gegen die Mishandler angesehen und deshalb vom Gericht milde beurteilt.

Ein zweiter Fall:

#### Der ohrfeigende Unteroffizier.

Der Unteroffizier D. vom 81. Infanterieregiment in Altona hatte durch Umstellung seines Namens einen harmlosen Spitznamen erhalten, den er oft auf Korridoren, auf dem Hof- und Exercierplatz gehört haben will. Als eines Tages wieder das ominöse Wort erschalle, griff er einen Unschuldigen aus seiner Kolonne heraus und versetzte ihm kräftige Ohrfeigen. Der Soldat meldete den Fall, worauf der Unteroffizier von beiden Instanzen zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt wurde.

Im schärfsten Gegensatz zu dieser Milde steht nachfolgendes Urteil, bei dem es sich allerdings nicht um Mishandlungen und Roheiten gegen Untergebene, sondern um Disziplin- und Achtungsverletzung handelte:

#### Die erschütterte militärische Disziplin.

Vor einiger Zeit erhielt ein Unteroffizier K. vom 81. Infanterieregiment in Schwerin von seinem Hauptmann, der an ihm Teufelheit wahrgenommen hat, den Befehl, er solle sich bei seinem Feldwebel melden. Der Unteroffizier weigerte sich dessen und sagte auf Befragen: „Der Feldwebel will mich bloß reinreißen, aber er kann sich darauf verlassen, daß ich ihn mit Hineinreiße!“ K. wurde in Haft abgeführt und vom Kriegsgericht der 18. Division wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung und Bedrohung eines Vorgesetzten zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt.

Das Oberkriegsgericht des neunten Armeekorps (Altona) hob das Urteil auf und erkannte auf neun Monate Gefängnis und Debaration.

Wegen fortgesetzter brutaler Mishandlungen: zehn Tage gelinden Arrest — wegen Achtungsverletzung: neun Monate Gefängnis und Degradation. Eine treffende Charakteristik des Militärjustizwesens. —

### Kleine Unstimmigkeiten im Bloß.

Der arme Herr Träger! Als Senior der freisinnigen Volkspartei ist er bald 80 Jahre alt und hat doch wie ein junger Dachs von Unwilt alle Hände voll mit Bagatelljurienprozessen zu tun, mit denen seine Partei jetzt „ganz und voll“ für ihre „unentwegten“ Ziele kämpft. Allein der berühmte Herr Schädling hat ihn deren ein halbes oder ganzes Duzend anvertraut, und zu dieser Last muß Herr Träger den Spott seines agrarischen Bloßgenossen Oertel auf sich nehmen, der ihm ins Album schreibt, noch dazu mit gesperrtem Druck: „Der Mann, der öffentlich über die Anhebung des freien Wortes arg gescholten hat, läuft zum Richter, wenn man seine Worte einer Kritik unterzieht, und ein freisinniger Abgeordneter, der oft genug über das Laufen zum Kadi in solchen Fällen gespottet hat, vertritt die Klage.“ Freilich verfährt der christlich gesinnte Herr Oertel die bittere Bille, indem er, ausgerechnet in derselben Nummer der „Deutschen Tageszeitung“, seinen Segen dazu gibt, daß Herr Träger als Mandatar der Herren Kopsch und Rugdan „zum Kadi läuft“, um den Genossen Wehring zu belangen.

Eine kleine Unstimmigkeit ergibt sich aber auch hier, indem Herr Oertel, diesmal im Einklang mit freisinnigen Bloßblättern, die bahnbrechende Tat des Herrn Kopsch, wegen der Abwehr eines verkleumderten Angriffs, den er unterm Schutz der parlamentarischen Redefreiheit gemacht und bis heute nicht widerrufen hat, „zum Kadi zu laufen“, keineswegs so feiert, wie sie vom Standpunkt des Bloßes aus gefeiert werden müßte. Vielmehr spiegeln die wahrheitsliebenden Gentlemen der ehrfamen Zante Koh, ebenso wie des frommen Herrn Oertel, ihren Lesern vor, daß Genosse Wehring dem Kopsch ohne jeden Anlaß „unerschämte Verlogenheit“ und „hahnbüchene Verleumdung“ vorgeworfen habe, während sie sehr zu wissen, daß diese Ausdrücke erst gefallen sind, als die „Freisinnige Zeitung“ die Sache durch einen neuen Schmähartikel wieder aufriefe und Herr Kopsch in den seitdem veröffentlichten mehr als vier Monaten nicht der Ehrenmann gewesen war, sein Unrecht wieder gutzumachen. Armer Herr Kopsch, dessen erste originelle Tat von seinen erlauchtesten Bloßbrüdern durch handgreiflichen Humpung aus der Welt geschafft werden soll!

### Der ehemalige nationalliberale Abgeordnete Dr. Osann

ist heute, 30. September, in Darmstadt gestorben. Osann hat ein Alter von fast 70 Jahren erreicht. Er vertrat im Reichstage den Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau von 1890 bis 1898, denselben Kreis, in dessen Vertretung ihm nunmehr seit 1907 sein Sohn, Rechtsanwalt Dr. Osann, gefolgt ist. Der Verstorbene, der seinerzeit mit Miquel das Heidelberger Programm ausarbeitete, hatte im heftigsten Landtage lange Zeit eine dominierende Stellung.

### Oesterreich.

#### Böhmischer Landtag.

Prag, 30. September. Aus Anlaß der heutigen Landtagssitzung hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Landtagssgebäude angesammelt. Zu Beginn der Sitzung brachte Dr. Bergelt im Namen der Deutschen einen Protest ein. Er bezeichnete die Abänderung vom Freitag als unredlich und daher als null und nichtig. Infolgedessen sei auch die Anführung des Oberstaatsmarschalls, die nächste Sitzung solle heute stattfinden, als unzulässig anzusehen. Abg. Sechla brachte sodann einen Gegenprotest ein. Er wies auf die großen kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben des Landtages hin und bezeichnete die Obstruktion der Deutschen als leichtsinnig und grundlos, denn die Frage der Anstellung eines deutschen Amtmanns sei mit Zustimmung der deutschen Mitglieder des Landesauschusses gelöst. Hierauf folgte die Verlesung des Einlaufes, die voraussichtlich mehrere Stunden in Anspruch nehmen wird.

Es folgte die Verlesung der Erklärung der „Verfassungstreuen“ und konservativen Großgrundbesitzer, worin die in der letzten Sitzung erfolgte Abänderung der „Wacht am Rhein“ bedauert und gemißbilligt wird. Hierauf verwehrt sich der Oberstaatsmarschall-Stellvertreter gegenüber dem Abgeordneten Sechla gegen den Vorwurf der Parteilichkeit. Abgeordneter Schreiner besproch in einer längeren Rede, wobei es wiederholt zu lärmenden Kontroversen zwischen den Tschechen und den Deutschen kam, das Vorgehen der Tschechen und betonte, es handle sich bei den Bescheidungen der Deutschen darum, daß diese nur ein Symptom für die Zurücksetzung der Deutschen in allen Gebieten sei; die „Wacht am Rhein“ sei kein hocherrätisches Reich, sondern nur ein Loblied auf das Deutsche Reich im Kampfe gegen Frankreich (!), ein symbolischer Kraftschlag der Deutschen gegen ihren Erbfeind. (Stürmischer Widerspruch bei den Tschechen, lebhafter Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Deutschen.) Nach einer Polemik Starbas, der betonte, daß die Tschechen immer patriotisch wären und ihre Wünsche immer nur im Rahmen des Staatsgedankens geltend machten, wurden abermals Anträge verlesen. Abgeordneter Mah verlangte zu einem Antrag namens tschechische Abstammung, was der Oberstaatsmarschall als unzulässig zurückwies. (Neuerliche stürmische Aufregung auf den Bänken der Deutschen. Es wird gequatscht, Trompete geblasen, geschrien, gezischt.) Abgeordneter Bergelt erhob Einspruch gegen die Nichtzulassung des Antrages Mah. (Großer Tumult.) Unter allgemeiner Erregung schloß der Oberstaatsmarschall die Sitzung und beraumte die nächste Sitzung für Freitag an.

### Ungarn.

#### Der Wahlrechtskampf.

Aus Budapest wird uns vom 28. September geschrieben: Die ungarischen Teilnehmer an der österreichischen Reichskonferenz kamen um 9 Uhr auf dem Westbahnhof in Budapest an, vor dem tausende Arbeiter versammelt waren, um für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu demonstrieren. Auf dem Perron warteten 500 Arbeiter auf den Zug. Als der Zug um 9 Uhr einfuhr, wurde er mit stürmischen Aufrufen begrüßt. Als die Rufe ertönten, stieg aus einem Salonwagen Unterrichtsminister Graf Apponyi, der mit demselben Zuge ankam. Er glaubte im ersten Augenblick, daß für ihn eine Ovation veranstaltet werde. Schon wollte er sich für den schönen Empfang bedanken, als ihn die Menge erkannte und mit den Ruf begrüßte: „Nieder mit den Jesuiten! Nieder mit den klerikalen Volksbetrügnern! Hoch das allgemeine, gleiche Wahlrecht!“ Während sich Graf Apponyi, der sofort von einem Trupp Polizisten in Hut genommen wurde, etwas verlegen entfernte, stiegen unsere Genossen aus. Sie wurden vom Genossen Biro mit einer Ansprache begrüßt. Dann zog die Menge über die Ringstraße, wobei sie fortwährend Huchrufe auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht ausbrachte. Einmal suchte die Polizei die Menge zu zerstreuen, aber es kam zu keinem „Zwischenfall“.

### Schweden.

#### Das Wahlergebnis.

Stockholm, 30. September. Die Wahlen zur Zweiten Kammer sind beendet. Da bei mehreren Abgeordneten die Parteizugehörigkeit verschieden angegeben wird, kann die

Zusammensetzung der neuen Kammer nicht genau festgestellt werden. Das ungefähre Wahlergebnis ist folgendes: Die Rechte erkalt in der neuen Kammer 85 Sitze (bisher 100), die Linke etwa 100 (bisher 90), die Gemäßigten etwa 10 (bisher 20), die Sozialdemokraten 33 (bisher 17). Zusammen zählt die Kammer 230 Mitglieder.

### Bulgarien.

#### Die Bahnfrage.

Konstantinopel, 29. September. Die Bforte ist entfallen, bezüglich der Orientbahn auf den Unterhandlungen zwischen den Regierungen zu bestehen und gegen Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Orientbahngesellschaft, welche nur die Pächterin der Bahn sei, Stellung zu nehmen.

Paris, 30. September. Der „Agence Havas“ zufolge hat Frankreich, ebenso wie die anderen Mächte, in Sofia gegen die Besetzung der Orientbahn Einspruch erhoben.

#### Abweisung der Proteste.

Sofia, 30. September. Der Ministerrat setzte heute die Beratungen über die beiden Streitfragen mit der Türkei fort. Ueber die Orientbahnfrage wurde ein ausführliches Memorandum ausgearbeitet, welches den Ursprung der Beischlagnahme der Orientbahn darlegt und letztere durch die Staatsraison zu erklären sucht. Danach ist die bulgarische Regierung entschlossen, die Orientbahn keinesfalls zurückzugeben. Der Finanzminister soll mit der Einleitung von Abklärungsverhandlungen mit der Orientbahngesellschaft beauftragt und das Memorandum soll noch heute allen Vertretern der Signatarmächte des Berliner Vertrages übersendet werden und derart zugleich eine Antwort auf den türkischen, österreichisch-ungarischen und deutschen Protest bilden.

### Türkei.

#### Beendete Streiks.

Konstantinopel, 29. September. Die Streiks bei den Kohlenminen von Geralea sowie bei der Eisenbahn Damaskus-Beirut sind beendet.

### Marokko.

#### Die Antwort Frankreichs.

Paris, 30. September. „Petit Parisien“ zufolge wird in der neuen französisch-spanischen Note von Mulay Hafid nicht mehr der amtliche und ausdrückliche Widerruf des Heiligen Krieges verlangt. Doch wird eine gleichwertige Kundgebung angeregt, damit die Europäer vor jeder Kundgebung der Fanatiker gewarnt seien. Auch findet die wegen des Feldzuges im Schangajebiete beanspruchte Geldentschädigung keine Erwähnung.

### Amerika.

#### Roosevelt-Bryan.

Washington, 29. September. Roosevelt hat auf Orhans Brief eine Erwiderung veröffentlicht, die sich hauptsächlich mit Verunsicherung beschäftigt, daß seine — Roosevelts — Verwaltung in der Verfolgung der Trusts weder aufrichtig noch wirksam gewesen sei. Roosevelt stellt sein eigenes Wirken in dieser Richtung dem der letzten demokratischen Verwaltung (Cleveland) gegenüber. Er rechtfertigt die dem Stahltrust im Jahre 1907 erteilte Erlaubnis, sich die Kontrolle über die Tennessee Coal and Iron Company zu sichern, damit, daß das auf Wunsch der Gesellschaft geschah und nötig war, um die Panik in möglichst kleinen Grenzen zu halten. Er erklärt, keinen Groll gegen die Trusts als solche zu hegen, und sagt, er wünsche jeden Menschen und jede Korporation nach ihren Verdiensten zu beurteilen.

New York, 30. September. In seiner Erwiderung auf den letzten Brief Roosevelts erklärt Bryan, seine Vergangenheit sei eine hinreichende Antwort auf die Unterstellungen des Präsidenten, daß er in näheren Beziehungen zu den Trusts stehe oder von ihnen abhängig sei. Als Beweis, daß er unabhängig von ihnen sei, erklärt er, im Falle seiner Wahl die Antitrust-gesetze verschärfen zu wollen, und zwar nicht rückwärts und mit Unterbrechungen wie Roosevelt, sondern beharrlich und folgerichtig.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Tarifbewegung der Gold- und Silberarbeiter.

Die in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verammelten sich am Dienstag abend im Kellers „Neue Philharmonie“. Otto Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Die Unternehmer hatten bekanntlich den Tarif zum 1. Oktober gekündigt. Die Arbeiter strebten Verhandlungen über einen neuen Tarif an und legten ihre Wünsche in einer neuen Tarifvorlage dar. In zwei stütz besuchten Versammlungen nahmen die Arbeiter Stellung zu der Tarifkündigung und zu dem Verhalten des neugebildeten Arbeitgeberverbandes. Auf Anreiz des Zentralverbandes dieses Verbandes ist anscheinend die Kündigung des Tarifs erfolgt. Der Vorstand sandte auch die Berichte über die Versammlungen der Arbeiter nach allen Städten, wo die Arbeitgeber organisiert sind. Die Bewegung unter den Gold- und Silberarbeitern erregte Aufsehen in allen beteiligten Kreisen in Deutschland; die neue Tarifvorlage wurde viel besprochen. Die „Deutsche Goldschmiedzeitung“ (Nr. 38) kritisierte die Vorlage höchst abfällig in einem Artikel, betitelt: „Unglaublich, aber wahr! Eine Lohnbewegung bei den schlechten Zeiten!“ In einer längeren Polemik gegen den Artikel zerprüfte der Referent Handke die Behauptungen des Verfassers und zeigte ihre Haltlosigkeit. Er wies besonders darauf hin, daß die Arbeiter gegen den Tarif gekündigt haben und daß die Arbeiter daraufhin nicht annehmen konnten, daß man ihnen Verbesserungen bringen wollte, sie mußten also rüsten, um Verschlechterungen abzuwehren. Wenn die Arbeitgeber dagegen protestiert haben, daß sie Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen beabsichtigten, so haben sie doch von der Vorlage der Arbeiter durchaus nichts wissen wollen. Ja, sie mochten sogar zuerst nicht einmal von Verhandlungen, durch die die Arbeiter eine ruhige Erörterung der Angelegenheit herbeiführen wollten, etwas wissen und haben dagegen protestiert, daß die erste Zusammenkunft der Vertreter der beiden Parteien den Charakter von Verhandlungen getragen hätte. Nach dem „Journal der Goldschmiedekunst“ gab eine Versammlung der Arbeitgeber diesen Protesten Ausdruck, lehnte aber alle Forderungen der Arbeiter ab und forderte die Einführung einer „Arbeitsordnung“, durch die alle strittigen Punkte ihre Erledigung finden sollten. Am 21. September fragten nun die Vertreter der Arbeiter noch einmal an, ob man weiter keine Verhandlungen für nötig hielt. Man war klug genug, um nicht abweisend zu antworten, und der 24. September wurde als Termin für eine Konferenz bestimmt. Anwesend waren 7 Vertreter vom Arbeitgeberverband und 5 Vertreter der Arbeitnehmer. Vom Deutschen Metallarbeiterverband wollten die Herren zuerst nichts wissen, aber die prinzipielle Frage der Anerkennung dieser Organisation wurde in den Hintergrund gedrängt.

bei Aufnahme der Verhandlungen mit den Vertretern des Verbandes der Arbeiter, wobei es sich in erster Linie um den Tarif und die aufgestellten Forderungen handelte. Handke gab ein anschauliches Bild von den Verhandlungen. Die Arbeitgeber waren allen Argumenten der Vertreter der Arbeiter unzugänglich. Eine Reihe von Fragen wurde aufgestellt und hin und her gestritten, bis endlich die Arbeitgeber vor der Entscheidung standen, ob sie überhaupt einen Vertrag mit dem Deutschen Metallarbeiterverband abschließen wollten. Die Arbeitgeber wollten „annehmbar“ Vorschläge hören, und es fanden Sonderberatungen der Parteien statt. Die Arbeiter zeigten dann einen Weg der Verständigung, dahingehend, daß die Unternehmer die Kündigung des Tarifs zurücknehmen sollten und der Tarif weiter gelte bis zum 1. Oktober 1909. Der Tarif würde dann nicht mit der Annahme, wie bisher, sondern zwischen dem neuen Arbeitgeberverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossen werden. Die Arbeitgebervertreter schienen mit dieser Lösung zufrieden zu sein und werden bis zum 7. Oktober ihre endgültige Antwort einreichen, nachdem der Verband die Entscheidung getroffen hat. Denselben Vorbehalt machten die Vertreter der Arbeitnehmer. — Nachdem die Vertrauensmänner der Gold- und Silberarbeiter ihre Einverständnisse damit erklärt hatten, empfahl Handke der Versammlung ihre Zustimmung zu dem Abkommen der Kommission zu erteilen. Wenn auch keine materiellen Forderungen durchgesetzt worden sind, so sind doch auch keine Verschlechterungen im Auge, und es ist zu erwarten, daß die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die die vor zwei Jahren zugesagte Lohnsteigerung noch nicht erhalten haben, jetzt zu ihrem Rechte kommen. Sollten die Arbeitgeber durch ihren Verband noch anders entscheiden, dann gilt es natürlich, alle Kräfte zusammenzufassen und in der Organisation der Arbeitnehmer Mittel und Wege zu finden, um alle Angriffe abzuwehren. Der starke Besuch der Versammlungen in dieser Bewegung ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Arbeiter die Situation zu würdigen wissen.

Die folgende Resolution wurde von den Versammelten einstimmig angenommen:

Die am 29. September tagende Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Gold- und Silberwarenindustrie erklärt sich mit Rücksicht auf die gegenwärtige Konjunktur mit dem Vorschlag der Kommission und der Vertrauensmänner einverstanden, daß der bisherige Tarif auf ein weiteres Jahr bestehen soll. Die Versammlung beauftragt aber die Kommission, dafür zu sorgen, daß in den Geschäften, wo die Hilfsarbeiter und die Arbeiterinnen im Jahre 1908 die zehnprozentige Zulage nur teilweise erhalten haben, die fehlende Erhöhung von nun ab gewährt wird.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Appell, für den Verband und die Sache der Arbeiter, besonders für ihre Presse, nach besten Kräften zu wirken.

### Deutsches Reich.

#### Auf dem Wege zum Industrieverbande.

Der Verband der Lithographen und Steindruckere, der in den letzten Jahren schwere Kämpfe mit den Unternehmerorganisationen und der gelben Berufsorganisation durchzuführen hatte, benutzte die ruhige Zeit zur Konsolidierung. Der Verband umfaßt bis jetzt die Berufe der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachs- und Papetendrucker. Zum 1. Oktober erfolgt der Anschluß des Photographengehilfenverbandes mit 450 Mitgliedern, für den 1. Januar 1909 ist der Anschluß des Formstickerverbandes mit ungefähr derselben Zahl von Mitgliedern beschlossen. Bis jetzt umfaßt der Verband rund 16 800 männliche Mitglieder. Die Lehrlingsabteilung des Verbandes ist weiter gewachsen. Ihr gehören rund 3100 Lehrlinge der bis jetzt zum Verbands gehörigen Berufe an, der Anschluß der Photographen und der Formsticker wird diese Zahl weiter erhöhen. Vor einigen Tagen fanden die Verhandlungen zwischen Gehilfen und den Unternehmern der Chemigraphie wegen des in weiteren Kreisen schon viel besprochenen Tarifes statt. Er wurde das erstmalig 1908 abgeschlossen. Bei der Schaffung des Tarifes betrug die Zahl der organisierten Gehilfen 69,2 Proz. aller im Gewerbe Tätigen, 1908 95,7 Proz., das sind 2142 Gehilfen gegen 97 Unorganisierte. Von 143 bestehenden Firmen sind zurzeit 138 im Unternehmerverband organisiert, also tariffrei. Bis jetzt arbeiten zirka 55 Proz. der organisierten Gehilfen länger als 8 Stunden täglich. Die Verhandlungen ergaben die achtstündige Arbeitszeit mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifes zum 1. Januar 1909 für alle Chemigraphen, für die Kupferdrucker vom 1. Januar 1910 ab! Gewiß eine schöne Errungenschaft in solch wirtschaftlich schlechter Zeit. Im alten Tarif war ein Minimallohn von 24 M. für Chemigraphen und ein solcher von 30 M. für Kupferdrucker festgelegt. 1903 wurden mit und unter diesem Satz 17,6 Proz. der in Frage kommenden Berufsangehörigen entlohnt, 1908 nur noch 4,8 Proz.!! Im neuen Tarif ist ein Minimallohn von 27 M. vorgesehen. Die Verpflichtung, gegenseitig nur organisierte Prinzipale resp. Gehilfen zu beschäftigen, wurde beibehalten. Diese Bestimmung ist um so berechtigter, als ja zurzeit nur 6 Firmen, die 97 Gehilfen beschäftigen, als Unorganisierte in Frage kommen. Die Preiskonvention, die bei dem erstmaligen Abschluß des Tarifes von verschiedenen Seiten abfällig beurteilt wurde, weil sie die Erhöhung der Löhne „auf die Konsumenten abwälze“, ist beibehalten worden. Statistische Nachweise haben ergeben, daß diese vorausgesetzte Wirkung ausgeblieben ist. Im neuen Tarif ist ein Ausnahmsfall der Preiskonvention in der von mancher Seite befürchteten Art noch dadurch unmöglich gemacht, daß eine Erhöhung der jetzt bestehenden Produktionspreise nur durch das aus gleichen Teilen von Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzte Tarifsenngericht möglich ist.

#### Nur Kündigung des Tarifsenngerichtes.

In seltenen Tagen wiederum eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der im Zentralverband organisierten Kupfer-, Stein- und Lithographen, die sich der Tarifvorlage der Unternehmer. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß Abzüge nicht stattfinden dürfen, daß aber bei einer eventuellen Abschließung des Tarifes auf drei Jahre verschiedene Forderungen gestellt werden sollen, die innerhalb der drei Jahre in Kraft treten müßten. Diese Forderungen, unter denen sich die neunstündige Arbeitszeit befindet, wurden formuliert und die Lohnkommission beauftragt, mit den Unternehmern darüber in Verhandlungen einzutreten.

#### Tariffkündigung in den Münchener Bierbrauereien.

Eine Versammlung von mehr als 3000 Brauereiarbeitern Münchens, soweit sie dem Verbands angegeschlossen sind, votierte folgende Resolution: „Die Versammlung stellt sich genötigt, auf Grund der fortgesetzten Steigerungen aller Bedarfsartikel und der eminent hohen Wohnmieten, sowie der erhöhten Anforderungen, die bei der heutigen Technik an die einzelnen Arbeiter gestellt werden, die Verbandsleitung zu beauftragen, den Tarif am 1. Oktober für den 31. Dezember 1908 zu kündigen. Die Versammlung beschließt, daß die Verbandsleitung mit einer aus allen Sparten zusammengesetzten Tarifkommission eine den Verhältnissen entsprechende Tarifvorlage auszuarbeiten und in kürzester Zeit einer weiteren Versammlung zu unterbreiten hat.“

### Husland.

#### Der Staat ist gerettet.

Trient, 30. September. Der Internationale Verband der Zivilbeamten und Handlungsgehilfen in Trentino und anderen italienischen Städten Oesterreichs wurde wegen Staatsgefährlichkeit aufgelöst.

#### Militarismus gegen das Volk.

Konstantinopel, 30. September. Der Streik bei den Metallwaer Kohlengruben und auf der Eisenbahn von Damaskus ist beendet.

mit einem künftigen Eisenbahnerstreik wirksamer entgegenzutreten zu können, werden zwei Eisenbahnbataillone gebildet, die bei Ausbruch eines Ausstandes sofort den Bahndienst übernehmen werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die proletarische Frauenbewegung in Oesterreich.

Die zu Ostern stattgefundenen österreichische Frauenkonferenz hat vielfache Anregungen für die Agitation gegeben. Das Frauenreichsamt, welches die Vertretung der österreichischen Genossinnen darstellt, wird in nächster Zeit einige Landes-Frauenkonferenzen abhalten in jenen Gebieten, wo eine politische Frauenorganisation noch nicht vorhanden ist. Mitte Oktober wird sich der schlesische Landesparteitag mit der Frauenorganisation beschäftigen und im Anschluß an den Parteitag wird eine Konferenz für die schlesischen Genossinnen stattfinden. In Schlesien gibt es bis jetzt keine Frauenorganisation. Es sind wohl viele Arbeiterinnen in der Union der Textilarbeiter gewerkschaftlich organisiert, auch die unter furchtbaren Verhältnissen lebenden Heimarbeiterinnen sind zum Teil gewerkschaftlich organisiert, auch Handschuhmacherinnen und Arbeiterinnen der Hutindustrie, politisch treten sie aber noch gar nicht hervor. Einige Orte haben Frauen in der losen politischen Organisation, es gibt aber keinen Zusammenhang unter den Frauen und keine Veranstaltung, durch welche die spezielle Aufklärung der Frauen gefördert würde. Schlesien war auch auf der Frauenkonferenz in Wien nicht vertreten. Dieser Umstand hat Anlaß gegeben, daß sich die Landesorganisation entschloß, eine Agitation für die politische Frauenorganisation zu entfalten. Im Anschluß an den Landesparteitag und an die Frauenkonferenz werden Versammlungen stattfinden, durch welche auch Schlesien eine sozialdemokratische Frauenorganisation erhalten soll.

Eine Frauenkonferenz größeren Stils wird im November für Deutschböhmen stattfinden. Die Vorbereitungen sind getroffen und eine Anzahl erprobter Genossinnen in Böhmen sind bereit mit dem Frauenreichsamt für das Gelingen zu arbeiten. Auch diese Konferenz findet mit Zustimmung der zuständigen Landesregulativ statt. Sie ist für Deutschböhmen eine Notwendigkeit. Böhmen ist Oesterreichs industriellstes Gebiet mit einer überwiegend sozialdemokratischen denkenden Arbeiterschaft. Die Porzellan- und Textilindustrie sind stark vertreten und in beiden Arbeitskategorien spielt bekanntlich die Frauennarbeit eine große Rolle. Es sind auch viele Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert, politisch aber ganz unbeträchtlich. Wo es eine sozialdemokratische Frauenorganisation gibt, sind es die im letzten Jahre gegründeten freien Organisationen, die sich aber fast nur auf einen Bezirk verteilen. Die Frauenkonferenz soll nun veranlassen, daß in ganz Deutschböhmen politische Gruppen für Frauen entstehen, und da in diesem Lande die notwendigen Kräfte vorhanden sind, dürfte diese Veranstaltung gute Früchte tragen.

Auch in Steiermark werden Vorbereitungen getroffen. Hier konzentriert sich die Frauenorganisation in den Ortsgruppen des Vereins der Heimarbeiterinnen. Neben wirklichen Heimarbeiterinnen gehören diesen Ortsgruppen alle Frauen an, die bereits soweit sind, um Interesse und Verständnis für die Sozialdemokratie zu haben. Dieser Verein hat neben Vertragslosten mit Krankenunterstützung, Entbindungskostenbeitrag und Arbeitsvermittlung auch eine Klasse mit niedrigem Beitrag für jene Genossinnen, die nicht Heimarbeiterinnen sind. Einige dieser Ortsgruppen entwickeln eine anerkanntswürdige Tätigkeit und arbeiten bei allen Parteiveranstaltungen mit. In kleineren Orten kommt man mit dieser Organisationsform ganz gut aus, in größeren Städten aber, wo Tausende zu gewinnen sind, genügt sie nicht.

Das Frauenreichsamt beabsichtigt nun auch in der Hauptstadt Steiermark eine Konferenz einzuberufen, um neben dem Verein der Heimarbeiterinnen eine ausgesprochen politische Organisation zu gründen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Sechster Wahlkreis, 5. Abteilung, Donnerstag, 1. Oktober bei Hübner, Watzstraße 7.

4. Abteilung, Freitag, den 2. Oktober bei Leppin, Brunnstraße 30.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Streik.

München, 30. September. (B. G.) Die Münchener Damen-Schneider und Schneiderinnen der Wafzbranche haben gestern mit 281 gegen 2 Stimmen beschlossen, morgen früh in den Ausstand zu treten.

### Die Industriellen rüsten.

München, 30. September. (B. G.) Der Gesamtvorstand des bayerischen Industrieverbandes hat in bezug auf die Organisation der deutschen Industrie beschlossen, auf eine Einigung der Zentralverbände hinzuwirken, um auf diese Weise den Einfluß der deutschen Industrie im Staatsleben wirksam zu machen. Zu den geplanten Reichssteuern soll erst nach dem Bekanntwerden der Entwürfe des Reichschatzamtes Stellung genommen werden.

### Lepines Gegenmaßregeln.

Paris, 30. September. (B. G.) Der Polizeipräsident Lepine hat beschlossen, angesichts der drohenden Haltung der Elektriker, einen neuen Ausstand ins Werk zu setzen, eine neue elektrische Kraftstation zu errichten, welche die Präfektur, den Justizpalast usw. mit dem notwendigen elektrischen Licht versehen soll.

### Beendeter Streik.

Winnipeg, 30. September. (B. L. W.) Der Streik auf der Canadian Pacific-Eisenbahn ist beendet.

### Bulgarische Wirtschaft.

Konstantinopel, 30. September. (B. G.) Die hiesige Direktion der Orientbahnen erhielt von ihrem Vertreter in Ostrumelien einen Bericht wonach auf verschiedenen Stationen der Bahn bulgarische Soldaten mittels Bajonett die Familien der Bahnangestellten aus den Dienstwohnungen vertrieben haben; zum Teil wurden die Türen zertrümmert, verschiedentlich auch die Wüstenschalter zerstört; ein Beamter der Orientbahn wurde wegen Widerstandes verhaftet. Beim bulgarischen Minister des Äußeren wurde deshalb ein Protest eingereicht.

### Der schwarze Peter.

Wien, 30. September. (B. G.) Die am 1. Oktober erscheinende Nummer der „Oesterreichischen Rundschau“ bringt, augenscheinlich unter einem Pseudonym, einen sensationellen Artikel über König Peter und die großherzogliche Bewegung. Es wird darin erwähnt, daß man in Belgrad eine Verbrüderung Serbiens mit Bulgarien angestrebt und den Fürsten Ferdinand zu beseitigen getrachtet habe. An der Hand von Dokumenten, darunter des Schwures des Königs Peter, den er vor der Ermordung Alexanders und Dragas von Genf aus den Verschwörern zukommen ließ, daß er sie und ihre Nachkommen nicht nur nicht gerichtlich verfolgen, sondern ihnen vielmehr die höchsten Stellen im Lande überlassen werde und mehrerer genau zitiierter Telegramme wird zu erweisen gesucht, daß König Peter nicht nur von dem Belgrader Woywoden gewinkt, sondern, daß er ihn auch gefördert habe. Dadurch hat er sich vollständig in die Hand der Verschwörer gegeben.

Der Nürnberger Parteitag in den Parteiorganisationen.

In einer Versammlung der Genossen der Stadt Dortmund machte der Parteitag delegierte Genosse Klupisch die Mitteilung, daß er und sein Mitdelegierter Robis mit dem Abgeordneten des Kreises, dem Genossen Bömelburg, für die Resolution Prohme gestimmt haben.

Eine Vereinsversammlung in Röhhausen i. G. nahm nach einem Referat des Parteitagdelegierten Genossen Wich einstimig folgende Resolution an: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages — insbesondere auch mit dem Beschluß betr. die Budgetbewilligung — durchaus einverstanden.

In Hof in Bayern referierte in einer Vereinsversammlung Genosse Viebold. In seinem Sinne sprachen in der Diskussion gegen die Budgetbewilligung drei, in bedingtem Sinne dafür zwei

Genossen. Wegen einer ziemlich Minorität wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Parteitages und erklärt ihr volles Einverständnis hierzu. Besonders bedauert die Versammlung das weitere Vorgehen mehrerer sächsischer Parteigenossen in bezug auf die Budgetfrage und erwartet strikte Einhaltung des Parteitagebeschlusses.

Eine Vereinsversammlung in Regensburg, in der die Delegierten Genossen Wunderlich und Dr. Weill-Nürnberg referierten, nahm folgende Resolution an:

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Regensburg erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitag in Nürnberg einverstanden. Sie stimmt namentlich der Erklärung zu, die die überwiegende Mehrheit der sächsischen Delegierten nach der Annahme der Resolution über die Budgetfrage abgegeben hat.

Sie erblaut in dieser vom Parteitag ohne Widerspruch angenommenen Erklärung die notwendige Wahrnehmung der Rechte der Landesorganisationen, die innerhalb der einzelstaatlichen Politik für die Grundzüge und die Forderungen des Programms zu wirken haben und daher allein geeignet und statutengemäß allein zuständig sind, in den tatsächlichen Fragen der Landespolitik zu entscheiden.

Die Versammlung ist überzeugt, daß diese Selbständigkeit der Landesorganisationen die Agitationskraft der Sozialdemokratie stärkt und die Einheit der Gesamtpartei sichert.

Auch die letzten Erklärungen des Parteivorstandes und des Landesvorstandes wurden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

In einer zahlreich besuchten Parteiverammlung in Altona wurde nach dem Bericht der Delegierten folgende Resolution eingereicht:

Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitage, insbesondere in der Frage der Budgetbewilligung sowie mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie spricht den dringenden Wunsch und die Hoffnung aus, daß die streitige Frage auf dem Boden der vom Parteitage angenommenen Resolution ihre Erledigung finden möge.

Genosse Dr. Herz, der als Gast den Verhandlungen in Nürnberg beigewohnt hat, sagte u. a.: die von Frank und anderen sächsischen Delegierten für die Budgetbewilligung vorgebrachten Argumente seien von bürgerlichen Standpunkte ganz richtig, ständen aber in diametralen Gegensatz zur sozialistischen Auffassung von Klassenstaaten. Er erntete großen Beifall.

Genosse Lejche meldete sich gegen diese Ausführungen. Die Voraussetzungen der Lübecker Resolution für die Budgetzustimmung in Süddeutschland seien allerdings nicht vorhanden gewesen. Es könnten aber Situationen kommen, wo die Fessel einer strikten Budgetablehnung uns zum Schaden gereiche, deshalb solle man sich darauf nicht festlegen. Das richtigste wäre Annahme der Resolution Prohme gewesen. (Beifall.)

Die Fortsetzung der Debatte findet in einer späteren Versammlung statt.

Die Parteigenossen von Ottensen (6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis) beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit den Parteitagebeschlüssen. Nach lebhafter Aussprache über das Für und Wider der Budgetbewilligung wurde von der Annahme einer Resolution Abstand genommen.

In einer Parteiverammlung für Hamburg II behandelte der Delegierte Paul Hoffmann die Budgetfrage und empfahl die Annahme folgender Resolution:

Der sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Beschlüssen des Parteitages; insbesondere erklärt er sein Einverständnis mit der zur Budgetfrage beschlossenen Resolution.

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß trotz der Erklärung der 66 sächsischen Delegierten und des inhaltlich sich

widelerweit langamer und unregelmäßiger. Freilich sind diese weniger gefährlichen Ansteckungsmittel auch bei einer hauptsächlich durch das Wasser verbreiteten Epidemie in Tätigkeit. In den meisten Fällen werden wohl Milch und andere Nahrungsmittel durch irgendwelche Verunreinigung mit verseuchtem Wasser gefährlich werden. Tiere scheinen der eigentlichen Cholera nicht zugänglich zu sein.

Theater.

Deutsches Theater: „Kabale und Liebe“ von Schiller. Der Tag, an dem vor fünfundsiebenzig Jahren das Deutsche Theater, Larrognes Gründung, zum ersten Male seine Pforten öffnete, fand seine würdige und festlich schönste Feier in der Schilleraufführung von „Kabale und Liebe“.

„Kabale und Liebe“ war eine der ersten Klassikeraufführungen, mit denen Reinhardt im Neuen Theater sein Publikum überraschte, einer seiner größten und nachhaltigsten Erfolge, die er dort errang. Inbes die neue Darstellung im Deutschen Theater ist keine bloße Wiederholung, sondern Steigerung. Man hatte bei dem Engagement von Harry Walden sich verwundert gefragt, wie dieser Schauspieler, als dessen Spezialität seit langem elegante Weltteile und Liebhaber im Salonstil galten, im Klassikerrepertoire des Deutschen Theaters Verwendung finden solle.

damit bedenden Kustufs des bayerischen Landesvorstandes unsere sächsischen Genossen im Interesse einer einheitlich starken sozialdemokratischen Partei diese Resolution die Richtschnur ihres ferneren Handelns bilden werde.

Die Debatte hierüber findet in der nächsten Versammlung statt.

In einer Parteiverammlung zu Magdeburg gab der Referent Genosse Klubs der Meinung Ausdruck, daß für die Budgetbewilligung der sächsischen Genossen die zwingenden Gründe, die die Lübecker Resolution verlangt, nicht gegeben gewesen seien. Aber die Sächsischen hätten zweifellos im guten Glauben gehandelt. Die Lübecker Resolution lasse Ausnahmen zu, und deswegen sei es sehr wünschenswert gewesen, eine Instanz zu schaffen, die darüber entscheidet, ob zwingende Gründe vorliegen. Eine solche Instanz wollte die Resolution Prohme schaffen. Die Annahme der Resolution Prohme sei wünschenswert gewesen. Da jedoch jetzt die Vorstandesresolution angenommen sei, habe sie bis zu einer anderen Beschlußfassung als Gesetz der Partei zu gelten. Wenn die Sächsischen mit ihrer wiederholten Gegenklärung die Absicht zum Ausdruck bringen wollen, offen zu frondieren, so sei das auf das entschiedenste zu verurteilen. Er habe aber — trotz der Erklärung — zu den sächsischen Genossen das Vertrauen, daß sie nicht gegen den Parteitagebeschuß handeln werden. — Die Versammlung nahm nach vierstündiger Dauer einstimmig die folgende Resolution an:

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg spricht ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitages aus. Sie verwahrt sich gegen die Ansicht der Sächsischen, daß die Ruhe, mit der der Parteitag die Erklärung der 66 entgegennahm, als Zustimmung des Parteitages ausgelegt wird. Sie verurteilt vielmehr die Erklärung in schärfster Weise und erwartet, daß derselben keine Folge gegeben wird, die mit den Parteibeschlüssen unvereinbar ist.

Hanau, 30. September.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.)

In einer gut besuchten Vereinsversammlung wendeten sich als Redner scharf gegen die Budgetbewilligung. Die Debatte wurde vertagt.

Die Massenausperrungen in der Lancashire Baumwoll-Industrie.

Ueber eine Woche ist nun vergangen, seit am Montag, den 21. September, die Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in der Lancashire Baumwollindustrie mit der Aussperrung von 110 000 Arbeitern ihren Anfang nahm, und noch ist nicht das geringste Anzeichen einer Mäßigung der Lage vorhanden. Der Arbeitgeberverband, der über 40 Millionen von den 55 Millionen Spindeln verfügt, die England besitzt, läßt es darauf ankommen, daß in der Lancashire Baumwollindustrie ein Kapital von rund 1 Milliarde brachliegt, und daß außerdem Milliardenwerte in anderen Industrien in Risikobauschaft gezogen werden, daß außer den 500 000 direkt beteiligten Arbeitern der Textilindustrie 500 000 aus anderen Gewerben weichen müssen, wenn nicht bald eine Einigung erreicht wird, und die Arbeiterverbände sehen ebenfalls zu. Beide Parteien stehen einander abwartend gegenüber. Die Spinnerereibeitler verlangen, ihre Forderung, daß die Arbeiter sich mit der Einführung einer 5proz.igen Lohnherabsetzung zum 1. Januar 1909 unter allen Umständen einverstanden erklären, müßte unbedingt angenommen werden, und die Arbeiter bleiben bei ihrer Wehnung, und wollen sich mit der Lohnherabsetzung nur einverstanden erklären, falls nicht inzwischen eine Besserung der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur eintritt.

Im Gegensatz zu den Arbeitgebern, in deren Reihen keine rechte Uebereinstimmung mehr zu herrschen scheint, scheinen die Arbeiter ihrer Sache ziemlich sicher zu sein. Der Vorstand des Verbandes der Kardensaal-Arbeiter hat es sogar abgelehnt, eine zweite Abstimmung der Verbandsmitglieder

Gestalt des Waters kam in dem Spiele Diggelmanns nicht überall in gleichmäßiger Bindung heraus.

Trianon-Theater: „Die Liebe macht“, Lustspiel von Caillabet und Flerx. Das obligate französische Drama hat die Vorgänge und die (viel stärkeren) Nachteile der Tradition. Es handelt eine Technik, die sich um die Errungenschaften des modernen europäischen Theaters nicht kümmert, es behandelt Probleme, die seit 50 Jahren unverändert sind, es hält sich an Typen aus einer Gesellschaftsschicht, die nichts im Leben zu tun hat, als ihre Renten zu vergehen, Liebesabenteuer zu bestehen und den Komödienbüchern Stoffe zu liefern. Es ist ein reines Klassendrama, das nichts vom Leben kennt als das banale Amüsement einer parasitären Adelsklasse. Die reich gewordenen Bourgeoisie weiß offenbar nichts besseres zu tun, als den von deutschen Journalisten entworfenen „Geist“ und die berufsmäßige Ehebrecherei dieser feudalen Gesellschaft zu bewundern. Denn sie bildet doch das Publikum, das in diesem Theater kulturelle Unterhaltung sucht.

Das neue Lustspiel der Herren Caillabet u. Flerx ist ein Repertoire aller hundertmal begrohenen und ebenso oft wiedererfindenden Motive dieses Genres. Es ist greisenhafte, fade Routine, die hier einen (leider nicht den letzten) Totentanz klappert. Die Fabrikanten scheinen die Trostlosigkeit ihrer Sache selber zu fühlen, denn sie fallen schließlich aus der Rolle. Statt pikant und freivol, werden sie mit einem Mal pflaumenmüde und sentimental und jagen in der Komödie eine Tragikomödie an, die in diesem Rahmen völlig abgestimmt erscheint. Die eben von der Hochzeitsreise heimkehrende Gräfin beschließt, fünf Minuten nachdem sie die Treulosigkeit ihres Gatten erfahren, sich auf der Stelle in der gleichen Weise zu rächen. Dazu erwählt sie sich einen trottelhaften Wüchermenschen, der zwar zur Gesellschaft gehört und nicht minder zum Bestande der Lustspieltypen, aber ihre Vorteile nicht zu erfassen versteht. Der Arme spielt im Leben die Rolle des Stationsvorstehers, der die Bilge wohl abserligt, aber nicht mitfahren darf. Er ist — so sagen die Autoren — der Logenführer, der nie das Stück auf der Bühne zu sehen bekommt. (Die Logenführer sehen alle Stücke, wenn sie wollen. Offenbar handelt es sich um Stücke der Flerx und Genossen.) Man kann sich vorstellen, was ein solch braver Mensch mit der Gräfin, die einen Ehebruch sucht, anzufangen weiß, und zu welchen Nüchternen er sich abschließen läßt. Da aber dieser Bibliothekar des Lebens schließlich immerhin eine Art Mensch ist, so hat man für das übrige Puppenpiel nichts mehr übrig.

Das Interesse an der Aufführung konzentrierte sich auf Herrn Junker Mann, der den Pöppel resolut ins Deutsche (Marke: Stogebus-Blumenhal) übertrug und mit metrischen Feinheiten ausstattete. Sprudelnd, frisch, fed, eine echte ingenius, war Ute Wöttchers Gräfin. Dauer der Vorgänge über drei Stunden.

Notizen.

— Theaterchronik. „Das Kränlein in Schwarz“, eine neue dreiaktige Komödie von Rudolf Volz, wird im Neuen Schauspielhaus im Oktober zur Aufführung gelangen.

Kleines feuilleton.

Die Ansteckungswege der Cholera. Die ansteckenden Krankheiten verbreiten sich von Land zu Land auf denselben Wegen, auf denen die Menschen reisen, d. h. teils auf Wasser, teils auf Landstraßen. Man erwartet auch von den Seuchen, daß sie irgendwoher von Heimatsberechtigung haben; aber ihr räumlicher Ursprung ist meist rätselhaft, und es wäre überhaupt schwierig, eine Antwort auf die Frage nach der Entstehung einer Krankheit in diesem Sinne zu finden. Bei den einzelnen größeren Epidemien oder, wie man bei einer großen Ausdehnung auch sagt: Pandemien, läßt sich der Ausgangspunkt allerdings zuweilen mit ziemlich großer Sicherheit feststellen. Als eine solche Druckstätte der Cholera ist das Ganges-Delta in Indien bekannt. Von dort machte der Choleraerregstoff die Pilgerfahrt nach Mekka und hat dann entweder über Ägypten oder durch Arabien, Kleinasien und Persien seinen Weg zunächst nach Südrussland und dann weiter nach Westeuropa gemacht. Je mehr die Verkehrsmittel der Verkehrsmitel zunimmt, desto schneller „reisen“ natürlich auch die Krankheiten, und heute können sie sich daher mit einer reißenden Schnelligkeit über große Erdräume verbreiten. Die Cholera ist zum Beispiel früher auch mit transatlantischen Dampfern nach Kanada, Beständen und nach südlichen Häfen der Vereinigten Staaten gelangt. Nicht selten wird die Art der Einschleppung gar nicht genau bekannt. In gewisser Hinsicht kann die Cholera, was die Wege der Ansteckung anlangt, mit dem Typhus verglichen werden, übrigens auch noch mit anderen Krankheiten, insofern als zwei Formen von Epidemien zu unterscheiden sind, je nachdem sie durch Wasser oder durch andere Mittel, darunter auch die unmittelbare Verührung von Mensch zu Mensch, übertragen werden. Die Ansteckung durch das Wasser gibt bei der Cholera zu noch auffälligeren Formen Anlaß, indem der Ausbruch und die Entwicklung einer Epidemie in einer erloschenen Weise erfolgen kann. Früher, als die Trinkwasserhältnisse noch überall im Argen lagen, wurden in großen Städten Hunderte und Tausende von Menschen an einem einzigen Tage von der Krankheit ergriffen, und die Erfahrungen in Petersburg haben gezeigt, daß heute noch gerade daselbst möglich ist, wenn die Wasserversorgung einer Großstadt den Forderungen der Hygiene nicht genügt ist. Die Festigkeit des Ausbruchs gerade einer Choleraepidemie ist noch dadurch bedingt, daß die sogenannte Inkubationsfrist, d. h. der Zeitraum, der von der eigentlichen Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit vergeht, nur 12 bis 24 Stunden beträgt. Die berühmte Choleraepidemie vom Jahre 1892 in Hamburg ist ein schlechthin klassisches Beispiel für die Art der Verbreitung der Seuche durch das Wasser. Es gab damals in Hamburg gewisse Straßen, in denen die Häuser einer Seite das Wasser anderswoher bekamen als die der anderen Seite, und die Erkrankungen blieben tatsächlich auf die eine Straßenseite beschränkt, deren Wasserzufuhr versetzt war, während auf der anderen Seite nur ganz vereinzelte Fälle vorliefen. Bei Epidemien, bei denen das Trinkwasser zunächst nicht beteiligt ist und die sich auf anderem Wege und vorgewiesene durch Verührung verbreiten, ist die Ent-

über die bereits einmal abgelehnten Vorschläge der Arbeiter zu veranlassen. Die Arbeiterführer erklären, wenn die Ausperrungen nun doch einmal vorgenommen worden seien, so solle auch wirklich eine Betriebsunterbrechung stattfinden. Die Arbeiter seien in der Lage, sich die Dinge mit anzusehen. Diese Versicherung ist keine leere Redensart.

Ganz abgesehen davon, daß die Spinner von Lancashire zur Elite der englischen Arbeiterklasse gehören, gut organisiert sind und über reiche Mittel verfügen, überhaupt materiell eine sehr starke Stellung haben, liegt in den allgemein wirtschaftlichen Verhältnissen, die zurzeit in England herrschen, eine starke moralische Unterstützung für sie. Das ganze Land befindet sich in einem krisenhaften Zustand, in allen Gewerben und Handelszweigen herrscht ein äußerst ungünstiger Geschäftsgang — noch eine Nachwirkung der von Amerika herübergekommenen Depression —, Arbeiterentlassungen und Betriebsbeeinträchtigungen aus Mangel an Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Die Anzahl der Arbeitslosen ist so groß wie seit langen Jahren nicht — in Glasgow allein zählt man 20 000 Arbeitslose mit einem Familienanhang von 80 000 Personen —, und im ganzen Lande veranlassen die kollektiven Kundgebungen, die vielfach einen bedrohlichen Charakter tragen und die Polizei zum Eingreifen zwingen. Sie verlangen, daß man ihnen Beschäftigung oder Unterstützung gebe. Wenn unter solchen Umständen aus einem verhältnismäßig geringfügigen Anlaß der Arbeitgeber einer der wichtigsten Industrien Englands durch Ausperrung von 110 000 Arbeitern eine Bewegung einleitet, die, falls sie noch einige Wochen dauert, rund 1 Million Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Wochenverdienst von zusammen wohl 1 Million Pfund Sterling und einem Familienanhang von 3 Millionen Personen zu feiern zwingen würde, so setzen sie sich natürlich vor der Öffentlichkeit stark ins Unrecht.

Ferner rechnen die Arbeiter damit, daß unter den Spinnereibesitzern bereits jetzt allerlei Gegenströmungen auftreten. Eine ganze Anzahl Spinnereibesitzer lassen ihre Betriebe ruhig weiter arbeiten und ziehen lieber die Konventionalkasse an den Fabrikantenverband. Das tun unter anderem auch Firmen, deren Inhaber leitende Stellungen im Verbandsbelleiden. Der Nutzen, den sie daraus ziehen, daß ihre Betriebe gerade jetzt arbeiten, läßt sie die Konventionalkasse schon verschmerzen. Die Nachfrage ist nämlich so plötzlich und so stark gestiegen, daß die Preise für Baumwollgarne sprunghaft erhöht werden konnten bis zu einem vollen Penny für das Pfund. Es haben nicht nur eine Anzahl Spinnereien, trotz ihrer Zugehörigkeit zum Verbands, sich an den Ausperrungen nicht beteiligt, sondern andere haben sogar die begonnene Ausperrung wieder aufgehoben und darauf verzichtet, die von ihnen ursprünglich gestellten Forderungen zurückzugeben. Die Spinnereibesitzer hatten vor Beginn des Kampfes, während der Verhandlungen mit den Arbeitern, die eine Einigung anstreben, offen erklärt, eine Betriebsunterbrechung würde zur Gesundung des Marktes führen, der unter Überproduktion bei mangelnder Nachfrage leide, und deshalb käme ihnen eine Arbeitseinstellung gar recht. Nun ist die Wiederbelebung des Marktes, teilweise wenigstens, sehr schnell eingetreten, und viele suchen sie auszunutzen.

Es scheint, daß die Arbeitgeber sich in ihren Berechnungen bezüglich des Marktes ebenso getäuscht haben wie in ihrer Abschätzung der Arbeiter. Sie meinten, die Lager an Garn und fertigen Tüchern seien so überfüllt, daß eine Produktionsunterbrechung von mehreren Wochen nötig sein würde, um Luft zu schaffen. Aber jetzt stellt sich heraus, daß die Lager lange nicht so groß waren. Man rechnete, die Garnvorräte würden ausreichen, um die Tuchwebereien auf mindestens drei Wochen hinaus mit Arbeitsmaterial zu versorgen; in Wirklichkeit sind sie zum großen Teil schon jetzt nach einer Woche erschöpft, und die Webereien müssen ebenfalls den Betrieb einstellen; in Wurs, in Dartmoor, in Leigh, in Heywood, überall sind nun auch sie zur Untätigkeit gezwungen. Infolgedessen ist auch die Nachfrage nach allen Arten Tuch sehr stark, und unverkäufliche Waren gibt es an den Lagern nicht mehr; die Leute sind froh, wenn sie nur überhaupt etwas bekommen. Die Konjunktur ist also wieder durchaus günstig, und die Spinnereien, die tatsächlich eine Zeitlang mit Verlust arbeiteten, die großen setzten wöchentlich bis zu 100 Pfd. Sterl. zu, konnten jetzt wieder lohnend arbeiten. Große Aufträge, namentlich aus Indien, sind dadurch bereits verloren gegangen, wie man annimmt, nach Deutschland, dessen Konkurrenz man auch hier besonders fürchtet. Unter diesen Umständen erfordert es in der Tat große Entschlossenheit, das Prinzip halber den Betrieb still liegen zu lassen.

Die Arbeiter kennen diese Lage der Dinge sehr genau und halten sie den Arbeitgebern vor, ebenso wie sie während der Verhandlungen ihnen offen erklärten, die schlechte Zeit hätten die Fabrikanten selber verschuldet, und zwar durch die maßlosen Neugründungen und Vergrößerungen während der letzten günstigen Jahre, was ja auch den Tatsachen entspricht. Der Verband der Kardensaal-Arbeiter hat jetzt ferner eine Uebersicht über die Dividenden und Zuweisungen veröffentlicht, die die Spinnereien seit November 1906 aufgebracht haben. Es werden darin Gesellschaften aufgezählt, die 14prozentige Dividende und 30prozentige Superdividende erzielten, und dabei noch große Gewinnvorträge machen konnten; andere, die 10 und 33, 10 und 42½ Proz. erzielten, eine, die es sogar auf 50 Proz. brachte, während nicht ein einziges Unternehmen weniger als 10 Proz. verteilte. 100 Spinnereien hatten in dem mit November 1907 beendeten Geschäftsjahre einen Ueberschuß von 1 321 157 Pfd. Sterl., woraus eine Dividende von durchschnittlich rund 25 Proz. verteilt wurde, die 574 127 Pfd. Sterl. erforderten; dieselben 100 Spinnereien hatten zusammen 1 482 255 Pfd. Sterl. Gewinnvorträge und Reserven. Außerdem machen die Arbeiter darauf aufmerksam, daß der Geschäftsgang bis zum April d. J. gut war, und daß die paar ungünstigen Monate nicht zu der Forderung berechtigten, für das nächste Jahr niedrigere Löhne bedingungslos festzusetzen.

Jedenfalls wird es nicht so einfach sein, diese Arbeiter mit Zwangsmitteln zum Nachgeben zu veranlassen, selbst in einer dazu besser geeigneten Zeit nicht. Die Arbeiter der Lancashire Baumwollindustrie sind an sich keine Proletarier. Sie verdienen bis zu 70 Sh. die Woche, die sie, als wirtschaftlich und sparsam sprichwörtlich bekannt, nicht leichtsinnig ausgeben, besitzen meistens ihr eigenes Häuschen mit einem Stückchen Land und ein Guthaben bei Konsumvereinen und anderen Gesellschaften. Ebenso gehören ihre Gewerkschaften zu den gebiegeften und reichsten des Landes. Die Ausperrungsunterstützung für Familien, bei welchen außer dem Vater auch andere Angehörige in den Spinnereien tätig sind, beträgt bis zu 30 Schilling die Woche, und die vorhandenen Gelder — eine Gewerkschaft allein verfügt über annähernd 15 Millionen Mark! — reichen aus, um über ein halbes Jahr lang diese Unterstützungen glatt auszusahlen.

Alle diese Faktoren muß man mit in Rechnung stellen, um die ruhige Sicherheit der Arbeiterführer richtig zu verstehen. Sie verhalten sich auch abwartend gegenüber den Bemühungen des Handelsministeriums, das Sonderkommissare entsandt hat, um zwischen den Parteien zu vermitteln, und es läßt sich noch gar nicht absehen, was das Ende sein wird. Auf der Börse in

Manchester, wo man anfangs sehr optimistisch war und ein baldiges Ende der Betriebsunterbrechung durch Nachgeben der Arbeiter erwartete, herrscht jetzt eine gedrückte Stimmung, denn das „nationale Unglück“, das heraufbeschworenen Einkünftigen warnten, scheint tatsächlich eintreten zu wollen.

## Aus der Partei.

Zur Auslegung der Erklärung der 66.

Privat-Telephonat des „Vorwärts“.

Stuttgart, 30. September.

In der „Schwäbischen Tagwacht“ nimmt Genosse W. K. Stellung gegen die Versuche, den Parteitagbeschlüß zur Budgetfrage für die süddeutschen Parlamentarier außer Kraft zu setzen. Genosse W. K. fährt in seinem Artikel u. a. aus:

„Es ist rundheraus gesagt worden, der Parteitagbeschlüß habe für die Unterzeichner der Erklärung der 66 keine bindende Kraft, d. h. er bestiehe für sie nicht. Der bayerische Landesvorstand hat sich nachträglich in einer offiziellen Kundgebung der Erklärung angeschlossen. Man ist aber noch weiter gegangen und hat debuziert, der Parteitag habe durch stillschweigende Entgegennahme der Erklärung der 66 anerkannt, daß sein Beschlüß für die 66 Süddeutschen nicht bestiehe. Als ein Mitglied dieser süddeutschen Gruppe muß ich diese Auffassung entschieden ablehnen, und ich weise, daß das gleich mir noch zahlreiche andere Unterzeichner der Erklärung tun. Wenn schon Parteiblätter wie das in Magdeburg gegen die Kundgebung des bayerischen Landesvorstandes schärfsten Protest erheben, so ergibt sich von selbst, daß der Wogen überhampft worden ist. — Es ist ein Un Ding, 2 1/2 Tage in einer großen Diskussion den Parteitag zu beschwören, er möge so und nicht anders beschließen, zum Schluß aber zu erklären, alles, was da geschähe, gehe einem nichts an. Wohin eine solche Taktik führt, davon zeugt der vom Stettiner Parteiblatte bereits gemachte Vorschlag, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, um dem parteischädigenden Treiben der Süddeutschen ein Ende zu bereiten. — Wer trotzdem in der Weise, wie es geschähe, gegen den Parteitag und die Einheit der Partei demonstriert, der erweckt den Anschein, als ob es ihm mehr um die Postrennung einer Gruppe von der großen Parteio rganisation zu tun ist, als um eine glückliche Lösung der Streitfrage der Budgetbewilligung.“

### Parteitag für den Regierungsbezirk Magdeburg.

In Magdeburg hielt am Sonntag der sozialdemokratische Bezirksverband Magdeburg seinen dritten Bezirkstag ab. Aus dem Rechenschaftsbericht des Parteisekretärs, Genossen Weim s, sei u. a. erwähnt, daß mit dem 1. Oktober d. J. in allen acht Kreisen des Bezirks der wöchentliche Beitrag von 10 Pf. in Kraft tritt. Trotz dieser für einige Kreise sogar recht erheblichen Erhöhung habe der Bezirk nicht an Mitgliedern verloren, sondern gewonnen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli d. J. rund 12 000. Aus dem Bezirk seien zahlreiche Versuche der Behörden zu melden, die „liberalen Errungenschaften“ des Reichvereinsgesetzes wieder illusorisch zu machen. Das neue Agitationsblatt für die Landarbeiter, die „Landpost“, die seit Februar d. J. monatlich erscheint, habe sich im allgemeinen gut eingeführt. Nur ein Kreis habe schlechte Erfahrungen gemacht, weil man dort die Verbreitung vom Abonnement abhängig gemacht habe. Nach dem Bericht über die Presse betrug die Gesamteinnahme des Verlags der „Vollstimme“ vom Juli 1907 bis Juli 1908 307 858 M. (mehr gegen das Vorjahr 21 021 M.), die Ausgabe 292 530 M. (mehr 14 717 M.), so daß ein Gewinn von 15 328 M. zu verzeichnen war. Die Zahl der Abonnenten, die schon auf 22 800 gestiegen war, ist infolge der Einwirkungen der Krise wieder um 1400 zurückgegangen. Die Ueberschüsse des Verlags werden zum Ausbau der Zeitung verwendet. Zunächst soll die „Vollstimme“ in feuilletonmäßiger Hinsicht verbessert werden. Die Druckerei der „Vollstimme“ erzielte einen Ueberschuß von 18 400 M. Die Agitationsleiterin der Frauen, Genossin Bollmann, Halberstadt berichtete unter anderem, daß in letzter Zeit in Orten Frauenorganisationen entstanden seien, wo man das bis vor kurzem noch für unmöglich gehalten habe.

In der Diskussion über die Berichte wurde vor allem dem Ausbau der „Landpost“ das Wort geredet. Sie sei das geeignetste Mittel, die Landarbeiter zu gewinnen, und darum müsse beachtet werden, daß sie ein Agitationsmittel sei. Der Bezirkstag stimmte dann nach längerer Beratung dem Entwurf eines neuen Bezirksstatuts zu. Die wesentliche Aenderung der bisherigen Bestimmungen dürfte die sein, daß das Parteigebäude in Magdeburg, das bisher lediglich Eigentum der Magdeburger Genossen war, in den Besitz der Genossen des ganzen Bezirkes übergeht. Dementsprechend wurden auch die Funktionen der Prechkommission, in die künftig sämtliche Kreise Mitglieder entsenden, geändert. In Zukunft beschließt die Prechkommission über die geschäftlichen Angelegenheiten des Parteigebäudes, der Buchhandlung und der Druckerei und überwacht die prinzipielle und taktische Haltung der „Vollstimme“. Versuchen gegen die Beschlässe der Prechkommission hat der Bezirkstag zu erledigen. Der Bezirkstag nahm dann noch folgenden Antrag gegen die Kriegervereine an:

„Die Agitation der Kriegervereine gegen die moderne Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit eine Form und einen Umfang angenommen, daß es mehr denn je Pflicht der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften ist, die Arbeiterklasse über die reaktionären, arbeitserfeindlichen Ziele der Kriegervereine aufzuklären. Dem Beschlusse des Reichsverbandes deutscher Landeskriegerverbände, daß die Kameraden die Pflicht zur Verfassung der Sozialdemokratie haben“ und daß „Mitglieder der Kriegervereine nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören können“, setzt der Bezirkstag des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg den Beschlüß entgegen, daß es Pflicht eines jeden aufgeklärten Arbeiters ist, die Militär- und Kriegervereine zu meiden.“

In den Kriegervereinen werden die Interessen der Arbeiterklasse derart mit Füßen getreten, daß es kein Arbeiter mit seiner Ehre vereinbaren kann, solchen Vereinen anzugehören. Der Bezirkstag fordert daher alle Arbeitermitglieder der Kriegervereine auf, unverzüglich aus den Kriegervereinen auszutreten. Er verpflichtet ferner jeden Parteigenossen, wo immer sich die Gelegenheit bietet, über die volksfeindlichen Ziele der Kriegervereine Aufklärung zu verbreiten und zu ihrer Verhinderung aufzufordern.“

Zum Schluß wurde noch der Antrag angenommen, auf dem Bezirkstage im nächsten Jahre die Landarbeiterfrage zu behandeln.

### Aus den Organisationen.

Die Parteio rganisation Württemberg zählt nach dem Bericht des Landesvorstandes über das letzte Geschäftsjahr (1. September 1907—1908) 19 404 Mitglieder, 19 112 männliche und 292 weibliche. Im Vorjahre waren es 18 799. Die Krise hat der Gewinnung neuer Mitglieder stark entgegen gewirkt. Die Parteio rganisation umfaßt jetzt 245 Vereine; 12 sind neu gegründet worden, 14 sind eingegangen, zumeist infolge Abwanderung eines Teils der Arbeiterklasse aus den kleineren Industrieorten. Im Landtage, der 92 Mitglieder zählt, ist die Sozialdemokratie durch 15 Genossen vertreten. Nach einer vom Parteisekretariat aufgenommenen Statistik hat Württemberg jetzt in 135 Gemeinden 413 sozialdemokratische Gemeindevertreter, von denen 198 dem Gemeinderat, 215 dem Bürgerausschuß angehören. Die Gesamtauflage aller ausgegebenen Flugblätter befreit sich auf

1 072 000 Exemplare. Die Landeskasse hatte an Einnahmen 27 833 M., denen 22 568 M. Ausgaben gegenüberstehen. Die „Schwäb. Tagwacht“, das Landesorgan, erzielte bei 288 402 M. Einnahme und 259 617 M. Ausgabe einen Ueberschuß von rund 10 000 M. Der Rechnungsabluß des Provinzorgans, des „Redareo“ in Heilbronn, liegt noch nicht vor.

Die am 3. und 4. Oktober in Stuttgart tagende Landesversammlung wird sich u. a. mit dem Projekt der Gründung einer eigenen Druckerei für die „Schwäb. Tagwacht“ beschäftigen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Empfinden der Allgemeinheit sollte der Gen. Frommhold eines Tages verfehlt haben, als er in Paffendorf gelegentlich der Beerdigung eines Genossen einen Kranz mit roter Schleife trug. Der zuständige Amtsvorsteher hatte wegen Verübung groben Unfugs ein Strafmandat gegen Frommhold lasse lassen und der angebliche Unfugüberläufer hatte dagegen vor dem Schöffengericht Halle gerichtliche Entscheidung beantragt. Der Amtsanwalt beantragte 5 M. Geldstrafe. Das Gericht kam aber zur Freisprechung, und zwar mit dem Hinweis: Wenn auch die rote Schleife auf die Jugendsüchtigkeit zur sozialdemokratischen Richtung hindeute, so sei dadurch das Empfinden der Allgemeinheit nicht verletzt worden.

## Aus Industrie und Handel.

### Brotteuerung.

Arbeitslosigkeit, Lohnfälligkeit und Brotteuerung, das sind die zudende Wunden schlagenden kapitalistischen Geistes, die dem arbeitenden Volke nun den Segen der bestehenden Gesellschaftsordnung fühlbar demonstrieren. Wenn versucht wird, an der Bewegung der Getreidepreise eine Erleichterung der Ernährung zu konstatieren, dann ist das eine Beweisführung, die leider mit den Tatsachen in Widerspruch steht. Wichtig ist allerdings, daß zurzeit die Getreidepreise den Höchststand dieses Jahres wie auch den Durchschnitt des Vorjahres verfallen haben, aber sie stehen doch immer noch außerordentlich hoch und ragen über den Durchschnitt des Jahres 1906 erheblich hinaus. Nach den Ermittlungen der Berliner Kaufmannschaft, mitgeteilt vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, kostete in Berlin im Großhandel:

	Durchschnitt 1906	August 1908	im Aug. 1908 gegen Durchschnitt 1906 mehr in Proz.
Roggen 1000 Kilogramm	160,60	173,40	8,0
Weizen	179,61	204,00	13,6
Roggenmehl 100 Kilogramm	21,00	22,30	6,2

Die Großhandelspreise sind aber nur begrenzt bestimmend für die Höhe der Preise im Kleinhandel. Die Bewegung beider geht nicht parallel, und die Wrotpreise gehen wiederum durchaus nicht konform mit den Mehlpreisen. Die Stadt Berlin ermittelt die Wrotpreise durch ein eigenes Verfahren. In 40 Wädicern in den verschiedenen Stadtteilen werden an sogenannten Stichtagen bestimmte Quantitäten Roggenbrote und Weizenbrote (Schrippen) entnommen. Nach dem Gewicht der Brote wird der gezahlte Preis auf ein Kilogramm berechnet. Dabei werden die höchsten und niedrigsten Preise, sowie auch Gesamtdurchschnitte ermittelt. Der Vergleichswert dieser Zahlen ist wohl unbestritten. Sie ergeben, daß im August dieses Jahres die Preise tatsächlich um ein Geringes gegenüber April gesunken sind und zwar um 2,37 resp. 0,45 Proz. Aber mit diesem Rückgang sind noch bei weitem nicht die Durchschnittspreise der Vorjahre erreicht, wie diese Tabelle ausweist. Es kostete im Durchschnitt 1 Kilogramm Pfennige:

	Durchschnitt 1906	1907	April 1908	Aug. 1908	gegen Durchschnitt 1906 mehr in Proz.
Roggenbrot	27,06	30,82	32,37	31,62	16,85
Weizenbrot	44,93	49,33	53,18	52,94	17,83

Da kann man doch wirklich nicht von einer Erleichterung der Ernährung reden, wenn das notwendige Nahrungsmittel einen so außerordentlich hohen Preisstand zeigt. Und die Kernisten der Armen, die an Stelle des Wrotpreises die Kartoffel zur Hauptnahrung machen, müssen jetzt auch enorm höhere Preise zahlen. Im August waren die Kartoffeln nämlich um fast 45 Prozent teurer als im Durchschnitt des Jahres 1906. Man könnte mit Bezug auf unsere Wrotpreistabelle einwenden, der Monatsdurchschnitt (August) lasse sich nicht vergleichen mit Jahresdurchschnitten. Das ist schon richtig, denn tatsächlich wird der Durchschnitt des laufenden Jahres kaum mit den Augustpreisen sich decken; aber der Jahresdurchschnitt wird höher sein als der Monatspreis, weil die Preise im August die Höhe der Vormonats verlassen haben, und auf ein weiteres Sinken der Preise kaum gerechnet werden kann. Um aber die Höhe der jetzigen Preise in einer vollständig einwandfreien Vergleichung zu zeigen, machen wir noch folgende Aufstellung:

Monat	von Roggen	von Weizen
August		Pfennige
1901	24,50	41,93
1903	23,62	41,91
1905	24,17	42,91
1907	31,37	49,03
1908	32,37	53,18

Wessen wir am dem Stande des Jahres 1901, dann ergibt sich für das laufende Jahr eine Verteuerung des Weizenbrotes um 32,12 Proz. und des Roggenbrotes um 26,33 Proz. Das muß heute mehr gezahlt werden; und im Vergleich mit dem Jahre 1903 ist die Mehrbelastung noch größer. So wird das Volk geplündert, und da soll die Arbeiterklasse der herrschenden Gesellschaft Konzeptionen machen, auf den Klassenkampf verzichten. Der Dank dafür würde in Verschärfung der Profithändler und noch rücksichtsloserer Interessenspolitik zugunsten der Herrschenden bestehen.

### Syndikatsterror.

Die „Kölnische Volkszeitung“ teilt folgende Terrorgeschichte mit: „Dem Schraubstock-Syndikat in Hagen, welches sich in den Kreisen der Händler und Verbraucher großer Beliebtheit erfreut, frug eine Händlerfirma wegen Preisen an; ihr wurden die Syndikatpreise mitgeteilt. Die dem Syndikat fernstehende Firma Ernald Witte Aug. Sohn in Hagen, deren Ware sehr gut ist, war aber nicht unwillig billiger und erhielt auch den Auftrag. Auf eine Rückfrage vom Syndikat, ob es noch auf die Bestellung rechnen könne, wurde ihm geantwortet, daß die Preise zu hoch gewesen seien. Darauf ließ bei der betreffenden Firma folgender häßliche Brief ein: „Wir besitzen Ihre Karte vom 22. d. M. und haben Kenntnis davon genommen, daß Sie Ihren Schraubstockbedarf bei der auhstehenden Konkurrenz Witte gedeckt haben. Wir bitten gleichzeitig davon Vermerkung nehmen zu wollen, daß wir Sie von unserer Kundenliste gestrichen haben und werden für die Folge Ihre Aufträge als unerledigt zurückweisen. Hochachtungsvoll Schraubstock-Syndikat, G. m. b. H.“

Wer sich nicht fügt, wird boykottiert.

### Krise.

Wie aus Duisburg gemeldet wird, haben mehrere industrielle Werke des Bezirks wegen Mangel an Beschäftigung und um nicht Entlassungen vornehmen zu müssen, beschloffen, die tägliche Arbeitszeit um zwei Stunden zu verkürzen.

### Eine Kampfreinigung.

Die Roheisenproduzenten des Ruhrreviers wollen angeblich eine Vereinigung gründen, die durch einen Preiskampf das Kraftwerk zwingen will, sich unter wesentlich geringeren Ansprüchen als es bisher stellte, an einer neuen Syndikatsbildung zu beteiligen.

### Internationaler Arbeitsmarkt.

Der August pflegt in normalen Jahren in den Industrieländern stets die ersten Anzeichen der Herbstbelebung zu bringen, die auch das Gepräge des internationalen Arbeitsmarktes günstig verändern. Schon im Vorjahre sind diese Anzeichen fast ausgeblieben, im laufenden Jahre aber verzögerten sich die Vorbereitungen für die Herbstsaison so sehr, daß auf dem Arbeitsmarkte gegenüber dem Juli noch eine abermalige Verschlechterung entstehen konnte. Gegenüber dem Vorjahre tritt die Ungunst der Lage nunmehr äußerst kräftig zutage. Wieder wie schon in früheren Monaten war es Großbritannien, dessen Arbeitsmarkt die Verschlechterung besonders scharf zum Ausdruck brachte. Von den an die amtliche Berichterstattung angeschlossenen Arbeitern waren im August nicht weniger als 8,9 Proz. arbeitslos gegen 8,2 im Juli. Im Vorjahre war die Arbeitslosigkeit noch nicht halb so groß. Sie stellte sich nämlich im August 1907 auf 4 Proz. Von Juli auf August war die Arbeitslosigkeit um 0,2 Proz. gestiegen, während die diesjährige Zunahme 0,7 Proz. beträgt. Sehr ungünstig gestalteten sich die Beschäftigungsverhältnisse in der Maschinenindustrie und im Schiffbau, wo die Arbeitslosigkeit ungewöhnlich wuchs; die Verschlechterung im Schiffbau trat aber nicht im Clyde-Distrikt, sondern vor allem im West-Distrikt am schärfsten zutage. In der Roheisenindustrie war die Entwicklung auch unbedeutend; die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen betrug nur 270 gegen 346 im August 1907. Im Bergbau nimmt die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre allmählich zu, da die Ausfuhrbedingungen für englische Kohle ungünstiger geworden sind. Eine leise Belebung zeigte sich im Textilgewerbe; sie kam den Arbeitern insofern zugute, als in verschiedenen Zweigen, in der Woll-, Kammgarn-, Leinen-, Spitzen- usw. Industrie, das Lohnniveau eine kleine Erhebung erfuhr; allerdings sind die Löhne überall sehr viel niedriger als im Vorjahre. Im Baumwollgewerbe allerdings gingen sie von Juli auf August noch um 3,8 Proz. weiter herab. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in Großbritannien wächst auch die soziale Not von Monat zu Monat. Die Zahl der Paupers war im August pro 10 000 der Bevölkerung um 2 höher als im Juli und um 7 höher als im August 1907. In Deutschland nahm während des August die Arbeitslosigkeit ebenfalls merklich zu, da in der Industrie abermals Entlassungen vorgenommen wurden und das Renangebot von Arbeitskräften zum Teil selbst in der Landwirtschaft keine Beschäftigung finden konnte. Nicht ganz so ungünstig wie in Großbritannien und in Deutschland war die Gestaltung des Arbeitsmarktes in Frankreich. Die Arbeitslosigkeit ging hier von 8,0 im Juli auf 8,2 Proz. im August hinauf; sie nahm also um 0,2 Proz. zu. Im Vorjahre war sie von 7,5 auf 8,4 Proz. hinaufgegangen, also um 0,7 Proz. Außerdem war sie in diesem Jahre sogar etwas niedriger als im August 1907. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß der augenblickliche Prozentsatz noch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit darstellt. In Frankreich hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im August deswegen nicht so sehr verschlechtert wie Großbritannien und Deutschland, weil vor allem die Bau-tätigkeit sich in durchaus befriedigendem Maße entwickelte. Sowohl im Baugewerbe selbst als in den davon abhängigen Gewerben war die Arbeitslosigkeit vollkommen ausbleibend. Dagegen blieb im Textil- und Bekleidungs-gewerbe die Depression unverändert stark; die Besserung, die sich in einzelnen Seidenwebereien Knans bemerkbar machte, vermochte das Gesamtbild nicht freundlicher zu gestalten. In der Baumwollindustrie wiesen einige Bezirke, wie Rouen-et-Loire und Les Deux-Sèvres, eine Besserung, andere dagegen, wie im Departement Nord und in der Normandie, eine Verschlechterung auf. Die Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie blieb unverändert schlecht; auch im Ledergewerbe gab es weit mehr Arbeitslose als im Vorjahre. Die Gesamtlage wurde indes von den Arbeiterorganisationen keineswegs allzu pessimistisch beurteilt; denn auf eine Rundfrage, ob sie die Arbeitslosigkeit der Zeit entsprechend für ausreichend hielten, antworteten 61 Proz. in bejahendem, nur 49 Proz. in verneinendem Sinne. Sehr erheblich ist die Zunahme, die die Arbeitslosigkeit in Belgien im August erfahren hat; nicht nur gegenüber dem Vormonat, sondern auch gegenüber dem Vorjahre ist eine starke Zunahme eingetreten. Bei den organisierten Arbeitern stellte sich die Arbeitslosigkeit im August 1908 auf 5,9 Proz. gegen 4,7 Proz. im Juli und 1,8 Proz. im August 1907. Gerade in Belgien hatte im vorigen Jahre die Arbeitslosigkeit von Juli auf August kräftiger abgenommen. Vor allem hatte sich die Lage des Arbeitsmarktes im Bergbau und in der Eisenindustrie während des August stark verschlechtert; die Krise im Eisengewerbe machte sich mehr und mehr auch im Bergbau fühlbar. Die Arbeitslosigkeit hat vornehmlich bei den Arbeitern des Eisengewerbes eine ungewöhnliche Höhe erreicht. In der Glasindustrie dauerte die Krise in gleicher Intensität fort. In der Textilindustrie gab es nur wenige Bezirke, in denen die Arbeit ausreichend war. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich die Lage im August insofern etwas gebessert, als die geschäftliche Tätigkeit wieder eine mäßige Belebung zeigte; allerdings wurde der Arbeitsmarkt noch wenig davon berührt. Im Bergbau nahm die Förderung wieder ein wenig zu. Im Holzgewerbe zeigten sich auch Anzeichen der Erholung. Dagegen blieb die Arbeitslosigkeit im Eisen- und Textilgewerbe noch bebenlich hoch. Nur in der Roheisenindustrie zeigten sich leise Anzeichen einer Besserung. Im Pittsburg-Distrikt waren Ende August im allgemeinen mehr Werke in Betrieb als zu Anfang des Monats. Der Verkehr auf den Eisenbahnen war, soweit der Güterverkehr in Betracht kommt, noch sehr matt, erst gegen Ende des Monats nahm der Versand landwirtschaftlicher Erzeugnisse einen größeren Umfang an.

### Aufgelöst!

Der Verein für den Verkauf von Siegerländer Roheisen beschloß in seiner am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung sich aufzulösen.

Zur Stilllegung der bayerisch-böhmischen Glasindustrie. Der Beschluß der bayerisch-böhmischen Rohglaswerke, die sämtlichen Betriebe auf vier Wochen stillzulegen, hat in Hütth, dem Hauptstich der Feinschleifer, Unterhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern veranlaßt, um das gegenseitige Verhältnis zu regeln. Es wurden Vereinbarungen erzielt, wonach der bestehende Tarif aufrechterhalten wird und außerdem Lernerzulagen von 5 Prozent für Schleifer und Polierer gewährt werden. Für den Fall völliger Stilllegung der Werke durch die Fabrikanten werden Pensionsgelder gewährt, die sich zwischen 8 und 8 Mark bewegen.

Syndikat deutscher Beleuchtungsanstalten. In einer Sitzung der Freien Vereinigung deutscher Beleuchtungsanstalten wurde nach der Metallindustriellen Rundschau beschlossen, diese Spezialfabriken durch ein festes Syndikat zusammenzuschließen. Ein dahingehender notarieller Vertrag, der unter anderem die dreijährige Produktionsfestlegung für jede einzelne Anstalt bestimmt, ist bereits von dem größten Teil der Fabriken — darunter die bedeutendsten — unterschrieben worden.

## Der Schöneberger Frauenmord vor dem Schwurgericht.

Nach Eröffnung der Sitzung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Jähert den Beschluß des Gerichts auf den Antrag des Rechtsanwalts Bahs bez. die Befragung der Haupt-

belastungszeugin Scheibe dahin: Die Frage, ob diesem Antrage stattzugeben, sei keine Rechtsfrage zwischen dem Vorsitzenden bezw. dem Gericht und dem Verteidiger, sondern eine sachliche Frage über die richtige Handhabung der Strafprozessordnung. Wäre sie das erstere, so würde das Gericht ohne weiteres dem Antrage stattgegeben haben, schon im Interesse der Beschleunigung der Sache. Für die Entscheidung sei aber nicht das reine Belieben, sondern das gewissenhafte pflichtmäßige Ermessen des Gerichts maßgebend. Auf Grund solcher Erwägungen sei das Gericht zur Ablehnung des Antrages gekommen, weil dieser ungeeignet bezw. nicht zur Sache gehörig sei. Das Gericht sei der Ansicht, daß es sich nur um rein sinnliche Wahrnehmungen der Zeugin handele, ihre Glaubwürdigkeit nicht dadurch beeinträchtigt werde, ob sie wegen sittenpolizeilicher Uebertretungen, Kupplerei, Diebstahls, Unterschlagung bereits vorbestraft sei, zumal irgendein fester Anhalt seitens des Verteidigers nach dieser Richtung hin nicht gegeben sei. Der Verteidiger habe selbst erklärt, daß er nicht positiv behaupten könne, daß die Zeugin bestraft sei, auch sonst liege kein Anhalt dafür vor. Der weitere Antrag auf Einholung eines Strafregister-Auszuges decke sich mit dem Antrage auf Stellung jener Frage und werde deshalb gleichfalls abgelehnt.

Verteidiger Rechtsanwalt Bahs: Ich behaupte, daß die Zeugin schwer bestraft ist und bitte, nochmals Beschluß über den Antrag zu fassen, die Personalakten der Zeugin aus Schöneberg, Niddorf, Wilmersdorf, Berlin einzufordern. — Vorsitzender: Inwiefern sollen die Vorstrafen die Glaubwürdigkeit der Zeugin bezüglich ihrer rein sinnlichen Wahrnehmungen beeinträchtigen? — Rechtsanwalt Bahs: Ich glaube nach allem, was ich von der Zeugin gehört habe, dieser absolut nicht und glaube, daß sie ihre belästigende Aussage gegen den Angeklagten nur macht, weil sie wahrscheinlich auf die Belohnung rechnet. Es ist doch für die Geschworenen sicher von Wichtigkeit, festzustellen, ob es sich um eine Frau handelt, der man ohne weiteres glauben kann, daß sie ohne Einfluß hier aussagt, oder um eine, der man zutrauen kann, daß sie sich nur das Kopfgeld verdienen will. Wenn die Antezedentien einer Zeugin so beleuchtet werden, wie es hier geschehen, so müssen sich die Herren Geschworenen doch ein Bild machen können, ob sie glaubwürdig ist. Ueberdies hat sich ein Zeuge R. aus Niddorf bei mir gemeldet, der behauptet, daß ihn die Zeugin gestern, als er von dem Zimmer 300 des Kriminalgerichts kam,

### nach Dienstadt angesprochen habe.

Die Zeugin hat gestern zunächst gesagt, sie sei Privatstube und verurteilt nur an Herren, das hat sich aber als falsch herausgestellt. Wenn zu dem ungünstigen Gesamtbild noch hinzukommt, daß sie bestraft ist, so ist das doch sehr wichtig für die Prüfung der Glaubwürdigkeit. Die freie richterliche Ueberzeugung der Herren Geschworenen kann doch durch solche Momente, wie sie in meinem Antrage enthalten sind, beeinflusst werden. Die Erwägungen der gelehrten Richter brauchen nicht maßgebend zu sein für die Herren Geschworenen, da sie nach ihrer freien Ueberzeugung zu urteilen haben. Ich sehe doch keinen Grund ein, warum die Zeugin nach alledem, was wir über sie gehört haben, nicht nach ihren Vorstrafen gefragt werden soll. Das Schicksal des Angeklagten kann doch unter Umständen von den Befundungen dieser Zeugin abhängen und ich bitte doch, nochmals nach diesen meinen Ausführungen Beschluß zu fassen.

### Das Gericht beschließt, den

### Antrag auf Herbeischaffung der Personalakten abzulehnen,

und zwar aus den gleichen Gründen, aus denen der Antrag auf die Befragung der Zeugin nach ihren Vorstrafen abgelehnt worden ist.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt sich die Zeugin bereit, freiwillig Auskunft über ihre Vorstrafen zu geben. Sie gibt an, daß sie vor mehreren Jahren wegen Kupplerei mit 8 Tagen Gefängnis und mehrere Male wegen sittenpolizeilicher Uebertretungen bestraft sei. Der Vorfall mit Herrn R. gestern im Gerichtsgebäude sei ein ganz harmloser gewesen. — Nachdem Rechtsanwalt Bahs der Zeugin noch mehrere Vorhaltungen gemacht, die auf deren Glaubwürdigkeit Bezug haben, erklärt er seinen Antrag nunmehr für erledigt.

Mehrere Zeugen, zumeist Bekannte der Stanina und des Angeklagten, bekunden, daß Wagner nach dem Verschwinden der S. wiederholt geäußert habe: „Die Stanina wird wohl nicht mehr wiederkommen!“ Er habe deshalb schon die Sachen verkauft. Eine Zeugin Kliffen, die angeblich teilteilt, hat bei ihren früheren gerichtlichen Vernehmungen den Angeklagten ohne weiteres als Jubalier bezeichnet und behauptet, daß er sie selbst in der Grunewaldstraße auf Sittenbeamte aufmerksam gemacht habe. Nach dem Verschwinden der Stanina habe er die Zeugin wiederholt gefragt, ob sie die Stanina nicht gesehen habe. Der Angeklagte habe einen Teil der Möbel aus der Wohnung der Stanina in ihre Wohnung gebracht und einige Tage darauf an einen Althändler verkauft. Ihr selbst habe er einige Sachen geschenkt. Als sie ihm Sozialhilfe gemacht, daß er die Sachen verkaufe, habe er geantwortet:

### Die braucht keine Sachen mehr!

Die Zeugin will von einer anderen Frau die positive Ansicht gehört haben, daß Wagner die Stanina umgebracht habe. In den Kreisen ihrer Bekanntschaft habe allgemein der Verdacht bestanden, daß er sie beiseite geschafft habe. Er habe auch ein schlechtes Gewissen gehabt, denn er sei nicht mehr in seine Wohnung gegangen, und während der Zeit, als er bei ihr logierte, habe er des Nachts immer die Lampe brennen lassen. Als er einmal schlief, habe er laut von einer Ratte geträumt, welcher Kopf und Beine abgeschnitten waren. Als sie mit einem anderen Zeugen zu Weihnachten bei Wagner zu Besuch war, sei es ihr aufgefallen, daß Küche und Stube der Staninischen Wohnung so sauber aufgeräumt waren. Die Zeugin behauptet mit aller Bestimmtheit, daß sie noch im Januar gesehen habe, daß Wagner im Besitze eines Messers war. Ebenso behauptet sie mit Bestimmtheit, daß er eine schwarze Wachtstuchdecke mit weiszbuchogener Innenbede besessen habe. — Der Angeklagte bestreitet alle diese Angaben und behauptet, daß die Zeugin diese Aussage, die übrigens unbezweifelbar abgegeben ist, nur gemacht hat, weil sie mit ihm Streit gehabt habe. Sie habe ihm die Sachen, die er ihr angeblich geschenkt haben soll, gestohlen.

Der nächste Zeuge, Ruffner Schulz, hat eines Abends vor Weihnachten einem schmächtigen Menschen, der ihn darum bat, an der Grunewald- und Hauptstrassen-Ecke gesteuert, einen bräunlichen Karton, der verschmürrt war, auf den Rollwagen zu legen und ein Stück mitzuführen. An der Solonnenbrücke und Dreibundstraße sei der Mann mit dem Paket verschwunden. Ob dies der Angeklagte gewesen, weiß der Zeuge nicht.

Es wird sodann der Handlungsgehilfe Karl Mühlenbeck vernommen, der der Jubalier der Kliffen gewesen ist und zurzeit eine ihm auferlegte einjährige Gefängnisstrafe wegen Jubalerei und Körperverletzung in Regel verbüßt. Er bekundet, daß er den Wagner jede Nacht auf seinen dunklen Wegen getroffen habe. Es sei ihm aufgefallen, daß Wagner in der Nacht vom 16. zum 17. Dezember sich nicht sehen ließ. Am nächsten Morgen habe ihm der Angeklagte erzählt, daß die Stanina seit der vorigen Nacht verschwunden sei. Als sie verschwunden blieb, habe er die Vermutung ausgesprochen, daß sie vielleicht mit jemand mitgegangen sei, der sie getötet und ins Wasser geworfen habe. Die Stanina habe, wenn sie anging, stets ein Täschchen bei sich getragen. Mit Bezug auf die von der Stanina gegen ihn erstattete Strafanzeige habe er gesagt: „Wenn die nicht da ist, dann kann es nicht zu einer Verhandlung kommen.“ Ein Messer hat der Zeuge bei Wagner erst nach Neujahr gesehen, er will auch bestimmt wissen, daß der Angeklagte vor Weihnachten noch einen weißen Schal getragen habe, nach Weihnachten aber nicht mehr; da habe er sich dann ein weißes Tuch gekauft. An der Stanina hat Zeuge einen weißen Schal nie bemerkt. Auf Befragen erklärt der Zeuge noch, daß Wagner über seinen Apfelsinenkorb eine Wachtstuchdecke — ähnlich der bei der Leiche gefundenen — zu breiten pflegte. Nach Weihnachten habe er eine solche Wachtstuchdecke nicht mehr bei ihm bemerkt. Als er nach dem Verschwinden der Stanina den Wagner

befragte, sei ihm aufgefallen, daß in der Wohnung sehr sauber aufgeräumt war; sonst sei ihm nichts aufgefallen.

Zeuge Mühlenbeck erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er mit der Stanina in keiner Verbindung stand und diese nicht in ihrer Wohnung besucht habe. Er wisse nichts davon, wie und wo die Stanina ums Leben gekommen, wie die Leiche weggebracht worden und wie sie in die Senkgrube gekommen ist. Er habe seit dem 25. Januar in Unterjuchungs- bezw. in Strafkast. — Auf nochmaligen Vorhalt erklärt der Zeuge: Er könne sich nur befinnen, daß er in der Zeit vor Weihnachten gesehen habe, daß der Angeklagte eine Wachtstuchdecke über seinen Kopf mit Apfelsinen gearbeitet hatte. Wagner bestreitet dies; er habe vor Weihnachten gar nicht mit Apfelsinen, sondern mit Christbaumschmuck gehandelt. — Rechtsanwalt Bahs: Als der Zeuge vom Kriminalhauptmann Tische verhaftet wurde, soll er so gezittert haben, daß der Beamte zu der Meinung kam, der Zeuge stehe mit dem Morde in Verbindung. — Zeuge: Ich habe gezittert aus Angst, weil es sich um meine erste Bestrafung handelte. Die Beerdigung des Zeugen wird ausgeführt.

Als hierauf mehrere Zeugen über die Zeit vernommen werden, wann sie nach dem Verschwinden der Stanina zum ersten Male in deren Wohnung gewesen und was ihnen dabei aufgefallen sei, wird der Angeklagte außerordentlich heftig und hält den Zeugen mit lauter Stimme vor, daß sie sich entschieden irren oder absichtlich falsches aussagen. Da es sich hier um eine Sache handele, bei welcher er unter Umständen den Kopf verlieren könne, so lasse er sich das unter keinen Umständen gefallen. Der Vorsitzende unterfragt dem Angeklagten nachdrücklich diese Verteidigungsart. Der Angeklagte scheint sich auf einige dieser Zeugen zum Beweise darüber berufen zu haben, daß sie schon am 18. Dezember in seiner Wohnung gewesen seien, und da zu dieser Zeit die Leiche noch in der Wohnung hätte sein müssen, sie den Karton doch hätten sehen müssen.

Nach einer zweistündigen Pause wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Die Zeugin Frau Thomash war mit der Stanina näher bekannt. Diese habe ihr häufig erzählt, daß sie große Angst vor Wagner habe, der ihr noch einmal etwas antun würde. Die S. habe ihr weiter erzählt, daß sie von Wagner wiederholt geschlagen worden sei, wenn sie ihm nicht genügend Geld abliefere. Einmal habe Wagner ihr (der Zeugin) erklärt, wenn die Stanina nicht die Anzeige zurücknehme, dann „mache sie nicht mehr lange“. Nach dem Verschwinden der S. äußerte Wagner: „Die Stanina ist so gut wie verschollen“.

Die Zeugin Frau Ludwig hat in demselben Hause wie die Stanina gewohnt. Sie hat den Angeklagten in der Weihnachtswoche gleich nach dem Verschwinden der Stanina eines Morgens gesehen, wie er mit einem Koffer und einem Bild die Treppe herunterkam. — Hieraus wird von der Anklage gefolgert, daß Wagner schon bald nach dem Verschwinden der S. der einzige gewesen war, der genau wußte, daß die Stanina nie wiederkommen würde, da er schon jetzt die Sachen der S. verkauft.

Die Zeugin Frau Hein hat unter der Staninischen Wohnung gewohnt. Sie hat in der Zeit vom 17. bis zum 23. Dezember eines Nachts gegen 1/3 Uhr ein Herumlaufen gehört, durch welches sie aus dem Schlafe geweckt worden war. Gegen 1/3 Uhr morgens, als sie zum Zeitungsausbringen aufstand, hat sie dann ein neues verdächtiges Geräusch gehört. Es wären dies dumpfe Schläge gewesen, als ob jemand mit der Faust gegen die Wand schlage, die aber so kräftig waren, daß bei ihr das Gesicht am Rückenrahmen klirrte.

Unter den weiter vernommenen Zeugen, die zumeist wesentlich Neues nicht wissen, bekundet eine Zeugin Frau Winter, daß Wagner auf sie manchmal den Eindruck gemacht habe, als ob es mit ihm nicht ganz richtig im Kopfe sei. Sie habe gehört, daß der Vater des Angeklagten im Irrenhause gewesen sei, und es habe ihr erschienen, als ob der Angeklagte auch reif für das Irrenhaus sei. Sie habe einmal in der Friedrichstraße gesehen, wie der Angeklagte mit einem Kontrollmädchen in Streit geriet und sie gegen die Wand drängte. Als sie ihm Vorhaltungen machte und ihn warnte, daß er doch noch mal verhaften werden könnte, wenn sich die Frauensleute einmal zusammenfänden, habe er gesagt: „Was glauben Sie von mir, mich sollen Sie einmal kennen lernen, wenn ich richtig wütend werde. Ich bin schon einmal von einem starken Weibe mit einem Messer bedroht worden, ich habe sie aber sofort beim Handgelenk gepackt und ihr eins auf den Kopf gegeben, daß sie genug hatte.“ Die Zeugin hat dieses Gerücht aber nur für Fabelerei gehalten und kann nicht glauben, daß Wagner den Mord verübt habe.

Sanitätsrat Dr. Friedemann läßt sich dann auf Befragen nochmals darüber aus, ob die Lungenblähung, die bei der Stanina bei der Obduktion festgestellt wurde, unter allen Umständen auf gewaltsame Erstickung schließen lasse. Nach Ansicht des Sachverständigen ist dies nicht unbedingt der Fall; solche Lungenblähung kann auch bei einem nicht gewaltsamen Tode, durch Nervenschlag, bei latentem Herzfehler und dergleichen, sich zeigen. Die Herabsetzung der Leiche dürfte frühestens zwei Stunden nach Eintritt des Todes stattgefunden haben, zu einer solchen Zerkleinerung der Leiche durch Leichenhand würden etwa 1/2 Stunden erforderlich sein. — Ein Geschworener zieht hieraus den Schluß, daß die Zerkleinerung schwerlich auf offenem Felde stattgefunden haben könne, sondern in einem ungesicherten Raume unter Vorrichtungsmäßigkeiten.

### Die Beweisaufnahme wird um 6 1/2 Uhr geschlossen.

### Die den Geschworenen vorgelegenden

### Schuldfragen

lauten auf Jubalerei, Unterschlagung, Mord und Körperverletzung mit tödlichem Ausgange.

Nach längeren Plädoyers des Staatsanwaltsrats Dr. Kühne, der das Schuldbild im Sinne der Anklage beantragte, und des Rechtsanwalts Bahs, der die Freisprechung des Angeklagten für unbedingt geboten hielt, sowie nach einer eingehenden Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden, zog sich die Geschworenen in später Abendstunde zur Beratung zurück.

### Eingegangene Druckschriften.

Mutter und Kind von Elen Key. Preis 1 M., geb. 1,80 M. Pam Verlag, Berlin W. 35.

Die Religion im Lichte des 20. Jahrhunderts. Von D. Kronheim. 30 Seiten. Verlag: M. Kelen, Charlottenburg.

Oesterreichischer Arbeiter-Notizstaben für das Jahr 1909. 80 Heller. Kleiner Volksbuchhandlung J. Brand, Wien VI.

## Gerichts-Zeitung.

### Ehrhardt wider Krupp.

Die Klage der Firma Ehrhardt gegen die Firma Krupp wegen Verletzung des Ehrhardtschen Patents Nr. 95 338 ist in den beiden ersten Instanzen abgewiesen. Das Reichsgericht bestätigte gestern die Entscheidung der Vorinstanzen.

### Wegen 10 Mark 3 Jahre Zuchthaus.

Der Oesterreicher Oskar Kurz, der aus Preußen ausgewiesen war, hatte es doch vorgezogen, in Berlin zu bleiben. Er wurde eines Tages beobachtet, wie er in einer Theatergarderobe einer Frau eine Portemonnaie aus der Handtasche stahl. Als rüchlicher Dieb wurde er nun zu drei Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. In dem Geldtäschchen waren etwas über 9,50 Mark gewesen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, 8 1/2 Nr. 10. Donnerstag, 1. Oktober, abends 9 Uhr, in Parkhaus Rühlens, Landberger Straße 55: Vortrag des Kollegen Rudolf Lange über „Lohn und Arbeit“.

Der Arbeiter-Artist-Photographen-Verein „Aris“. Sitzung mit praktischen Uebungen jeden Donnerstag bei Lepin, Drammstr. 30. Gäste willkommen.

# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Donnerstag  
Freitag  
Sonntag

## Preiswerte Damen-Konfektion

<b>Paletots</b> aus Chevron od. Stoffen englischen Charakters, moderne Ausführung	7.25, 9.75	<b>Jackets</b> prima Velvet, chicke Fassons, moderne Farben...	14.75
<b>Paletots</b> aus Stoffen englisch. Charakters, vornehme Ausführung, neueste Fassons.....	12.50, 15.75	<b>Kimonos</b> aus eskimoartigen Stoffen, elegante Ausführungen marineblau, grün, braun oder schwarz .....	9.75
<b>Paletots</b> aus Stoffen englisch. Charakters, moderne Fassons, speziell Directoire-Styl .....	19.50, 23.50	<b>Kleider-Röcke</b> Falten-Fasson, moderne reinwollene Schotten-Stoffe.....	7.95

Weil unter Preis

**Jacket-Kostüme**

hochelegant, Directoire- o. Tailor-made-Fasson, Jacke auf Seide regulärer Wert bis 150 Mk.,

Serie I  
jetzt **48** Mk.  
Serie II  
**75** Mk.

## 3000 Damen-Blusen

Seidenbatist, Wollbatist, Spitzen oder Tüll-Genre, nur modernste Fassons

<b>Serie I</b> Seidenbatist-Blusen mit reicher Stickerei und Einsätzen .....	1.95, 2.95	<b>Serie III</b> Wollbatist-Blusen mit Passe und reichem Entredeux garniert, auf Futter .....	3.75
<b>Serie II</b> Tüll-Blusen mit verschiedenfarbigem Seidenbesatz .....	2.95	<b>Serie IV</b> Spitzen-Blusen hochelegant in verschied. Ausführungen	6.50, 7.50

## Preiswerte Kleider-Stoffe

<b>Blusen-Flanelle</b> aparte Dessins, Streifen oder Karos .....	75, 1.25	<b>Cheviot</b> „Reine Wolle“, ca. 110 cm breit, schwarz oder farbig ...	95 Pf.
<b>Karierte Kleiderstoffe</b> „Reine Wolle“, in grosser Auswahl .....	95 Pf.	<b>Foulee-Schotten</b> „Reine Wolle“, in aparten Dessins .....	1.45
<b>Plisse-Rock-Stoffe</b> ca. 110 cm breit, „Reine Wolle“ auf Cheviot-Foud .....	1.95	<b>Band-Streifen</b> „Reine Wolle“, ca. 110 cm, moderne Farbenstellungen .....	1.95

Ein **Kostümmstoffe** englischer Geschmack ..... Meter **95** Pf.

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

**Anzüge u. Paletots** nach Maß auf La Stoffen. Monats- u. nicht abgeholt. Eschen haunend billig. Maßschneiderei Voß, nur Brunnenstr. 3, 1 (Kofenthal Tor)



**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**

von Bergmann & Co., Radebeul - Dresden, erzeugt rosiges jugendliches Fusschen, reine weiße sammetweiche Haut und zarten blendend schönen Teint. à Stück 50 Pfg. überall zu haben.

**Problem**



**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Riesen-Anwahl!**  
Abgepaßte Fenster = 2 Flügel  
a Fenster 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 M.  
Ganze Stücke = 22 Meter Länge  
a Stück 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22 M.  
Gardinen, Portieren, Stores, Vitrinen, Tüllbettedecken usw.  
Einzelne Fenster spottbillig!  
**Pracht-Katalog** mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

**Möbel**



Ich biete soliden Leuten Gelegenheit, sich reelle Möbel auch auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung anzuschaffen. Zinsvergütung 6 Prozent - Große Auswahl - Strengste Diskretion.

**Siegmund Misch**, Dresdener Str. 16, I. (vis-à-vis Tamaschke.)  
Achten Sie bitte auf Hausnummer 16.

**Heute früh 8 Uhr!**

kannte noch niemand meine herabgesetzt billigen Preise. Ich empfehle einen Posten getragener Monatsgarderoben, in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Kavaliere, Reisenden nur Wochen gebrauchte

Monats-Anzüge 8, 10, 14, 18 Mk.  
Monats-Paletots 6, 8, 12, 16 Mk.  
Monats-Hosen . . . 2.50-5.00 Mk.

Auch mache ich auf meine grosse Abteilung neuer Garderoben aufmerksam.

**J. Wand** Hauptgeschäft:  
Grosse Frankfurterstr. 116  
2. Gesch.: Chausseestr. 89 | 3. Gesch.: Chausseestr. 86  
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

# Groß-Berlin und die Budgetfrage.

In den sechs Berliner Wahlkreisen wurde am Dienstagabend über die Verhandlungen des Parteitag in Nürnberg Bericht erstattet. Wie kaum anders zu erwarten, stand überall die Budgetfrage in dem Vordergrund des Interesses. Und abgesehen von einzelnen Genossen, die mit der Haltung der Mehrheit in dieser Frage nicht einverstanden waren, oder die nur Unzufriedenheit bekundeten, ohne zu wissen, welche Haltung sie selbst einnehmen sollten, stellte sich die Masse der Genossen auf den Boden des Parteitagbeschlusses. Manche allerdings mit dem Vorbehalt, daß sie selbst lieber einer schärferen Resolution zugestimmt hätten. Und das rege Interesse für die zur Erörterung stehenden Fragen bekundete der teilweise außerordentlich starke Andrang zu den Versammlungen. Einige, speziell die des 6. Wahlkreises, war auch sehr stark von Genossinnen besucht. Wenn auch in einigen Ausnahmefällen die Erregung über den streng sachlichen Rahmen herauspringen ließ, so kann doch konstatiert werden, daß ebenso wie die norddeutschen Delegierten auf dem Parteitag selbst mit Ernst und Würde an den Verhandlungen teilnahmen, auch die Gesamtheit der Berliner Parteigenossenschaft durchaus ruhig und sachlich zu der bedauerlichen Streitfrage Stellung nahm. Die Einmütigkeit der Ansichten und des Willens in dieser wie in den anderen Fragen lassen die nachfolgenden Einzelberichte deutlich genug erkennen.

### Erster Wahlkreis.

**Walderski** eröffnete die Versammlung und erstattete Bericht von den Verhandlungen in Nürnberg. Er erklärte eingangs seiner Rede, daß ihm durch seine Abwesenheit in den verschiedenen Kommissionen ein Teil der Reden und Debatten entgangen sei, er könne infolgedessen auch nur den Gesamteindruck wiedergeben und in den betreffenden Punkten auf den Bericht im „Vorwärts“ verweisen. Redner bespricht den gegebenen und veröffentlichten Geschäftsbericht. Mit dem Resultat der Parteischule sei der Parteitag im allgemeinen zufrieden gewesen. Das gleiche sei über das Propagandabureau zu berichten. Betreffs der Jugendorganisation sei zu bemerken, daß die beiden Jugendzeitschriften zusammen in 20 000 Exemplaren erscheinen, die Zahl der Mitglieder der Jugendorganisationen betrage 10—12 000. Das sei, an den evangelischen und katholischen Junglingsvereinen gemessen, wenig. Die Tätigkeit des Bildungsausschusses sei nicht so erheblich gewesen, doch hätten sich die Wandertourneen und Wanderbibliotheken gut bewährt. Für die Frauen sei ein Provisorium geschaffen, es ist ihnen noch ein Jahr Spielraum gelassen, ehe man sich endgültig festlegt. Ein wunder Punkt sei die Raiffeiser. In Essen habe man geglaubt, daß die Frage gelöst sei. Nun hat der Parteivorstand mit der Generalkommission Theseen aufgestellt, die der Gewerkschaftskongress in Hamburg angenommen hat. Auf dem Parteitag hätten sich aber gegen diese Abmachung viele Stimmen gewandt. Aus einigen Wahlkreisen sei beantragt worden, überhaupt keine Unterstützung zu zahlen. Er, Redner, meine, das dies konsequent genommen, die glücklichste Lösung wäre. Die betreffenden Gegner hätten aber bessere Vorschläge, als die in Hamburg angenommenen, nicht gemacht. Parteivorstand und Generalkommission wählten auch keine geeigneteren und so sei man nun auf dem toten Punkt angelangt. Solche, die am 1. Mai durch Fehlen keinen Lohnverlust erleiden, sollen laut Beschluß einen Tagesverdienst abliefern. Man müsse eben versuchen, dies zu erreichen, schwer dürfte es aber halten. Die Zukunft werde doch noch eine glücklichere Lösung finden. Die Budgetfrage, die man unter gewöhnlichen Verhältnissen als eine Akademikerfrage betrachten könnte, habe die Leidenschaften scharf entfacht. Großen Eindruck habe das ruhige, sachliche Auftreten unseres alten Genossen **Webel** hervorgerufen. Den Süddeutschen sei in größter Kulanz und unbefangener Redeweise gewährt worden, die sie auch ausgenutzt hätten. Bezeichnend sei es, daß diese sich auf keine gebundene Marschroute festlegen, sondern nach ihrem Ermessen handeln wollten. Er könne diese Art nicht billigen. Ihr eigenartiges Verhalten von Anfang an habe die Empörung erregt. Der bayerische Genosse **Simon** habe das sehr wirkungsvoll dargelegt. Auf dem Landesparteitag der Bayern, sechs Wochen vor dem deutschen Parteitag, habe seiner der Bewilligungsfreunde den Mund aufgemacht. Redner bespricht die Verhandlungen zwischen den süddeutschen Abgeordneten und dem Parteivorstand. Auf dem Parteitag sei stundenlang versucht worden, einen Ausweg zu finden, die Süddeutschen hätten aber kategorisch auf ihrem Standpunkt beharrt, so daß sich selbst **Richard Fischer**, der ihnen doch offiziell eine Liebeserklärung dargebracht, dieses Verhalten gemißbilligt hat. Die Barocke gegen die sozialdemokratischen Stabverordnungen in Berlin seien sofort widerrufen worden und doch habe man immer noch darauf herumgepackt. Für die häßliche Szene bei dem **Karl Segel**-Ebert mache er nicht den Genossen **Kimmerfall**, der in gutem Glauben gehandelt haben mag, verantwortlich, sondern **Segel**, der sich als alter und kluger Parteigenosse nicht schon benommen hat. Er, Redner, hoffe, daß trotz allem die Süddeutschen den Beschluß des Parteitages respektieren werden. Er und Genosse **Weinbach** hätten gegen die Bewilligung gestimmt. In den übrigen Punkten verweist Genosse **Walderski** auf den gedruckten Bericht.

**Erster Diskussionsredner Bloch:** Was habe man gegen die disziplinierenden Führer unternommen? Was man mit getöndelten Genossen in solchen Fällen mache, sei ja bekannt. So wohl bei **Segel** wie bei **Singer** sei man nicht klug geworden, was jetzt werden soll. War die Erklärung nur ein Rückzug oder wollen die Süddeutschen auch in Zukunft bewilligen. Vieles in deren Verhalten sei gar nicht genügend gewürdigt worden. Der Parteitag habe nicht den Mut gehabt, konsequent zu handeln. Wenn ihr Grundpaß gelte, dann könne fürderhin jeder Genosse machen, was er will. Es beruhe eigentlich, daß die Gewerkschaften, an der Spitze das „Korrespondenzblatt“, den Disziplinbruch gutheißen. Diese betrachten die Partei schon längst nur als ihren Hütel. Die Gewerkschaftsführer hätten mit ihren Mitgliedern zu wenig Beziehung. (Widerspruch.) Die Süddeutschen hätten solchen Mut, weil sie wußten, daß die Partei keinen Mut hatte. Solch in Baden sei schon so weit gegangen, sich für Ausnahmegehege zu erklären. Früher wünschte die bürgerliche Presse stets die Spaltung, jetzt ist es ihr lieber, wenn die Reformisten in der Partei bleiben, weil sie davon in ihrem Sinne mehr erhofft.

**Risbach:** Er sei nicht ganz einverstanden mit den Ergebnissen der Nürnberger Tagung. Es sei jetzt eine Ernüchterung eingetreten. Man hätte die Frage vorher ruhiger behandeln müssen. In der Raiffeiser habe der Parteitag daneben gestochen, der Beschluß hänge in der Luft. Eine Einigung müsse unter allen Umständen eintreten. Was Genossin **Luzemburg** über die Raiffeiser sagte, hätten sich andere Leute schon längst an den Schulsohlen abgelaufen. Der Parteitag hätte nicht ergebnislos auseinanderlaufen sollen. In der Budgetfrage habe man schon vorher unverständlich gewütet. Der „Simpatismus“ habe mit seinem Wille recht gehabt. Er, Redner, halte die Frage für eine taktische. Auch der Parteivorstand treibe ja praktische Politik. **Jan, Redner**, habe der Ton der Presse acargert. Die Vernunft solle vor der Leidenschaft kommen. Die Reichstagsfraktion mache auch Konzessionen. Die Erhöhung der Soldatenlöhne stärke den Militarismus, verstoße demnach auch gegen das Prinzip. Der Parteivorstand gehöre auch auf die Anklagebank, er habe manches getüht in der Budgetfrage. Der Ton des „Vorwärts“ sei ihm unangenehm, man solle nicht gleich andern

die parteigenössische Ueberzeugung und die Ehrlichkeit absprechen. Das sei weder sozialistisch noch menschlich. Die Presse sei den Genossen Rechenschaft schuldig. Er bedauere, daß nicht tüchtigere Leute, die Maß halten können, das Blatt leiten. (Rufe: Eisner!) Es führen viele Wege nach Rom!

**Gutmann:** Ich freue, daß die Resolution des Parteivorstandes angenommen sei. Revisionsisten nähmen immer ernste Fragen sehr leicht. Das man mit dem Plinderhut zum grobherzigen Zeichenbegängnis geht, daß ein Sozialist Minister oder Abgeordneter werde und ob man das Budget bewilligen könne, das alles sei ihnen selbstverständlich. Sind wir eine Reformpartei oder eine Klassenkampfpartei? David habe sich mit wünschenswerter Deutlichkeit für das erstere erklärt. Das zeige, wohin die Revisionsisten wollen. Wollen die Arbeiter warten, bis sie durch das Parlament und die Gewerkschaften glücklich werden, so kann das bis zum Sonntag Nimmerleinstag dauern. Wir versuchen nur im Parlament Einfluß zu bekommen, um Arbeiterbeschwerden durchzubringen, damit die Arbeiter wirtschaftlich stärker werden, damit sie sich mit voller Wucht dem Klassenkampf, der Beseitigung des kapitalistischen Klassenstaates widmen können. Was hätten denn die Süddeutschen durch ihre Gemütspolitik viel erreicht. Herrlich wenig. Wenn **Frank** sage, man soll den Baum der Regierung schütteln, so sage er, Redner, von dem Baum fallen nur die Früchte, die der Regierung angenehm sind. (Lächerlich: Und die sind madig! Große Heiterkeit.) Jedoch könne er nicht dem Ausschluß aus der Partei das Wort reden, dadurch erreiche man nichts. Wir müssen an die süddeutschen Klassen appellieren, damit zwischen den süddeutschen und norddeutschen Genossen eine innere Festigung eintritt, dann würden sich die Führer in Zukunft vorsehen. Nicht Reformpolitik, sondern Klassenkampf!

**Läferow:** Nach seiner Meinung konnte der Parteitag nichts anderes zeitigen. Ueber die Raiffeiser rede man am besten gar nicht, sonst rede man sie schließlich noch tot. Redner wendet sich gegen **Risbach**, der den Ton beklagt hat. Elegische Betrachtungen seien im Kampfe schlecht angebracht, da entscheiden die schärfsten Waffen. Wo Gegenstände aufeinanderprallen, seien auch harte Worte. Redner trete gewöhnlich doch eine Verständigung ein. Das sei bei allen Parteien so. Früher sei man gegen die Radikalen noch schärfer vorgegangen. Er sei nicht für Ausschluß, man solle das Kind nicht mit dem Bade ausgießen. Er bedauere, daß der Revisionismus schon so tief in die Partei eingedrungen sei; aber der Radikalismus werde sich bestimmt wieder Bahn brechen. Auch die Gemütspolitik helfe nicht viel. Dem Klassenkampf könne man nicht durch den Parlamentarismus beikommen. Es sei falsch, wenn die Revisionsisten glauben, sie könnten sich in den Staatskörper hineinfressen, wie die Rade in den Speck. Auch den Gewerkschaften werde der Klassenkampf durch die Neutralität des Unternehmertums beigebracht. Das lehre der Vulkanstift, wo sie, um den Kladderadatsch zu vermeiden, beinahe Streikbrecher geliefert hätten. Auf die Dauer lasse die Arbeiterpartei nicht mit sich spielen. Timm sei in Berlin auch radikal gewesen. Wir haben eine kulturhistorische Mission zu erfüllen; was das Christentum in 2000 Jahren nicht geleistet, müssen wir leisten, sonst wären wir Verräter und Verläder, wie jenes, das Vertrauen der Massen.

**Dr. Cohn:** Er habe in Nürnberg beobachtet, daß Nord und Süd beinahe geschlossen sich gegenüberstanden. Die Gegensätze kämen durch die verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Klassenkampf sei im Süden nicht wie bei uns ausgeprägt. Minister und Sozialdemokraten grüßten sich dort freundschaftlich und vertehrten persönlich und gesellschaftlich miteinander. Auch brauchen die süddeutschen Regierungen unsere Genossen vielfach. Es gebe Fälle, wo Referendare, Regierungsräte usw. eingeschriebene Mitglieder unserer Partei sind. Die Industrie sei im Süden nicht so verbreitet wie im Norden, Nahrungsmittel und Junfer fehlen ganz. Die Süddeutschen wollen sich von uns auch finanziell unabhängig machen. Die Trennung komme von selbst. Jene redeten sich immer tiefer hinein in die Gemütspolitik. Es sei besser, wenn die Leute gleich gehen. Er, Redner, hätte gewünscht, daß die Jugendfrage mehr zur Geltung gekommen wäre. Das wäre wertvoller wie die Budgetfrage. Die jetzige Lösung habe weder Hand noch Fuß.

**Ranasse:** Gegen die Berliner habe immer eine Unmöslichkeit geherrscht, nur nicht gegen ihr Geld. Wenn wir uns mit den Genossen fremder Nationen einigen, werden wir uns wohl auch noch im eigenen Lande verstehen. Nach solchen Sturmtagen könne man die Allgemeinstimmung nicht beurteilen. In Dresden hätten sich die Revisionsisten betrogen, erst der Nürnberger Resonanzboden hätte ihnen Mut eingeschloßt. Leipzig werde ein anderes Bild ergeben. Ueber dem Circuit stehe unsere Weltanschauung. Wir wollen uns im heutigen Staat wohllich einrichten, aber dabei das Endziel nicht vergessen. Wir müssen den Sozialismus in die Familie verpflanzen mehr wie bis her.

**Walderski** gibt noch einige Ergänzungen und schließt: Wenn die Süddeutschen nicht folgen wollen, müssen wir alleine gehen.

Folgende Resolution wurde fast einstimmig angenommen:

„Die Versammlung spricht ihr Einverständnis mit den Ergebnissen des Parteitages aus und erklärt sich mit dem Verhalten ihrer Delegierten und ihrer Stellungnahme zur Budgetfrage im besonderen einverstanden.“

Desgleichen gegen wenige Stimmen ein Antrag:

„Die Versammlung des 1. Berliner Kreises stellt an die Organisationskommission den Antrag: Die Mitglieder der Parteileitung müssen auf dem Parteitag mit absoluter Majorität gewählt werden, eventuell muß eine Stichwahl stattfinden.“

### Zweiter Wahlkreis.

Nach einem ausführlichen Bericht der Genossin **Nürnberg** über die dem Parteitag vorausgegangene Frauenkonferenz und dem vom Genossen **Witte** erstatteten umfangreichen Bericht über den Parteitag selbst setzte eine äußerst angeregte Diskussion hauptsächlich über die Budgetfrage ein. Genosse **Witte** hatte in seinem Bericht hervorgehoben, daß der Antrag des zweiten Wahlkreises betreffend die den Zivilmilitären gefährliche Konkurrenz der Militärkapellen der Fraktion zur Verschärfung überwiegen worden sei.

**Swaldsen:** In Nürnberg handelte es sich bei Erörterung der Budgetfrage um eine Axtprobe des Revisionismus. Die Begründung, weshalb man für das Budget stimmte, sollte nur den Kern der prinzipiellen Streitfrage verhallen. Es mußte Klarheit geschaffen werden; die Resolution Frohme würde diese nicht gebracht haben. Ihm habe die Resolution des Parteivorstandes nicht gefallen; wenn er dafür stimmte, dann deshalb, weil keine schärfere Resolution vorlag. Das Verhalten der Süddeutschen nach dem Parteitag zeige ja auch, daß man nicht scharf genug vorgehen könne. Zur Militärfrage übergehend, hält Erwald seine in Nürnberg gemachten Ausführungen aufrecht. Die Anbahnung neuer Verhandlungen in der Raiffeiserfrage sei zu begrüßen.

**Tannhausen:** Die Arbeiterfrage hört auf eine Demonstration zu sein, wenn sie erst von der vorher eingeholten Erlaubnis der Unternehmer und von der Unterstützungsfrage abhängig gemacht wird.

**Pöyle** bemerkte, auch in Nürnberg seien es Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsangehörige gewesen, die die bürgerlichen Auffassungen in der Partei unterstüzten.

**Richard Fischer:** Wenn man die Reden von der gefährdeten Parteieinheit höre, so könne man den Eindruck gewinnen, es stehe mit der Partei **Matthäi** am letzten. Liegen die Dinge aber so, daß wir in der Budgetfrage nicht miteinander gehen können? Gewiß sind wir für Disziplin, aber nicht für jene Kaserneinheit, bei welcher jeder das Maul zu halten hat. Er sei kein Anhänger der Budgetbewilligung und Parteitagbeschlüsse müssen geachtet und gehalten werden, andererseits jedoch haben wir das Recht solche Beschlüsse innerhalb der Parteioorganisation zu besprechen und

auch zu bekämpfen, wenn sie uns verfehlt erscheinen. Genosse **Wittor** wies, ein Parteiführer, dem jedenfalls nicht nachgesagt werden kann, daß er es auf die Verwässerung der Partei abgesehen habe, hat an die Spitze seines, auf dem Parteitag mehrfach erwähnten Artikels den Satz gestellt, daß er die Budgetbewilligung nicht gut heiße, es aber Dummheit sei, den Süddeutschen das Fehlen des Klassenbewußtseins, den Mangel an Klassenempfinden vorzuwerfen. Dieser Ansicht sei auch er. Die Genossen in Bayern und Baden haben in der Budgetfrage einen schweren Irrtum begangen, ihnen dieserhalb das Klassenbewußtsein abzuspülen, falls ihm jedoch nicht ein. Weil ein Irrtum vorlag, konnte man auf dem Wege der Resolution Frohme die Verständigung finden. Weshalb Meinungsverschiedenheiten, dann müsse Klarheit geschaffen werden, dann seien sie tolerant anzuhören. Im Mittelalter bestand der Brauch, daß der Verurteilte das Recht hatte, drei Tage nach Herzenslust auf seine Richter zu schimpfen, am vierten Tage jedoch mußte er sich fügen; die Römer bauten dem geschlagenen Feinde ein Grab. Nun gut! Die Bayern sind die Verurteilten, die Unterlegenen, lassen sie wie sie getrost die drei Tage schimpfen, sie werden wieder mit uns gehen und sich den Beschäftigen fügen. Sie waren in einem Irrtum befangen, sie sahen schon den Himmel volles Weizen und glaubten, daß die entgegenkommende Politik von der Regierung ibrerhalten gemacht worden ist. Bei allen Vorzügen des süddeutschen Staates dem reaktionären Preußen gegenüber, blieben jene trotzdem Klassenstaaten wie Preußen ebenfalls, und das werde für das künftige Verhalten in der Budgetfrage bestimmend sein. Erwald habe von der Parteiverwässerung gesprochen und darauf verwiesen, daß sich das Endziel der Partei nicht durch die Parlamente verwirklichen lasse. Das wisse auch er. Die Befürworter jener Theorie von der Geringschätzung des Parlamentarismus laufen jedoch Gefahr, daß dieser in der Masse im Sinne des Anarchismus aufgefaßt werde, und die weitere Folge sei dann der Anarchismus selbst. Vorläufig haben wir im Gegensatz zu jener Theorie noch Jahrzehnte zu tun, den Parlamentarismus dem Interesse der Arbeiter dienlich zu machen. Es heiße die ganze Entwicklung der Partei vertugeln, wenn wir jetzt hierzu eine andere Stellung einnehmen wollten.

Was ist übrigens Radikalismus und was ist Revisionismus? Oft waren schon die radikalsten Genossen in ihren Forderungen recht bescheiden, während in praktischen Fragen die Revisionsisten sehr radikal vorgingen. Ihm habe einmal jemand gesagt: „Revisionist ist, wer mir nicht gefällt.“ Man muß alt geworden sein in der Partei, um zu wissen, was es heißt, in ihr den Bruderkampf herauszubehaupten. Die große französische Partei ist machtlos, weil ihr die Einigkeit fehlt. Weil die Bayern usw. für das Budget einmal stimmten, werden wir uns dieserhalb von ihnen trennen? Die Erklärung der Süddeutschen auf dem Parteitag ist ein Akt politischer Klugheit, den späteren Verhandlungen der politischen Feinde und den Regierungen gegenüber, das müsse man nur verstehen. Unsere Genossen wissen dort sehr wohl, daß es gelte, Schulter an Schulter in der Kampfpartei zu stehen. Wenn es ihnen gelang, politische Erfolge zu erzielen, dann deshalb, weil sie gewissermaßen im Schatten der großen deutschen Sozialdemokratie standen. Vertrauen müssen wir zu einander haben und uns zu verständigen suchen. Hat der Parteitag beschlossen, dann heißt es sich fügen, aber rationieren dürfen wir doch. (Beifall.) Bemerkte sei, daß Fischer im Verlauf seiner Ausführungen die Gewerkschaftsbeamten gegen die in der Versammlung erhobenen Angriffe verteidigte und zur Raiffeiser im Sinne seiner in Nürnberg gemachten Ausführungen sprach.

**Grundwald:** Niemand werde im Saale amoenend sein, der nicht Fischers Ausführungen bezüglich der Parteieinheit unterschreibe; fragen müsse man aber doch auch, wer denn immer wieder den Spaltungsgebanke aufwerfe. Wenn es sich nur lediglich um eine taktische Streitfrage handele, weshalb unterließen es unsere Freunde in Bayern und Baden, rechtzeitig die Entscheidung ihrer Organisationen anzurufen? Budgetfrage und Budgetantwort ist weiter nichts als das Zusammenfassen jener systematischen Gedanken der Politik des Entgegenkommens.

Bei der Erklärung der 68 handelt es sich nicht um eine dreitägige Karenzzeit des Revisionismus, um sich dann unterzuordnen, sondern um ein erst gemeintes Aufsehen gegen die Beschäftigte. Fischer möge doch seine Rede in Bayern halten, da würde er sehen, wie er sich mit seiner milden Auslegung der Erklärungen in die Reflexen setze. Man habe ja erst kürzlich rund und nett abschließend erklärt, daß es sich nunmehr darum handelte, den Ansichten des Revisionismus mit Nachdruck Geltung zu verschaffen. Allerdings wollen wir aus unseren Kongressen keine Katholikentage machen, aber unsere Beschlüsse sind bis zum nächsten Parteitag zu halten und dürfen nur auf organisatorischem Wege bekämpft werden. Auch dürfen wir nicht die Hand vor die Augen legen, wir dürfen uns der Tatsache tief wurzelnder Differenzen nicht verschließen. Die Erklärung der Budgetfrage habe Fischer so dargestellt, als ob beide Seiten über den Strang gehauen und es schließlich mit der Uneinigkeit nicht schlimm bestellt sei. Zu **Webel** sachlicher, von ausgleichendem parteigenössischem Geiste getragenen Rede haben die scharfen Parteien **Frank**, **Hildenbrand** und besonders **Timm**s Rede in kräftigstem Gegensatz gelautet. Wenn jetzt der Einigungsgebanke unzufrieden werden soll, dann möge man die verständlichen Mahnungen an die Süddeutschen richten. (Lebh. Beifall.)

**Rauendorf** greift auf die Auslassungen in der „fränkischen Tagespost“ zurück, nach welcher es scheine, als fürchteten gewisse Führer die volle und richtige Auffassung des Arbeiters. Dieser sei infolge seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht in der Lage, rücksichtslos für die Parteiprinzipien einzutreten. Von den unabhängigen Führern haben wir dies jedoch zu verlangen; unterlassen sie es trotzdem, dann müsse — mit **Freiligrath** zu reden — einmal ein Dämpfer von unten kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Weshalb spricht **Welger**, der bezüglich der Freipolemiken meint, wenn man diese in der Parteipresse gefällig finde, dann möge man doch auch nachlesen, in welcher Art und Weise zum Beispiel das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission polemisiere.

**Richard Fischer:** Grundwald habe die Vorgänge in der Budgetfrage als einen Kampf des und gegen den Revisionismus bezeichnet; einer der Vertreter habe die Entwässerung der Vertreter dieser Richtung aus der Partei gefordert. Dann also müssen die Süddeutschen aus der Partei ausgeschlossen werden, und wer habe denn dazu den Mut? Es sind nur einzelne Radikale und einzelne Revisionsisten, die aus der Budgetfrage eine Sache des Revisionismus machen. **Laurenz** habe in seinem Artikel nur von der Agitation in den Volksversammlungen geredet und gesagt, daß dort für die Mehrheitstheorie kein Raum sei. (Widerspruch.)

Aus dem Wortlaut der Erklärung des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Bayerns sucht Fischer unter Widerspruch aus der Verammlung nachzuweisen, daß es sich dabei um keinen ständigen Widerspruch gegen die Parteitagbeschlüsse handele, sondern diese vielmehr so aufzufassen sei, wie er in seinen ersten Ausführungen bereits dargelegt. Nicht auf Worte kommt es an, sondern auf Taten; warten wir also ab, was die Süddeutschen tun werden. Seine Rede in Bayern zu halten habe er keinen Anlaß; er wende sich an den Stärkeren, **Algerien**, der nachzugeben habe. Gewiß siehe **Timm**s Rede im Gegensatz zu der **Webel**s, aber jedermann wisse doch, daß sie keine Gegenrede auf **Webel**, sondern der Freipolemik galt und ein Schmerzschrei war gegen alles, was man den Bayern in dieser Sache angetan.

Ein Schlußantrag wird mit 132 gegen 131 Stimmen angenommen und auf den Bericht der Provinzialkonferenz verzichtet geleistet.

Angenommen wird einstimmig eine Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt und welche die Parteigenossen verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken.

**Persönlich Bemerkte Bitte**, daß er seines Erachtens den Antrag betreffs der Jubiläumfeier ausföhrlich genug begründet habe.

Genosse **Grunwald** bedauert in einer persönlichen Bemerkung, daß er durch den Schlußantrag verhindert sei, fischer ausführlicher zu erwidern. Maurenbrecher meinte in seinem Artikel nicht, wie Fischer sagte, die allgemeine Agitation, sondern beziehe sich ausdrücklich auf die Parteischule und die in engeren Kreisen abzuhaltenen Kurse. Die Antwort des bayerischen Landesvorstandes habe schon die Versammlung durch ihren Widerspruch mit Fischers Auslegung als Aufsehung gegen die Parteibeschlüsse gekennzeichnet; wenn Fischer anderer Auffassung ist, dann sei es dessen Privatvergnügen, das er ihm gern lassen wollen. (Beifall.)

### Dritter Wahlkreis.

Die Verichterstattung über den Parteitag eröffnet Genosse **Katzer** mit einem Ueberblick über die Verhandlung der ersten drei Punkte der Tagesordnung, wobei er einleitend bemerkte, die Genossen seien aus Nürnberg mit dem Eindrucke weggegangen, daß die Einheitsfront der Partei auf Jahre hinaus gesichert sei.

Genosse **Pohl** referierte über die Verhandlungen zur Maifeier und Budgetbewilligung. Er betonte, es sei sehr erfreulich gewesen, daß die meisten Redner zur Maifeier betont hätten, daß mehr als bisher für die Durchführung der Arbeitstrübe agitiert werden müsse. In der Sache der Budgetbewilligungen sei mit den Süddeutschen ein erstes Wort gesprochen worden und mit Recht, denn das Verhalten der Süddeutschen Genossen sei entschieden zu verurteilen. Das Verhalten ihrer Regierungen sei durchaus nicht derart gewesen, um diesen das Budget zu bewilligen. Wedels Gründe wäre unbedingt zuzustimmen. Redner geht darauf ein und schließt sich den auf dem Parteitag auch sonst noch gegen die Budgetbewilligung geltend gemachten Gründen an. Er ist der Meinung, man habe mit Recht annehmen können, daß die Süddeutschen den Parteitag, der ihnen günstig lag, mit der Sache hätten überrollen wollen, um sich von der, er wolle mal sagen: norddeutschen Opposition gegen Budgetbewilligungen zu befreien. Daß der Anschlag bereitet wurde, möge ja den Budgetbewilligern unangenehm gewesen sein. Daher richtete sich der Verrger gegen die Norddeutschen, namentlich gegen die Berliner. Wählerisch seien die Süddeutschen in ihren Ausführungen gerade nicht gewesen. Die Resolution des Parteivorstandes sei für die Berliner das mindeste. Der Kuhhandel habe ja wieder eingeleitet. Daß er nichts ergiebt, sei namentlich der Tatsache, daß die Berliner und Brandenburgischen Delegation zu danken. Aus der späteren Erklärung der 66 könnte man entnehmen, daß die Süddeutschen, trotz des Beschlusses, in Zukunft das Budget wieder bewilligen würden, wenn nicht die Arbeiterklasse anpasse und ihren Führern mehr auf die Finger sehe. Das sei auch in Norddeutschland notwendig, ob es sich nun um gewerkschaftliche oder politische Führer handle. Denn das siehe sei, daß der Revisionismus in Süddeutschland stark vertreten sei und ziemlich stark auch von seinen norddeutschen Freunden unterstützt werde. — Genosse **Fritz Schmidt** verabschiedete den Bericht vom Parteitag hinsichtlich der übrigen Punkte der Tagesordnung.

Genossin **Steintopf** referierte dann über die Frauenkonferenz, von deren Verhandlungen sie in großen Zügen ein Bild entwarf. Besonders hob sie hervor, daß die Agitation unter den proletarischen Frauen in den letzten Jahren wieder große Erfolge zu verzeichnen habe. Besonders auch die sozialistische Aufklärung unter ihnen habe wichtige Fortschritte gemacht. Die Konferenz habe eine Fülle von Anregungen gegeben. — Die Redezeit für die Diskussion wird auf zehn Minuten festgesetzt.

Genosse **Wolfgang Heine** äußerte sich zunächst zu dem Angriff, den Genosse Rechtsanwalt Rosenfeld gegen seinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ gerichtet hat, der die Jugend und das neue Vereinsgesetz betraf. (Einer der Berichterstatter hatte den Vorschlag erwählt.) Er habe während des Referates über die parlamentarische Tätigkeit den Parteitag verlassen, um eine dringende Angelegenheit zu erledigen. Er habe nicht annehmen können, daß gegen seine parlamentarische Tätigkeit Einwände erhoben werden würden. Beim Hinübergang habe er Genossen Rosenfeld getroffen und ihm die Hand gegeben. Er habe ihm nichts gesagt, daß er ihn angreifen wolle. Im anderen Falle wäre Redner dageblieben. Nun wolle er ja glauben, daß dem Genossen R. in der Zwischenzeit erst die Erläuterung gekommen sei. An Stelle R.'s würde Redner den, der ihn zu einem Angriff auf den Hinübergang anzuregen wollte, allerdings gesagt haben: „Machen Sie das selber.“ Zur Sache selbst betrete er ganz entschieden, daß er sich in dem Artikel in den Monatsheften mit seinem parlamentarischen Auftreten, das ja von Eishorn für einwandfrei erklärt wurde, irgendwie in Gegensatz gesetzt hätte. Rosenfeld habe die fragliche Stelle unvollständig zitiert. Der Standpunkt, den er des weiteren in jenem Artikel eingenommen habe, sei übrigens in der vom Parteitag angenommenen Resolution zum Ausdruck gekommen. — Er habe gegen die Resolution Proteste und gegen die des Parteivorstandes gestimmt. (Zurufe: Leider! leider!) Das werde seinen hier überrascht haben. (Weiterer und Bewegung.) Wer ihn kenne, der wisse, daß er zu allen Zeiten auf dem Standpunkt geblieben habe. . . (Revisionist!) Seineinweg möge man ihn so nennen, obwohl er den Ausdruck für sehr abgelehnt habe. Er habe immer den Standpunkt vertreten, eine kämpfende Partei dürfe sich und ihre Mitglieder nicht weiter binden, als es unbedingt notwendig sei. Vor allem gebunden seien die Partei und ihre Angehörigen durch das Programm, durch die Stellung zum Endziel und die Gegenwartsforderungen, die durch das Programm aufgestellt seien. Was darüber hinausgehe, sollte von Fall zu Fall entschieden werden. Die Resolution Prohms sei seiner Meinung nach eine auch zu weitgehende Bindung und die Resolution des Parteivorstandes erst recht. Es sei im hohen Grade unbillig und unpraktisch, in besondere Verhältnisse einzugreifen, wo die Genossen so kämpfen, wie es dort notwendig sei. Eines Urteils, ob es notwendig gewesen sei, in Süddeutschland jetzt das Budget zu bewilligen, enthalte er sich. Das verstehe er nicht. (Zurufe: Ol ol!) Wie man im Reichstage nicht dazu komme und nicht dazu kommen werde, das Budget zu bewilligen, ebenso glaube er es den Süddeutschen, wenn sie sagten, sie hätten es diesmal tun müssen. Die Süddeutschen sagten, ihre Wähler würden die Ablehnung des Gesamtbudgets nicht verstanden haben. Ob dem so sei, könne er nicht beurteilen. Man sollte auf eine größtmögliche Freiheit im Interesse der Einheit der Partei halten. (Beifall eines Teiles der Versammlung.)

Genosse **Gehrman** spricht zur Budgetbewilligung selbst im Sinne Pohls und legt dar, daß in Süddeutschland die Verhältnisse dieselben wären wie in Preußen, abgesehen davon, daß eine gewisse Lokalität zwischen den Würgern obwalte. Ferner wendet sich Redner lebhaft gegen Heine. Nach dessen Standpunkt hätte er eigentlich annehmen müssen, daß er sich der Abstimmung enthalte. Der größte Teil der Genossen des Kreises — das hätte die vorige Generalversammlung vor dem Parteitag bewiesen — sei anderer Meinung als Heine, der nicht dort gewesen sei. Es habe der Beschluß von Lübeck vorgelegen. Beschlüsse der Partei seien anzuerkennen und jeder habe sich danach zu richten. Wer da meine, das nicht zu können, dem müsse geraten werden, lieber zu sagen: „Ich kann es nicht machen, ich werde lieber abtreten.“ Lieber als die Erklärung der 66 oder 67 hätte Redner es gesehen, daß die Süddeutschen ihrer Wege gegangen wären. Sollte die Unerschämtheit einzelner dahin gehen, daß Parteibeschlüsse nicht mehr für sie da seien, dann werde man einen Strich durch die Rechnung machen müssen. Es sei nicht wahr, wenn Timm und Hildenbrand sagten, sie ständen nicht allein, die Arbeiter ständen hinter ihnen. Hildenbrand habe sich in Stuttgart eine Wühler geholt, wie er sie nur manchem seiner norddeutschen Freunde wünschen könnte. (Beifall.)

Genosse **Parand** schloß sich Gehrman im wesentlichen an. Genosse **Alexander Fröhlich** ist der Meinung, daß die linke Seite der Partei von den Revisionisten auf dem Parteitag eine Maulschelle empfangen und sie eingeklinkt habe, indem die Erklärung der 66 einfach zu Protokoll genommen sei. Er begreife nicht, daß man glaube, durch Entgegenkommen an die bürgerlichen Parteien etwas zu erreichen. Zweifelloß sei es besser, reinen Tisch zu machen. Ueber kurz oder lang komme es doch mit den Süddeutschen zum Bruch. Wer sich nicht füge, den solle man einfach schießen lassen.

Genosse **Heilmann** verteidigt den Standpunkt, daß die Revisionisten nur im Rahmen unseres Parteiprogramms versuchen wollten, durch taktische Stellungnahme etwas mehr zu erreichen, wie sonst. (Kuhhandel!) Ganz recht. Unsere Prinzipien ständen so fest, daß man sich nicht fürchten brauche, mit den bürgerlichen Parteien in Verbindung zu treten. — Wedel und Raubitsch erlarmten an, daß die Süddeutschen in gutem Glauben mit Bezug auf die Lübecker Resolution gehandelt hätten. Tatsächlich hätten sich die Dinge erst zugespitzt durch den Vorwurf des Disziplinbruchs, die Säurung der Mandate, die gebundenen Mandate. Da erst hätten sich die Süddeutschen gefügt, sie sollten gedemütigt werden, und hätten sich deshalb mit aller Kraft gewehrt. — Die Worte Gehrman, mit solchen Leuten nicht weiter zu kämpfen, hält Redner für frivol und bittet, nicht in die Freiheit der süddeutschen Partei einzugreifen und nicht die Eingieit der deutschen Partei aufs Spiel zu setzen.

Genosse **Gottfried Schulz**, der feststellt, daß die Berliner Stadtverordneten niemals für das Gesamtbudget gestimmt hätten, sowie die Genossen **Kabed** und **Appich** wandten sich gegen die Budgetbewilligung, wobei Schulz die Befürchtung auspricht, daß man von gewisser Seite mit den bürgerlichen Fühlungen suchen und mehr eine demokratische Partei ins Leben rufen wolle. Appich betonte, daß er Süddeutscher sei. — Genosse **Käfer**, der erst kürzlich aus Karlsruhe nach Berlin gekommen ist, findet Fehler auf beiden Seiten und sucht des längeren aus den speziellen Verhältnissen Badens und besonders der parlamentarischen Konstellation der letzten Gesetzgebungsperiode in Baden zu erklären, wie so man zur Budgetbewilligung diesmal gekommen sei und seiner Meinung nach hätte kommen müssen. 66 Proz. der badischen Genossen wären derselben Meinung wie die Fraktion. Zu einer Scheidung würde es auf keinen Fall kommen, das liege der gesunde Sinn der Arbeiter nicht zu.

Genosse **Wolfgang Heine** nahm nochmals das Wort und bestritt, daß es in der Partei Leute gebe, die Konzeptionen an die bürgerlichen Parteien und an die Regierungen machen, den Regierungen Dank ausdrücken oder gar zum Bloß streben wollten. Die Süddeutschen hätten lediglich von Konzeptionen an ihre Wähler gesprochen. — Redner hält es für grundvertehrt, an dem marxistischen Gedankenstamm zu rütteln. Was die vorliegenden Beschlüsse der Partei angehe, so habe sich die Minderheit allerdings der Mehrheit zu unterwerfen; die Mehrheit habe aber die Pflicht, der Minderheit nicht mehr aufzuerlegen, als unbedingt notwendig sei. Er halte an der Hoffnung fest, daß die Partei einseitlich und geschloffen weiter operieren werde. Man sollte aber nicht ein Jahr um das andere neue Regierungen abhalten gegen diese oder jene Richtung. Damit erziele man keine Einheit und keine Tatkraft. Er warne im Interesse der Einheit und gemeinsamen Arbeit davor, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß es gut sei, wenn der oder jener raudschiege. Die verschiedenen Kräfte könnten nebeneinander wirken.

Nachdem Genosse **Gehrman** seinen Standpunkt aufrecht erhalten hatte, wurde die Versammlung um 12 1/2 Uhr vertagt, ohne daß der erste Punkt der Tagesordnung erledigt ist. Es liegt folgende Resolution vor: Die Versammlung ist mit den Beschlüssen des Parteitages voll und ganz einverstanden, namentlich auch mit der angenommenen Resolution des Parteivorstandes, die verbündet, daß in Zukunft in irgend einem Parlament der Regierung das Vertrauen durch Annahme des Budgets ausgedrückt werden kann. Sie sieht in der Budgetbewilligung eine Frage von großer prinzipieller Bedeutung und erwartet, daß der Klassencharakter unserer Partei, wie bisher, durch strikte Ablehnung des Budgets bekundet werde. Die Versammlung sieht ferner in den Erklärungen der 66 einen schweren Disziplinbruch, hofft jedoch, daß die 66 ihren Worten nicht Taten folgen lassen werden, da sie sonst die Konsequenzen ziehen müssen, das heißt, nicht länger mehr Parteigenossen sein können.

### Vierter Wahlkreis.

Genossin **Bengels** erstattete zunächst den Bericht von der Frauenkonferenz, auf der 63 weibliche und 14 männliche Delegierte vertreten waren. Die Frage der Reorganisation der Frauen habe sehr lebhaft Debatten hervorgerufen, es sei bestimmt worden, das Bureau der Zentralvertrauensperson bestehen zu lassen. Rednerin betont, daß alle Beschlüsse über die Reorganisation nur als Provisorium zu gelten haben, da eine endgültige Regelung erst der nächste Parteitag vornehmen werde. Das Referat der Genossin **Dunker** über „Erziehung in Haus und Familie“ sei der Höhepunkt der Konferenz gewesen. Das Referat wurde als Broschüre verbreitet werden. Es erübrige sich daher näheres Eingehen auf den Vortrag. Geschlossen wurde ferner, die Zeitfrage der Genossin **Yelkin** zu ihrem Referat über die Organisation dem Parteitag als Material zu überweisen. Mit einem lebhaften Appell an die amwesenden Frauen, unermülich für die Organisation tätig zu sein, schloß die Rednerin ihren beifällig aufgenommenen Bericht.

**Yelkin** erstattet den Bericht vom Parteitage. Redner bespricht die Stellungnahme des Parteitages zu den einzelnen Punkten des Geschäftsberichts, wie zum Beispiel zur Jugendorganisation, mit der sich die Partei schon wegen der veränderten Gesetzeslage beschäftigen mußte. Die Jugendlichen hätten sich ihre Erziehungsberechtigung schon durch ihre rührige Tätigkeit in den letzten drei Jahren erlangt. Mit dem Bericht des Kassierers **Gerlich** könne man angesichts der Krise sehr wohl zufrieden sein, wenn auch nicht alle Erwartungen in Erfüllung gingen. Auch die Entwicklung der Presse sei zufriedenstellend, wenn man bedenke, daß nicht weniger als sieben neue lebenskräftige Parteiorgeane den Kampf der Arbeiterklasse unterstützen. Auch der Bericht des Genossen **Schulz** über die Tätigkeit des Bildungsausschusses könne mit Freuden gutgeheißen werden, zeige er doch, wie eifrig das Proletariat befreit sei, die ihm von der bürgerlichen Gesellschaft vorenthalte Bildung durch eigene Kraft und Initiative zu erlangen. Der parlamentarische Bericht des Genossen **Eichhorn** habe zu besonderen Diskussionen nicht geführt. Redner bespricht sodann die Besuche, die gemacht wurden, die lokalistischen Organisationen den Zentralverbänden anzuschließen. Die **Maifeier** habe eine heftige Debatte hervorgerufen. Bei der Konzentration der Industrie und der Stärke der Unternehmerorganisationen sei diese Frage zu einer Lebensfrage für die Gewerkschaften geworden. Redner bedauert die Annahme des Antrages, der die Abgabe des vollen Tageslohn fordere und erklärt seine Annahme nur dadurch, daß er bei schlechten Akustik des Saales von vielen Delegierten nicht verstanden worden sei. Das vorzügliche Referat **Wollenbude**s über die Sozialpolitik verdiene Anerkennung. Es sei auch die höchste Zeit gewesen, den ganzen Wohlfahrtschwandel in die richtige Beleuchtung zu rücken. Es gelte, die Rechte des Proletariats zu erweitern und nicht es auf die Gnade des Unternehmertums zu verweisen.

Auch das **Geyer'sche** Referat über die Reichsfinanzreform sei eine tüchtige Leistung gewesen. Durch die ewige Säbelraserei der deutschen Regierung lägen wir wie auf einem Pulverfaß und immer neue Kriegserüstungen seien die Folge. Die Schuldenwirtschaft habe einen Punkt erreicht, der nicht mehr überschritten werden dürste. Wenn ein Kaufmann derartig wirtschaftete, wie die Regierung, wäre er längst unter Kuratel gestellt. Redner verliest die Resolution **Geyer**, welche die Stellung der Partei zu dieser Frage scharf zum Ausdruck bringt und eine Richtschnur für unser zukünftiges Handeln abgibt. Redner bespricht sodann noch die angenommenen Anträge, wie den, die Genossen anzuhalten, unbedingt allen hurrapatriotischen Turnvereinen den Rücken zu kehren. Zum Schluß erörterte er die Debatte zur Budgetbewilligung. **Wedel** habe in seinem Referat die Meinung der Mehrheit des Parteitages und die Bedeutung der Lübecker Resolution scharf zum Ausdruck gebracht. Er wolle sich nur an die sachlichen Gründe der Budgetbewilliger halten und alles Persönliche ausschalten. **Timm** habe behauptet, die norddeutschen Genossen hätten geurteilt, noch ehe sie die Gründe der Süddeutschen gekannt hätten. Dies treffe schon deshalb nicht zu, da nicht ein einziges Argument vorgebracht wurde, was nicht schon von

**Bohnar, Grillenberger** und anderen auf dem Frankfurter Parteitage ins Feld geführt worden sei. Weil die sozialdemokratische Presse auf Bohnhöfen verlaßt werden dürfe, deshalb könne man doch nicht von staatsbürgerlicher Gleichberechtigung sprechen. Als man in Frankfurt dem „Berliner“ Timm den Vorwurf machte, eine Antragsfabrik begründet zu haben, bemerkte er sehr richtig, das sei noch besser als die Vertrauensbotumfabrik von Bohnar, Grillenberger und Genossen. Redner polemisiert dann gegen Genossen **Frank**, Selbst Minister hätten zugestanden, daß die Regierungen nur die Wünsche der herrschenden Klassen bezeugen, sie nur Kommiss der Bourgeoisie seien. Wenn auch 80 Proz. und mehr der Ausgaben des Staates so genannte notwendige Kulturausgaben seien, müsse doch das Budget verweigert werden. Die höhere Lohnzahlung an Staatsarbeiter und Beamte sei eine soziale Pflicht von Regierungen, die diesen erst jeden Wissen Brot durch Zölle verteuert haben und gebühre ihnen deshalb wahrlich kein Dank. Redner bespricht noch die Resolution **Prohme** und die gesamte Abstimmung und meint, es gebe leider in unseren Reihen eine Anzahl Genossen, denen der Rahmen der Partei zu eng sei, die eine Anlehnung an bürgerliche Parteien suchten. Für uns bedeute dies den ersten Schritt zur Blockpolitik der sogenannten Liberalen. Ihm, Redner, sei die erbliche Verantwält eines Junkers lieber als die aalglatte Verlogenheit der Modliberalen. Wenn die 66 süddeutschen Delegierten aus verfassungsmäßigen Gründen ihre Erklärung abgegeben hätten, so sei dies zu entschuldigen. Die Frage der Budgetbewilligung rechtfertigte keine Spaltung in der Partei. Es müsse aber gesagt werden, daß die große Masse unserer Genossen auf dem Standpunkt steht, an der Klassenkampf-Taktik dürfe nicht gerüttelt werden! Wer die Haltung der Partei nicht anerkenne, der müsse selbst die Konsequenzen ziehen. Für uns sei die Demokratie kein Ausgangspunkt; die Minorität habe sich zu fügen. Sie habe das Recht zu versuchen, für ihre Ideen die Majorität zu erlangen, so lange sie diese jedoch nicht habe, könne nur die Meinung der Majorität die ausschlaggebende sein. (Lebhafte Beifall.)

**Kreuz** verlangt von den Frauen mehr Idealismus. Ob sich denn keine wohlhabende Genossin gefunden habe, die unentgeltlich das Amt als zweite Zentralvertrauensperson übernehmen konnte. Frau **Wengels** und die anderen Genossinnen hätten schon in der Vorstandssitzung und Kreisbesprechung gegen den 10 Pfennig-Beitrag der Frauen sprechen sollen. In der Maifeierfrage hätten die Delegierten nicht konsequent den Standpunkt der Genossen vertreten. Die Genossen sollten mehr in den Gewerkschaften arbeiten, so würden verschiedene Bestimmungen der Gewerkschaften über die Beteiligung an der Maifeierfrage nicht existieren. Die jämmerliche Haltung des Parteitages in der Maifeierfrage sei nicht zu billigen.

**Djrowsky**: Der vierte Kreis habe sich einstimmig dafür erklärt, daß über die Kriegsbegehr der herrschenden Klassen referiert werden solle. Eine derartige Resolution dürfe nicht schon vorher liegen, sondern müßte den Extrakt der Verhandlungen darstellen. Zur Agitation für die Presse bemerkt er, daß auch in diesem Herbst wieder für den „Vorwärts“ gearbeitet werden solle. Redner ist der Ansicht, daß Kritik notwendig sei, aber eine Kritik a la Maurenbrecher an der Parteischule sei schädigend. Auch ihn hat die Behandlung der Maifeierfrage nicht befriedigt. Eine gründliche Lösung müsse auf dem nächsten Parteitage erfolgen. Redner ist auch mit der Stellung der Delegierten in bezug auf die Erklärung der 66 Süddeutschen nicht zufrieden. Diese Erklärung hätte nicht mit Stillfährigen, sondern mit einem Sturm der Entrüstung beantwortet werden müssen. Uns würden die Kämpfe nicht erparat bleiben, wie sie zur Zeit der Lastkaneer und Eisenacher oder der „Jungen“ ausgefochten wurden. Die Gehaltsaufbesserung des Vorstandes sei gleichfalls nicht gutzuheißen. Es müsse mehr Idealismus verlangt werden. Auch die Arbeiter hätten schwere Opfer zu bringen. In Zukunft müsse die Tätigkeit der Abgeordneten, sowohl im Reichstage, wie auch in den einzelnen Landtagen, gründlich kontrolliert werden.

**Förster** wendet sich gegen Maurenbrechers Bildungsprogramm, das ein Skandal für die Partei sei. Die Lobspüche Niepmanns seien überflüssig gewesen, denn auf dem Gebiete der Arbeiterbildung sei noch sehr viel Arbeit zu leisten. **Wähner** ergänzt den Bericht **Yelkins** in den einzelnen Punkten. So sei für die Kritik an der Parteischule nicht die eigentliche Tätigkeit dieses Instituts maßgebend gewesen; es sei nur zum Antrag gebracht, daß den Kritikern die ganze Richtung nicht passe. Auf die Anfrage eines anderen Genossen, warum die Polenfrage nicht gründlich diskutiert worden sei, bemerkt Redner, daß die Geschäftsliste dies nicht zugelassen habe, doch sei der Standpunkt des Parteitages genügend in der angenommenen Resolution zum Ausdruck gekommen. Auch die Resolution über die Kriegsbegehr sei scharf und konsequent und die Vorwürfe **Djrowskys** unberechtigt.

Frau **Fahrenwald** weist den Vorwurf des mangelnden Idealismus bei den Frauen energisch zurück. Die Agitation unter den Frauen sei sehr schwer und mühsam deshalb die Frauenkonferenzen bestehen bleiben, weil so nur den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung getragen werden könne. Rednerin wendet sich lebhaft gegen die Ausführungen des Genossen **Kreuz**. Auch die Arbeit der Frau sei ihres Lohnes wert. Zwischenrufer, die behaupteten, die „Gleichheit“ werde doch nur von den Männern bezahlt, fertigt sie mit dem Hinweis darauf ab, daß die Arbeit in der Familie und die Erziehung der Kinder eine der Männerarbeit gleichwertige sei ganz abgesehen davon, daß immer mehr Frauen beruflich tätig sein müßten.

Ein Antrag auf Vertagung der Debatte wurde abgelehnt. **Kreuz** verteidigt in persönlicher Bemerkung seine Stellung damit, daß er nur die Meinung der Genossen seiner Gruppe zu vertreten gehabt habe.

Gegen zwei Stimmen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute am 20. September tagende Versammlung des Wahlvereins des vierten Berliner Reichstagswahlkreises ist mit den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere mit der Annahme der Vorstandsresolution in der Budgetfrage, vollkommen einverstanden und erwartet, trotz der abgegebenen regierenden Erklärung, daß die Minderheit sich den Beschlüssen des Parteitages, als oberste Instanz, fügt.“

**Wähner** wünscht, daß in der nächsten Versammlung, in der der Bericht von der Provinzialkonferenz gegeben werden soll, ein Vortrag über die soziale und kulturelle Bedeutung der Frauenfrage gehalten werde, damit nicht die kuriosen Ansichten, die Genosse **Kreuz** und einzelne Zwischenrufer behandel hätten, als Auffassung des vierten Kreises angesehen würden.

Der Vorsitzende **Hoffmann** versprach Berücksichtigung des Wunsches.

### Fünfter Wahlkreis.

In der im Alten Schützenhause abgehaltenen Versammlung des fünften Wahlkreises referierte der Genosse **Niepmann**. Er bezeichnete den äußeren Eindruck, welchen der Parteitag auf ihn machte, als nicht erfreulich. Die Gegensätze in der Budgetfrage hätten die Delegierten aus Nord und Süd gewissermaßen in zwei abgeordnete Heerlager geteilt. Infolgedessen sei auch der Empfang der Delegierten nicht so herzlich und freundschaftlich gewesen wie auf früheren Parteitagen. — Der Redner gab eine kurze Darstellung von den Verhandlungen der einzelnen Tagesordnungspunkte des Parteitages sowie der Frauenkonferenz und sprach dann eingehender über die Budgetfrage. Die Debatten über diese Frage hätten gezeigt, daß sich in der Partei zwei Richtungen gegenüberstehen: Reformsozialisten und Sozialdemokraten. Nur unter diesem Gesichtspunkte seien die Debatten über die Budgetfrage zu verstehen. Was unsere Genossen im bayerischen Landtage geleistet und durchgeführt haben, das solle rückhaltlos anerkannt werden. Man könne ihre Stimmung der bayerischen Genossen verstehen, aber nicht ihre Haltung in der Budgetfrage billigen. Der Redner sagte, am meisten gewundert, ja entsetzt habe ihn die Stellung, welche unsere bekanntesten Gewerkschaftsführer in dieser Streiffrage einnahmen. Jede Gewerkschaft würde es mit Recht ganz entschieden beurteilen, wenn etwa eine Gewerkschaft gegen einen Beschluß des Verbandstages handeln würde.

mit demselben Recht müsse auch in der Partei verlangt werden, daß Parteitagbeschlüsse, so lange sie bestehen, nicht berichtigt werden, wie es durch die Budgetbewilligung in Süddeutschland geschehen sei. Auch nachdem der Parteitag in Nürnberg einen ganz bestimmten Beschluß zur Budgetfrage gefaßt hatte, war jeder Genosse verpflichtet, sich dem zu fügen, und niemand habe das Recht, zu erklären, wir fügen uns nicht, wie es von Süddeutschland aus geschehen ist. Die auf dem Parteitage abgegebene Erklärung der 66 sei keine Kundgebung, sondern der klein zu weiteren Störungen der Einheitlichkeit der Partei. Es sei im höchsten Grade zu bedauern, daß namhafte Gewerkschaftsführer, wie Bömelburg, Que, Legien, Robert Schmidt, gegen die Resolution des Parteivorstandes gestimmt haben. Beim letzten Maurerstreik, bei dem Stettiner Metzereistreik, habe man mit Recht von einzelnen Gauen und Orten verlangt, daß sie auf den anderen Teil ihrer Gewerkschaftsgenossen, auf die wirtschaftliche Lage im deutschen Markt Rücksicht nehmen, bei Parteifaktionen aber solle jedes Land ganz ohne jede Rücksicht agieren können, wie es ihm beliebt. Erfreulich sei es dagegen, daß die Gewerkschaftler unter den Berliner Delegierten alle für die Resolution stimmten, wie Ritter, Bräuner, Geyschold und andere, daß überhaupt alle Berliner Delegierten außer Heine und Robert Schmidt auf diesem Standpunkt standen. Die Erklärung der 66 müsse als ein Schlag in das Gesicht des Parteitages aufgefaßt werden, sie sei auch sachlich nicht berechtigt, denn Fragen der Landespolitik seien schon öfter von Parteitag entschieden worden. So habe der Parteitag in Mainz entschieden, daß wir uns in Preußen an den Landtagswahlen zu beteiligen haben. Dieser Beschluß sei wesentlich unter Mitwirkung der Süddeutschen gegen die Ansicht besonders der Berliner Genossen zustande gekommen. Die unterlegene Minderheit habe sich selbstverständlich dem Beschluß gefügt, sie sei gegen ihre Überzeugung in die Wahl eingetreten. Ja, als uns die erste Wahl 1908 keinen relativen Erfolg brachte und deshalb die Gegner, der Wahlbeteiligung von unserer Teilnahme an der nächsten Landtagswahl abriet, beteiligten wir uns doch an der Wahl, weil es der Parteitag beschlossen hatte. So müssen auch die süddeutschen Genossen den Beschluß des Parteitages als für sie unter allen Umständen verbindlich betrachten. Die Unterstützung der norddeutschen Genossen müsse ihnen wertvoller sein wie die Unterstützung ihrer Regierungen, die ja doch nicht mehr soziales Verständnis haben wie die preussische Regierung. Die Resolution Prohme wäre annehmbar gewesen, die Süddeutschen haben aber die von uns verlangte Deklaration zu dieser Resolution ausdrücklich verweigert; es wurde gefordert: wenn Landesvorstand oder Parteivorstand die Budgetbewilligung nicht gutheißen, so sei das Budget abzulehnen. Dieser Deklaration widersetzten sich die süddeutschen Parlamentarier, so daß mit dieser Weigerung die Resolution widersinnig und hinfällig wurde. Je mehr unsere Macht wächst, desto mehr müssen auch die Regierungen, wenn auch widerwillig, unsere Forderungen erfüllen. Deshalb muß es unsere Hauptaufgabe sein, durch unablässige Agitation die politische Macht der Arbeiterklasse zu stärken. Unsere Gegner verfügen über alle Reichtümer des Staates und der Gesellschaft; das Kapital befindet sich in ihren Händen, Armees und Polizei kommandieren sie, sie leiten die Erziehung der Jugend, sie geben dem Volke von Kunst und Wissenschaft nur das, was ihnen beliebt, dem haben wir nur unsere Ideale und die Geschlossenheit des Proletariats entgegenzusetzen. Wer an der selbstwählenden Einheit unserer Bewegung zittelt, verflüchtigt sich am Geiste des Sozialismus. Nicht durch soziale Reformen, so wichtig und nötig solche auch sind, sondern durch die Eroberung der politischen Macht kommen wir zu unserem Endziel: der sozialistischen Gesellschaft.

Die Diskussion, welche dem Referat Piepmanns folgte, drehte sich ausschließlich um die Budgetfrage. Die Erörterungen wurden mit beispielloser Schärfe aber durchaus sachlich geführt.

Robert Schmidt sagte unter anderem: Es sei unbedeutend, daß Herrmann eine Disharmonie zwischen Partei und Gewerkschaften anklingen ließ, denn auf dem Parteitage sei nur die Partei vertreten, da gebe es keinen Unterschied zwischen Gewerkschaftsführern und Parteivorstand. — Zu seiner Abweisung in der Budgetfrage sagte der Redner, er habe deshalb für die Resolution Prohme und gegen die Resolution des Parteivorstandes gestimmt, um der überaus ernsten Situation, in der sich der Parteitag befand, Rechnung zu tragen und die Einheit der Partei zu erhalten. Es habe sich um einen sehr ernsten und bedenklichen Konflikt gehandelt, bei dem die eine Seite das Mögliche durchzuführen, die andere Seite aber ihren Willen durchsetzen wollte. Das letztere sei geschehen. Piepmann habe darin recht, daß dieser Parteitag der erste war, der in Disharmonie auseinanderging und die Disharmonie auch noch nachhingen läßt. So wie die Dinge heute liegen, sei die Einheitlichkeit unserer Aktion in Frage gestellt. Die Resolution Prohme stelle einen Weg zur Verständigung zwischen den gegensätzlichen Auffassungen dar. Deshalb habe er, der Redner, für dieselbe gestimmt, ebenso wie andere Genossen, welche der Ansicht seien, daß die Vorstandesresolution einen Zustand schaffe, der für die Partei nicht zuträglich sei. — Durch die Budgetbewilligung der süddeutschen Genossen habe die Partei keinen Schaden gelitten, aber die Debatten über diese Angelegenheit haben der Partei keinen Nutzen gebracht. — Der Redner verwies darauf, daß es in unserer Partei stets Streitfragen darüber gegeben habe, in welchem Maße wir uns an den parlamentarischen Arbeiten beteiligen sollen, daß aber trotzdem unsere Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten eine immer eingehendere geworden sei. Der Einspruch unserer süddeutschen Fraktionen habe viel zur Verbesserung der Verhältnisse beigetragen. Vorteile soviel wie möglich zu erlangen, liege im Interesse der Arbeiterklasse. Wenn man solche Vorteile erstrebt, so verliere man deshalb nicht das Endziel aus dem Auge. Jede Verbesserung der Lage der Arbeiter führe ihre Aktionkraft und trage dadurch zur Erreichung des Endzieles bei. — Der Redner erklärte die Haltung der süddeutschen Genossen im wesentlichen mit denselben Argumenten, die von süddeutscher Seite in den Budgetdebatten angeführt worden sind. Darüber seien wir alle einig, daß wir als Sozialdemokraten die politische Macht erobern wollen. Verschieden seien aber die Ansichten darüber, wie wir die politische Macht erobern können. Diese Verschiedenheiten dürfe man nicht so betonen, daß man sage, die einen stehen auf dem reformistischen, die andern auf dem Klassenstandpunkt. Wir haben in der Partei unter anderen Streitfragen auch um die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen hart gekämpft. Die Gegner der Wahlbeteiligung haben dieselben Gründe vorgebracht, die heute gegen die Budgetbewilligung geltend gemacht werden. Wie wir uns in der Frage der Landtagswahl geeinigt haben und zu einer geschlossenen Aktion gekommen sind, so werden wir auch, vielleicht nach Jahren, in der Frage der Budgetbewilligung zu einer anderen Auffassung kommen, ohne daß die Partei in ihrer Aktionkraft und in ihrer Auffassung vom Endziel Schaden leidet. Wir werden uns trotz der Disharmonie, in welcher der Parteitag auseinanderging, wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen.

Wie ich sprach seine Verwunderung darüber aus, daß Schmidt kein Wort sagte zu der Erklärung der süddeutschen Abgeordneten sowie des hiesigen Landesvorstandes, welche besagt, daß sie sich die Freiheit der Anschließung vorbehalten und sich dem Beschluß des Parteitages nicht fügen. Die Disharmonie könne nur dadurch beseitigt werden, daß sich jeder Genosse den Beschlüssen des Parteitages füge. Das in Norddeutschland gezeigte Bestreben, einen Ausgleich herbeizuführen, sei weder in der süddeutschen Presse noch in den dortigen Versammlungen hervorgetreten. Im Gegenteil: Die Neugierungen aus Süddeutschland lassen deutlich erkennen, daß man sich dem Beschluß des Parteitages nicht fügen wolle. — Die derzeitigen Gegenläufe in der Partei seien von der süddeutschen Parteipresse durch Hervorhebung des Gegenfalles zwischen Süddeutschen und „Breußen“ geführt worden. Das Verhalten der süddeutschen Parlamentarier mache nicht den Eindruck, als ob ihre Handlung notwendig im Sinne der Lübecker Resolution war, sondern die Tatsache, daß sie kurz vor dem Parteitage die Konferenz abhielten, lasse darauf schließen, daß es sich um eine von langer Hand vorbereitete Aktion handelte, durch die der Parteitag vor die vollendete Tatsache des Disziplinbruchs gestellt werden sollte. Die Erfolge unserer süd-

deutschen Genossen würden auch ohne die Budgetbewilligung vorhanden sein, diese hat in Bayern lediglich das Zentrum gestärkt. Die süddeutschen Genossen hätten sich doch fügen müssen, oder der Skandal, den ihr Disziplinbruch hervorgerufen hätte, der Partei nicht mehr schaden würde als die Ablehnung des Budgets etwa hätte schaden können. Das Verhalten der Süddeutschen sei nichts anderes als eine Demonstration gegen eine bestimmte Richtung in der Partei. Den gegenwärtigen Streit haben die süddeutschen Genossen angefangen. Die norddeutschen Genossen seien es der Partei schuldig, so vorzugehen, wie sie vorgegangen sind. Auch in diesem Falle sei es der in der Partei bestehende innere Gegenfall, welcher zum Austrag gebracht werde. — Schmidt habe ja recht, wenn er sagte, auf dem Parteitage sei niemand als Gewerkschaftler anwesend gewesen, aber um die Haltung der einzelnen Genossen richtig zu würdigen, müsse man sich doch der gegenwärtigen, welche Stellung sie in der Arbeiterbewegung einnehmen, und da sei es bestreblich, zu sehen, daß die Führer des einen Heerlagers der Arbeiterklasse der Führung des anderen Heerlagers der Arbeiterklasse die Unterstützung verweigerten, obwohl sie beide aufeinander angewiesen sind, indem sie gegen die Resolution des Parteivorstandes stimmten. Diese Unterstützung sei den süddeutschen Genossen zugute gekommen, die ihren Standpunkt im Gegensatz zum Willen der Parteimehrheit durchsetzen wollten. Wenn Schmidt sich als der Richtung zugehörig bezeichnete, die jeden augenblicklichen Erfolg mitnehme, dabei aber das Endziel nicht aus dem Auge verlor, so sei demgegenüber zu betonen: Es gibt in der deutschen Sozialdemokratie keine Richtung, die sich mit radikalen Phrasen unter Hinweis auf das Endziel begnüge. Auch die am weitesten links stehenden Genossen arbeiten in den Gewerkschaften bei Abschluß von Tarifverträgen usw. und nach den Beschlüssen der Parteitage in den Landtagen und Kommunalverwaltungen; sie alle leisten positive Arbeit. Der Streit um die Budgetbewilligung habe uns wieder gezeigt, daß es in unseren Reihen bürgerliche Ideologien gibt, eine kleine Gruppe, welche die Sozialdemokratie als Klassenkampfpartei beseitigen und sie zu einem linken Flügel der bürgerlichen Parteien degradieren will. Dagegen wehren wir uns und kämpfen weiter im Sinne der Nürnberger Beschlüsse.

Wötcher wandte sich gegen die Haltung der süddeutschen Budgetbewilligungsfreunde.

Dr. Wegl bezeichnete die in Nürnberg aufgestellte Behauptung, die Berliner sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion habe für das Budget gestimmt, als eine „ausgestankene Lüge“. Es sei bezeichnend, daß die Süddeutschen trotz aller gegenteiligen Erklärungen von anderer Seite bei dieser Behauptung blieben, obgleich sie sich durch eine Anfrage beim Fraktionsvorstande von der Unrichtigkeit ihrer Behauptung hätten überzeugen können. — Ferner ging der Redner auf die Budgetfrage selbst ein. Er wandte sich gegen die Ausführungen Schmidts und sagte unter anderem, dieser habe gar keine Empfindung dafür, daß die Süddeutschen gegen die Partei rebelliert haben, indem sie durch die Budgetbewilligung gegen die Lübecker Resolution handelten. Gegen dieses Verhalten hätte Schmidt ein Wort des Tadelns sagen müssen, da er doch als Mitglied der Generalkommission auch nicht dulden werde, daß in den Gewerkschaften bestehende Beschlüsse verletzt werden. Es habe sehr unangenehm berührt, daß die süddeutschen Budgetbewilliger unter den norddeutschen Vertretern Freunde fanden. Wenn die Süddeutschen auf dem Standpunkt ihrer Erklärung beharren, welcher besagt: Beschlüsse, was Ihr wollt, wir tun, was wir für Recht halten! — dann möge, so bedauerlich es auch sei, eine Trennung eintreten und die Budgetbewilliger sich von der Klassenpartei trennen. Durch die Bewilligung des Budgets werde nur die Propaganda für die Ziele unserer Partei sehr erschwert, denn die bürgerlichen Parteien könnten sagen, sie hätten einen so guten Etat aufgestellt, daß selbst die Sozialdemokraten demselben zugestimmt haben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Nach einem Schlusswort Piepmanns und einigen sachlichen Richtigstellungen von Robert Schmidt wurde die nachstehende von Dr. Wegl beantragte Resolution einstimmig angenommen.

Die Generalkonferenz des fünften Wahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden, insbesondere soweit sie die prinzipielle Haltung der Partei betreffen.

Mit aufrichtiger Genugtuung begrüßt die Versammlung die Haltung ihrer Delegierten in der Frage der Budgetbewilligung. Gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaat und der bürgerlichen Gesellschaft muß die sozialdemokratische Partei ihren Charakter als Partei des Klassenkampfes unverbrüchlich aufrechterhalten.

#### Sechster Wahlkreis

Den Bericht vom Parteitag gab Genosse Biehl. Einleitend betonte er, daß gemäß dem, was Singer schon in seiner Eröffnungsrede sagte, die Parteitagbeschlüsse bindend und unverbrüchlich für alle Parteigenossen im ganzen Reiche sein müssen. Der Redner schilderte dann unter Hinweis auf den ausführlichen Bericht des „Vorwärts“ kurz die wichtigsten Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse des Parteitages. Beim Bericht des Parteivorstandes erwähnte er, daß Berlin in der Stärke der Organisation und der Leistungen für die Parteifläche von anderen Städten und Kreisen übertroffen wird, was ein Ansporn zu größerem Eifer sein müsse, und äußerte mit Beziehung auf die Stellung der Partei zu den Lokalorganisationen, daß er bis zuletzt die Ansicht vertreten habe, dem Disziplinbruch sei wohl etwas Unrecht geschehen, dessen späteres Verhalten habe aber nun auch ihn zu der Überzeugung gebracht, daß er nicht zur Partei gehöre. In der Raiffeisfrage habe der Parteitag zu der Überzeugung kommen müssen, daß es nicht angebracht sei, die Unterstützungsmittel durch Sammlungen auszubringen. Zurzeit bestehe also nun in dieser Sache kein Abkommen zwischen Partei und Gewerkschaften, und man müsse abwarten, was bei den von neuem in Aussicht genommenen Beratungen herauskommen werde. Zur Budgetfrage führte der Redner aus: Wer Webers Rede auf dem Parteitag hörte, hätte sich sagen müssen, daß man ruhiger und sachlicher nicht darüber sprechen konnte. Die Partei könne die Verstreuer der süddeutschen Budgetbewilliger nicht mitmachen, sonst verliere sie den Klassenkampfcharakter. Erst hätten sie gesagt: „Gut und dann urteilt“, aber nachdem: „Ihr dürft keinen anderen Beschluß fassen, als wir wünschen, sonst fügen wir uns nicht“. Ihre Redner seien gegen einzelne Genossen persönlich mit einem solchen Grimm vorgegangen, daß man annehmen mußte, sie hätten es auf eine Spaltung abgesehen. Wir fühlten uns mit der übergroßen Mehrheit des Parteitages verpflichtet, für die Parteivorstandesresolution zu stimmen, denn die Prohme konnte unserer Meinung nach nicht gutgehen werden, weil sonst der Parteivorstand gleichsam als Puffer hätte gebraucht werden können, und auch weil bei Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und der betreffenden Landesorganisation keine Entscheidung möglich geworden wäre. Aus taktischen Gründen sei das Ergebnis der Abstimmung von der Mehrheit mit großer Ruhe angenommen worden. Nun habe man auf der anderen Seite gesagt, daß auch die Erklärung der 66 ruhig hingenommen wurde, und daß sich die Mehrheit deswegen auch damit einverstanden erklärt habe. Dies sei jedoch grundfalsch. Selbstverständlich sei es unabweisbare Pflicht aller, und auch jener Genossen, sich dem Beschluß des Parteitages unterzuordnen. Die Gründe, die die Budgetbewilliger anführten, waren so hinfällig, daß sie uns unmöglich überzeugen konnten. Um so mehr ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Parteitagbeschlüsse nicht mißachtet, die Partei nicht auf eine falsche Ebene gedrängt wird.

Ueber die Frauenkonferenz berichtete Genossin Raiffeis. Sie gab eine klare, zum Weiterstreben anfeuernde Uebersicht über die Fortschritte der Frauenorganisation und ihre Erfolge, sowie über die wichtigsten Beschlüsse der Konferenz, und hob dabei hervor, daß es nun jeder Genossin Pflicht ist, der Partei als Mitglied beizutreten, daß ja aber auch die alten Bildungsbereine dort fortbestehen, wo sie ein wirksames Mittel zur Förderung der geistigen Entwicklung der Frauen sind, und daß auch sonst besonders Veranstaltungen zur Aufklärung der Frauen ge-

troffen werden sollen. Diese Beschlüsse seien etwas ganz Selbstverständliches. Zum Wahlereinsbeitrag der Frauen bemerkte die Rednerin, daß Berlin der Empfehlung, ihn niedriger zu setzen als den der Männer, in überreichem Maße nachgekommen sei. Niedriger, als hier geschehen, hätte man den Beitrag der Genossinnen ja überhaupt nicht bemessen können. Ferner wies die Rednerin darauf hin, daß das Zentralbureau der Frauen bestehen bleibt und betonte, daß es sehr erfreulich sei, daß eine so tüchtige und verdiente Genossin, wie Fräulein Waaber, ihrer Tätigkeit erhalten bleibt und ihr eine andere Genossin zur Seite gestellt wurde. Außerdem macht sie auf das vorzügliche Referat der Genossin Dunder über die sozialistische Erziehung der Jugend im Hause aufmerksam, und hob dabei hervor, daß die Grundbedingung solcher Erziehung die Selbsterziehung der Eltern ist. Leider gäbe es noch Genossen, die, wenn sie über die Schwelle des Hauses träten, den Sozialisten ausziehen und die Schlafmütze des Philisters überziehen. Allen Genossinnen und Genossen sei das eifrige Studium jenes Referats und die Anschaffung der Broschüre der Referentin über die Jugenderziehung dringend zu empfehlen. Was die Jugendorganisation anbetrifft, so sei es wohl zu verstehen, daß die jungen Leute hierin selbständig sein wollen, und darum dürfe man die Selbstständigkeit ihrer Organisation nicht antasten. Ältere Parteigenossen müßten ihnen als Berater, aber keineswegs als Schulmeister zur Seite stehen. Die Rednerin schloß mit der Mahnung an die Genossinnen, nun auch unter der neuen Form der Organisation mit allem Eifer zu wirken und zu streben für das große Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse.

In der Diskussion bemerkte Genosse Rehbein, der Parteitag habe kein erfreuliches Bild geboten und nur wenig Positives gelehrt. So auch in der Haltung des Parteitages in der Raiffeisfrage. Nun bestche der alte unerfreuliche Zustand weiter, und die Gewerkschaften müßten das auslöffen, was die Partei ihnen eingebracht habe. Die nächste Raiffeisfrage werde die Kläglichste von allen sein. (Zuruf: Abwarten!) Zur Budgetfrage äußerte der Redner, daß er sich rückhaltlos auf den Standpunkt der süddeutschen Genossen stelle. Diese Frage sei für sich zu einer prinzipiellen gemacht, in Wirklichkeit sei sie eine Frage der Taktik. Was im Reiche und was in Preußen richtig sei, sei es damit noch nicht in anderen Staaten. Prohme Resolution sei wohl ein gangbarer Weg der Verständigung gewesen. Nun sehe man vor der Tatsache, daß die Süddeutschen sich nicht fügen würden, und dagegen müße alle Entrüstung nicht. In der Presse sei es tatsächlich so gewesen, wie der Genosse Weber schrieb: „Die „Leipziger Volkszeitung“ habe vorgeschrieben, der „Vorwärts“ nachzuspiffen, und dieser habe jene noch übertroffen.“ Als Zentralorgan habe der „Vorwärts“ die Aufgabe gehabt, die Gegenseite zu überbrücken. Der Redner äußerte sich auch wie die Fürsprecher der Budgetbewilligung über Bergewaltung des Parteitages in dieser Frage und brauchte dabei von den brandenburgischen Delegierten den Ausdruck „bezahlte Kohorte“, was, wie andere seiner Äußerungen, in der Versammlung scharfe Zwischenrufe zur Folge hatte. Er erwiderte darauf, daß die Zwischenrufer wohl jenes Wort nur im schlechten Sinne verstanden und nicht wußten, was es eigentlich bedeute. Der Redner schloß mit den Worten, daß die Einheitlichkeit der Partei um jeden Preis gewahrt werden müsse.

Genosse Dannenberger wandte sich entschieden gegen den Vorredner, gegen die Budgetbewilliger und ihren Anhang. Leiber sei es traditionell geworden, daß Akademiker, die zur Partei übertraten, wenn sie die Eigenschaften ihrer bürgerlichen Auffassung noch nicht einmal abgeworfen haben, mit Ehrenämtern überhäuft würden. So sei es auch mit Raurenbrecher geschehen, der ja erklärte, daß Wissen für die Lehrer gut sei, Theorie für die Arbeiter aber schädlich. Man fürchte eben auf jener Seite die Schulung der Parteigenossen. Zu bedauern sei es, daß sich ein großer Teil der Gewerkschaftsführer auf Seite der Revisionisten und Budgetbewilliger stelle. Er, Redner, müsse als Lokalist darauf hinweisen, daß seine Gewerkschaftsgenossen schon von jeher auf diese Gefahr der Preisgebung der Parteigrundsätze aufmerksam gemacht hätten, und darum sei es auch eine Inkonsequenz, wenn man jenen Revisionisten die größte Duldung angedeihen lasse und die Lokalisten aus der Partei ausschliesse. Daß eine wirklich befriedigende Regelung und Durchführung der Raiffeisfrage nicht erreicht werde, liege nicht an den Gewerkschaftsmittgliedern, sondern an ihren Führern. In der Budgetfrage hätte der Parteitag die Erklärung der 66 nicht mit Stillschweigen hinhinnehmen dürfen. Man sage ja: Wer schweigt, gibt zu! und darauf versteifen sich nun die Süddeutschen.

Genosse Weber spricht ebenfalls scharf und entschieden gegen Rehbeins Ausführungen. In der Raiffeisfrage habe Rehbein wieder den „großen theoretischen Behrsch“ aufgestellt, daß die Gewerkschaften das von der Partei Eingebrochene auslöffen müßten. Wir müssen und gegen den Vorwurf, der damit gegen die Gewerkschaften erhoben wird, als ob sie eine von der Partei vollständig verschiedene Organisation darstellen, ganz energisch widernden. Partei und Gewerkschaften seien doch eins, und eine große Anzahl Gewerkschaften erfüllen in der Partei ihre volle Schuldigkeit, wie auch umgekehrt die Parteigenossen in den Gewerkschaften. In der Budgetfrage habe Rehbein zu den bekannten fadenstänglichen Gründen der Süddeutschen einen neuen, sehr stichhaltigen Grund hinzugefügt. Wie er erklärte, habe die bayerische Regierung den Delegierten des Gliss- und Landarbeiterverbandes freie Fahrt gewährt. Aber auch dies und gleichfalls von Rehbein angeführte Grund, daß doch in Süddeutschland die Proletarier halbwegs als Menschen betrachtet werden, kann uns absolut nicht zwingen, für das Budget des Klassenstaates zu stimmen. Einen recht breiten Raum nahmen in den Ausführungen Rehbeins die Angriffe gegen den „Vorwärts“ ein, der im Schlepptau der „Leipziger Volkszeitung“ den Krakeel inszeniert hätte. Schon allein die Tatsache, daß Rehbein, der ja seit Lösung seines Arbeitsverhältnisses zum „Vorwärts“ ständig auf den „Vorwärts“ schimpft, mit der Haltung des „Vorwärts“ nicht einverstanden ist, spricht dafür, daß der „Vorwärts“ im Sinne der richtigen proletarischen Auffassung geschrieben hat. Unter Anführung einiger Äußerungen Eisners und Raurenbrechers erklärte der Redner, daß diese Art Akademiker die Wissenschaft zu einer Spottgeburt machen. So habe Raurenbrecher nach dem Bericht in Gorau-Fort erklärt, daß die Epigonen von Marx und Engels mit ihren theoretischen Anschauungen den Arbeitern die Köpfe verfleistern. Und das sagt ein Mann, der noch im Wahlkampf des Jahres 1908 im gegnerischen Lager stand, und der, behaftet mit dem Segenswunsche seines Freundes Raumann, er möge im alten Geiste weiter arbeiten, nachdem zur Partei kam. Wenn derartige Auffassungen, wie sie diese Akademiker vertreten, weiterpropagiert werden, kann wäre es freilich möglich, daß die Parteimitglieder sich so zuspähen, daß die Partei einmal mit derartigen Reibereien schlief macht und erklärt: Bis hierher und nicht weiter. Wohl hat Dannenberger recht, wenn er behauptet, daß die Revisionisten in den Gewerkschaften ihren Resonanzboden finden. Aber gerade diese Tatsache spricht dafür, daß die bisher lokalorganisierten Genossen in die Zentralverbände hineingehören. Nicht nur in der Budgetfrage haben sich die Genossen der höchsten Parteinstanz zu fügen, sondern auch in der Frage der Gewerkschaftsorganisation. Hoffentlich werden Genosse Dannenberger und seine Freunde sich als gute Demokraten dem Parteitagbeschlusse fügen.

Genosse Lebehour führte aus, Rehbein habe ein solches Fülle von Unrichtigkeiten angeführt, daß es an Zeit fehle, sie alle zu widerlegen. Der Redner widerlegt dann zunächst den schweren Vorwurf gegen die Berliner und Brandenburger Delegation und weist nach, daß man ihn mit weit mehr Recht gegen die süddeutschen Genossen erheben könnte, wie ja auch auf dem Parteitag festgestellt wurde, daß sich drei Fürsprecher der Budgetbewilligung ihre Mandate aus Neulingen von einer außerordentlich schwachen Parteioorganisation holten. Rehbein habe es fertiggebracht, die Genossen, die aus der Provinz Brandenburg delegiert wurden, als bezahlte Kohorte zu bezeichnen. Die Genossen, die hierüber durch Zwischenrufe ihre Entrüstung kund gaben, haben durchaus recht gehabt, wenn sie das Wort als bezahlte Soldner auffaßten. Wenn im Reichstag sich unsere schärfsten Gegner einen solchen Ausdruck erlauben wollten, so würde im ganzen Hause ein Sturm

der Entrüstung ausbrechen. Aber es ist ein alter Trick Rehbeins, die Genossen zu provozieren und sich dann als die verfolgte Unschuld hinzustellen, die man nicht ruhig ansprechen läßt. Rehbein ist in keiner Weise gehindert worden, seine Ausführungen zu vollenden. Der Redner widerlegt dann die verschiedenen Behauptungen Rehbeins, wie namentlich auch die, daß es sich bei der Budgetbewilligung um keine prinzipielle Frage handeln sollte, und führt ferner aus, daß, als er (Redner) auf Aufforderung der Genossen in Gmünd und Göttingen dort über die Frage referierte, sich die Versammlungen durchaus auf seine Seite stellten. Die Budgetbewilligung wurden bei den württembergischen Genossen glänzend abfallen. Und wenn die paar Frondeure in Süddeutschland es wirklich zum Kraus treiben sollten, würden sie binnen wenigen Jahren hinweggefegt sein. Die Süddeutschen seien ebenso gute Genossen wie die Norddeutschen und würden es sich auf die Dauer sicherlich nicht gefallen lassen, was ihnen von jenen Führern zugemutet wird.

Hierauf wurde — es war 12 Uhr — ein Antrag auf Debatten-schluß angenommen; 14 Redner waren noch eingezeichnet. — Die Versammlung erklärte sich sodann mit allen gegen drei Stimmen mit dem Beschluß des Parteitages einverstanden.

Hierauf gab Genosse Dobrobia einen mit Rücksicht auf die späte Stunde kurzen Bericht über die Provinzialkonferenz, wobei er auch seinerseits die Behauptung widerlegte, die Genossen in Berlin und der Provinz hätten den Parteitag durch Mandats-häufung vergewaltigt.

Zum Schluß der Versammlung bemerkte der zweite Vorsitzende, Genosse Brunner, daß Anträge auf Ausschluß lokalorganisierter Genossen eingegangen seien. Man möge jedoch mit solchen Anträgen vorläufig zurückhalten. Soweit die Person Biesenthal in Frage komme, sei ja die Sache erledigt. Im übrigen sollten die Parteigenossen zunächst einmal jede Gelegenheit benutzen, um jene, die noch Mitglieder der Lokalorganisationen sind, für die vom Parteitag als allein berechtigt anerkannte Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen.

Die Versammlung endete mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

## Soziales.

### Kündigungsausschluß und Tagelohn.

Hiel Maurer klagte vor der Kammer 8 des Berliner Gewerbe-gerichts auf Zahlung je eines Tagelohnes abzüglich 1,20 Mark, die sie bereits erhalten hätten. Die Kläger, die unter Kündigungsausschluß standen, hatten vormittags gewünscht, man solle ihnen zum Abend Buch und Karte in Ordnung bringen. Der Postler entließ sie darauf sofort. Die Kammer unter Vorsitz Dr. Peravers riet zur Zahlung der Klagesumme (je 6 Mark) und einer Ver-säumnisgebühr. Beklagter war in einem Termin nicht vertreten gewesen. Der Gerichtshof ging davon aus, daß der Tag die Arbeitseinheit bei Kündigungsausschluß sei, abgesehen von den

Fällen, wo eine stündliche Lösung vereinbart ist. Der Tag sei hier voll zu bezahlen. Der Beklagte zahlte dann auch im Vergleichsweg jedem Kläger 8,10 Mark, nämlich 6 Mark Lohn und 2,10 Mark Ver-säumnisgebühr.

### Gegen die Gesellschaft „Augenwohl“

Klagte der Drogist R. beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung restierender Gehalts und auf Gewährung einer Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Als Restgehalt beanspruchte er 170 M. für den Juni und eine kleinere Summe aus dem Mai, als Entschädigung das Gehalt für Juli bis Ende September. R. hatte seinerzeit die Stellung auf eine Annonce hin erhalten, in der es ungefähr hieß: „Drogist gesucht, der ein Präparat herstellen kann.“ Die ersten vier Monate war er gegen 2,50 M. pro Tag beschäftigt, nachdem erhielt er 100 M. pro Monat. Als er dann ins Ausland geschickt wurde, um dort Filialen einzurichten und „Augenwohl“ herzustellen, bekam er pro Monat 200 Kronen und Verpflegung. Zuletzt war er in Paris, wo 8 bis 14 Mädchen unter seiner Leitung standen. Er kam dann nach Berlin zurück und sollte als Geschäftsführer nach London gehen. Der Vertreter des Direktors nahm jedoch an den Aufstellungen über die Betriebsausgaben in Paris Anstoß, verweigerte ihm das Geld, das R. an sich zu beanspruchen hatte und verlangte, daß R. bis zur Rückkunft des Direktors von der Reise sich irgendwie im Bureau beschäftige. Der Kläger nahm an, daß von ihm verlangt werde, Adressen zu schreiben und dergleichen Arbeiten zu verrichten. Er weigerte sich und wurde darauf entlassen. Diese Entlassung erklärte er in der Verhandlung am Sonnabend für ungerechtfertigt und er bestritt auch, zuviel als Pariser Ausgaben angelegt zu haben. Eine besondere Rolle spielte die Menge des in Paris verbrauchten Spirit, wofür Kläger 1102 Frank der Gesellschaft in Rechnung gestellt hatte. — Die Vertreter der Gesellschaft erklärten das für viel zu viel, während der Kläger behauptete, er habe den Spirit in Paris so teuer aufkaufen müssen. Der für den angelegten Betrag gelaufte Spirit sei in der unter ihm in Paris produzierten Menge des „Augenwohl“ enthalten. — Die Gesellschaft hatte zum Zwecke des Gegenbeweises eine Analyse von in Berlin hergestelltem „Augenwohl“ vornehmen lassen, um zu zeigen, daß bei dem von ihr vorgeschriebenen Prozentgehalt Alkohol keine 1200 Frank für Spirit in Paris draufgegangen sein könnten. — Der Kläger behauptete mit Bezug auf die chemisch analysierte Probe, daß die Gesellschaft das „Augenwohl“ für das Polizeipräsidium und die Gerichte immer extra herstellen ließe.

Zur Frage der Entlassung bemerkte der Vertreter der beklagten Gesellschaft, daß Kläger entlassen sei, weil er sich mehrmals geweigert hätte, im Bureau zu arbeiten, wie andere. Der Herr war der Meinung, daß Kläger verpflichtet gewesen wäre, jede Arbeit im Bureau, die er ihm anweisen würde, zu machen.

Die Kammer 8 unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Schulz verurteilte die Gesellschaft, an den Kläger 185 M. zu zahlen. Mit der Mehrforderung wurde der Kläger abgewiesen. Gründe: Bezüglich des rückständigen Gehalts greife § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

ein, wonach eine Aufrechnung gegen eine Forderung nicht statfinde, soweit die Forderung der Pfändung nicht unterliege. Beträge bis zu 125 M. monatlich könnten danach nicht einbehalten werden. Vom verdienten Juni-lohn würden dem Kläger 125 M. zugesprochen, wozu 10 M. vom Mai hinzulämen. Bezüglich des Mehrbetrags des rückständigen Gehalts sei ein Recht zur vorläufigen Einbe-haltung deshalb anerkannt worden, weil Kläger nach der vom Gerichtshof gewonnenen Uebersetzung unmöglich für 1100 Frank Spirit verbraucht haben könne. Wenn man zugunsten des Klägers rechne, kämen vielleicht 500 Frank heraus. Für den Mehrbetrag müsse er haften. — Kläger könne auch nicht eine Entschädigung wegen vorzeitiger Entlassung fordern. Der Vertreter der Gesell-schaft sei berechtigt gewesen, ihn nach der Pariser Zeit vorläufig im Bureau zu beschäftigen, allerdings mit einer angemessenen Arbeit. Daß ihm eine unangemessene Arbeit zugemutet werden sollte, habe nicht festgestellt werden können. Kläger habe nach Annahme des Gerichts nur befürchtet, man würde ihn mit dem Schreiben von Adressen beschäftigen. Diese bloße Befürchtung habe ihn aber nicht berechtigt, die Arbeit im Bureau zu verweigern. Wegen der Weigerung sei die Entlassung berechtigt.

Das Urteil enthält eine irrtige, dem Arbeiter nachteilige Aus-legung des Lohnbeschlagnahmengesetzes. Auf diese dem Gesetz wider-sprechende Auslegung haben wir wiederholt gegenwärtig in anderen Gerichte hingewiesen. Nach dem Lohnbeschlagnahmengesetz ist der Lohn unpfändbar. § 4 des Lohnbeschlagnahmengesetzes er-klärt, daß das Lohnbeschlagnahmeverbot keine Anwendung finden solle auf Alimentenansprüche, auf nicht länger als seit 3 Monaten fällige Steuerbeträge und — insoweit der Gesamtbetrag der Vergütung die Summe von 1500 M. für das Jahr nicht übersteigt. — Es ist also lediglich der 1500 M. Jahresbetrag übersteigende Lohn pfändbar. Eine Auslegung des Gesetzes als ob in demselben stünde: „insoweit der Monatsbetrag 125 M.“ oder „insoweit der Tagesbetrag 8,11 M.“ übersteigt, ist eine mit dem Wortlaut der Entstehungsgeschichte des § 4 unüber-einbare Beschränkung des Beschlagnahmeverbots. Sie ist genau so gesetzwidrig als wenn die Pfändungen von Beamtengehältern (von diesen darf nur 1/3 des 1500 M. übersteigenden Jahresbetrags gepfändet werden) 1/3 des 125 M. monatlich übersteigenden Gehalts gepfändet würde. Wegen dieser seit einigen Jahren in die Praxis eingeführte Beschränkung des zum Schutz des Arbeiters erlassenen Pfändungsverbots kann nicht energig genug protestiert werden. Die enormen Belastungen des Arbeiters erschöpfen keine Herab-setzung, sondern eine Erhöhung des Existenzminimums.

**Kauflicher Marktbericht** der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag; Zufuhr (Schmalz, Geschält) mäßig, Preise unverändert. Eilich: Zufuhr genügend, Geschält lebhaft, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschält nicht lebhaft genug, Preise nicht beständig. Fische: Zufuhr genügend, Geschält sehr träge, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschält ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr genügend, Geschält ruhig, Preise wenig verändert.

# DENKMÄLER der Bekleidungskunst

In Winter-Moden 1908/09 bietet unser soeben erschienener **Haupt-Katalog No. 35**

Dieses vortrefflichen Ratgebers beim Einkauf von **Herrn- und Knaben-Kleidung** beliebt sich jeder zu bedienen.

Derselbe wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt.

Das 42 Seiten starke Buch veranschaulicht mit seinen Hunderten von deutschen und englischen Kostümen entworfenen Moden und den vielen Tausenden Angeboten die staunenswerten Leistungen und die gewaltigen Fortschritte unserer seit zirka 18 Jahren sich eines besten Welt Rufes erfreuenden Firma.

## Baer Sohn

SPEZIAL-HAUS  
größten Maßstabes  
Chausseestr. 29-30  
11 Brückenstrasse 11  
Gr. Frankfurterstr. 20



Tausende

ausgeforderter  
Anerkennungsschreiben

aus allen Weltteilen  
beweisen die Beachtung  
und Preiswürdigkeit  
unserer guten Waren.



FL. 1.50 u. 2.00  
**Kraft-Rotwein**

In Apotheken, Drogen- u. Delikatessen-Geschäften, steht unt. ständiger Kontrolle d. chem. Laborator. Dr. C. Bischoff

Ich liefere  
**auf Kredit**  
an Jedermann  
**Möbel**  
Polsterwaren  
Köchl. Wohnungs- u.  
Küchen-Einrichtungen  
Herrn- und Damen-  
Garderobe  
Leib- und Bettwäsche  
Betten, Steppdecken  
Teppiche, Gardinen  
Portieren, Bilder, Uhren  
Gas- u. Petroleumkronen  
eventuell alten Kunden  
**ohne Anzahlung**  
bei  
kleinster Abzahlung  
Möbel- u. Waren-Kredit-Baus  
**S. Dorn**  
Alle Schönhauser  
Straße 8  
Am Tor.

**Gras-Kuhbutter**  
Liefert franco garant. naturrein 10 Pfd.  
Kostl. 7 M., 5 Pfd. Kostl. 4,25 M. Toni  
Andermann, Suozacz No. 2 via Breslau.

**CREDIT**  
An ALLE  
**Wilhelm Misch**  
Möbel-Spezial-Geschäft  
Bar- oder Teilzahlung.  
Or. Frankfurterstr. 45-46. I. u. II.

**Tanz-Lehrinstitut Richard Heinrich**  
im Festsaal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelshof 15.  
**Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 3 Uhr,**  
beginnt der **Hauptkursus** in dieser Saison.  
Anmeldungen werden in meiner Wohnung sowie vor  
Beginn des Unterrichts entgegengenommen. 4418L\*  
Hochachtungsvoll  
**Richard Heinrich, Tanzlehrer, Wrangelstr. 107, Amt 4, 10581.**  
Jeden Sonntag **Große Gesellschaftsstunde,**  
von 6 Uhr ab; wozu ergebenst einladet  
D. O.

**Möbel.**  
Komplette Wohnungseinrichtungen.  
Billigste Preise. Teilzahlung gestattet.  
**Otto Piehl, Brunnenstraße No. 120.**  
Amt III, 7209. Katalog gratis und franko.

# Sie suchen keinen anderen

Kaffee-Ersatz mehr, wenn Sie Kathreiners Malzkaffee kennen.

Mißstände bei der Hochbahngesellschaft.

In verhältnismäßig kurzer Zeit hat sich die Berliner Bevölkerung über das Hochbahnunglück beunruhigt. Es ist dies kein Wunder, waren doch genug Federn bereit, der Hochbahnverwaltung trotz des schweren Unglücks noch Lobesartikel zu widmen über ihre großartigen Anlagen, an denen es ja nicht gelegen habe.

Keine Anklage als Sachmann richtet sich gegen die staatliche Aufsichtsbehörde und gegen die höheren theoretischen und praktischen Leiter der Hochbahngesellschaft. Die Öffentlichkeit, die Berliner Bevölkerung, die der Gesellschaft vertrauensvoll auf kürzere Zeit ihr Leben anvertraut, hat ein Interesse, zu erfahren, wie es hinter den Kulissen der Hochbahngesellschaft aussieht.

Den Dienstturnus für die Zugführer und Zugbegleiter arbeitet ein Herr Betriebsmeister Rosenfeldt aus.

Der Dienst dauert für die Zugführer und Begleiter 8 Stunden und 23 Minuten täglich. Um nun wenigstens dreimal im Monat einen Tag frei zu bekommen, muß das Fahrpersonal täglich 1 Stunde länger arbeiten, also 9 Stunden 23 Minuten oder mehr 30 Stunden pro Monat.

Table with 2 columns: 'um 5 1/2 den Dienst an und hört 3 1/2 auf' and 'oder'. Rows show various time intervals and their corresponding durations.

Dieser Turnus steht viel spezialisiert auf dem Papier und wird auch so vom Fahrpersonal gehalten. Es kommt aber bei Licht besehen eine ganz andere Fahrzeit heraus. Die Fahrer und Zugbegleiter hat 10-20 Minuten vor der obengenannten Abfahrzeit seines Zuges da zu sein. Ganz gleichgültig ist es, wo seine Fahrt endet oder anfängt, Leipziger Platz oder Warschauer Brücke.

In diesen 9 resp. 4 Minuten soll der Zug fertig zur Abfahrt bereitgemacht werden. Der Zugbegleiter hat z. B. den Zug zu revidieren, ob Sachen liegen geblieben sind (Kundensachen), ob nach Vorschrift der Betriebsvorschriften sämtliche Schlußfenster und Luftklappen geöffnet oder geschlossen sind und hat zuguterletzt die Zugrichtung zu schildern, die Wageninsignien richtig zu stellen.

Richtig ist es nach unserer Meinung nicht, aber was können wir gegen solche „Verunsicherungen“ machen?

Doch nun zum zweiten Punkt, der die staatliche Aufsicht betrifft. Verschiedenen von dem Fahrpersonal ist nie klar gewesen, wie es möglich ist, daß die Aufsichtsbehörde es zugeben konnte, daß dort in diesem kleinen Kasten der Hochbahnzüge eine Person die Führung und Verantwortung eines Zuges, worin manchmal über 150-200 Menschen gepreßt sitzen und stehen, übernehmen muß.

bei obigen Zufällen, der Zug muß schon noch einmal in Betrieb gesetzt werden, da wir keinen anderen Zug zur Verfügung haben. Die Vorgesetzten des Fahrpersonals setzen sich zusammen aus dem Herrn Betriebsdirektor Pawel, der scheinbar wenig Zeit für das Personal übrig hat, ihm folgt ein Herr Betriebsoberingenieur Schulz und Herr Betriebsingenieur Dübel.

Dem Herrn Betriebsmeister Rosenfeldt, der Sachmann ist, da er Straßenbahnführer war, stehen zwei Assistenten (Betriebsvorsteher Herrmann und Sandmann), auch Handleute, da früher Droschkensführer und Streckenarbeiter, zur Seite.

Das selbst Verordnungen von höheren Beamten manchmal aus lauter Widersprüchen zusammengemotet sind, beweist die Hochbahnleitung oft. Es ist vorgekommen, daß Fahrpersonal 2-3 Monate keinen freien Tag bekommen hat, da das Personal knapp war.

Das Advancement bei der Hochbahngesellschaft geht wie folgt vor sich. Jeder Bahnsteigwärtler kann zum Zugführer avancieren; als Bahnsteigwärtler bezieht er 100 M. Gehalt, davon gehen ohne etwaige Strafen 7-8 M. Kassen- und Kleidergeld ab.

Wird ein Bahnsteigwärtler zum Zugführer ausgebildet, so erhält er drei Tage Anstellung vom Betriebsingenieur, nachdem fährt er drei Tage mit einem Zugführer mit, der ihn praktisch ausbilden soll.

Ganz merkwürdig wird der Leser es finden, daß bei diesen Prüfungen niemand von der Aufsichtsbehörde anwesend ist. Früher soll es einmal anders gewesen sein. Besteht also der Wärter die Prüfung, so kann er in 2-3 Monaten angestellt werden und erhält dann 115 M.

Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.

Ferner ersuchen wir die Genossen, die Parteitagslisten umgehend beim ersten Vorkommenden abzurechnen. Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Die Eröffnung der Bibliothek findet Sonnabend, den 3. Oktober, statt. Dieselbe befindet sich beim Genossen Gundlach, Marktgraben 3.

Börsdorf. Am Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant Gallenrug (Villa Kahl) eine öffentliche Volksversammlung für Börsdorf und Umgebung statt.

Der Astronom auf der Straße. Es ist Abend. Abend in der Großstadt. Im Norden Berlins flutet der Menschenstrom wie eine riesige endlose Schlange die Straße entlang.

Berliner Nachrichten.

Der Astronom auf der Straße. Es ist Abend. Abend in der Großstadt. Im Norden Berlins flutet der Menschenstrom wie eine riesige endlose Schlange die Straße entlang.

Es ist Abend. Abend in der Großstadt. Im Norden Berlins flutet der Menschenstrom wie eine riesige endlose Schlange die Straße entlang. Aus dem Eingang des Bahnhofes wälzen sich in kurzen Zwischenräumen neue Scharen. Jeder ankommende Zug speit reichlichen Inhalt aus.

dabon. Der Astronom von der Straße fährt aber unbeirrt fort in seiner Erklärung: „Jeder einzelne von die Ringe ist vom andern viele hundert Meilen entfernt. Die kleinen Sterne, was sie so drum rum sehen, det sind Monde oder Trabanten. Der Saturn hat kein eigenes Licht, er kriegt sein Licht von die Sonne. Wohnen tut uff'n Saturn och niemand.“

Ein älteres Ehepaar bleibt auch stehen. Sie gehen zu irgend einer Familienfeier. Vater im roten Rock und Zylinder, Mutter in ihrem schwarzseidenen „Besten“.

Die neue Bäckereiverordnung soll so human wie möglich gehandhabt werden. Das ist einer Abordnung der Bäckereinnung und der Grundbesitzervereine, die man auf dem Polizeipräsidium in Schöneberg empfing, durch den Geheimrat Hartmann berichtet worden.

Aus der städtischen Schuldeputation. In der letzten Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde unter anderem beschlossen, vom 1. April n. J. ab auf die der Schuldeputation zustehende Schulaufsicht zu verzichten soweit Privatschulen in Betracht kommen.

Die Abteilung Erholungsstätten des Volkshilfsvereins vom roten Kreuz, welche sich zum Ziel gesetzt hat, der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins in der Umgegend der Hauptstadt Stätten zu errichten, in denen erholungsbedürftige Männer und Frauen sowie krankliche Kinder durch Tagesaufenthalt in gesunder Waldluft bei zweckdienlicher Verpflegung Kräftigung und Genesung finden können, hat auch in diesem Sommer sechs Wald-erholungsstätten in Betrieb gehabt.

Die Abteilung Erholungsstätten des Volkshilfsvereins vom roten Kreuz, welche sich zum Ziel gesetzt hat, der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins in der Umgegend der Hauptstadt Stätten zu errichten, in denen erholungsbedürftige Männer und Frauen sowie krankliche Kinder durch Tagesaufenthalt in gesunder Waldluft bei zweckdienlicher Verpflegung Kräftigung und Genesung finden können, hat auch in diesem Sommer sechs Wald-erholungsstätten in Betrieb gehabt.

Die Abteilung Erholungsstätten des Volkshilfsvereins vom roten Kreuz, welche sich zum Ziel gesetzt hat, der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins in der Umgegend der Hauptstadt Stätten zu errichten, in denen erholungsbedürftige Männer und Frauen sowie krankliche Kinder durch Tagesaufenthalt in gesunder Waldluft bei zweckdienlicher Verpflegung Kräftigung und Genesung finden können, hat auch in diesem Sommer sechs Wald-erholungsstätten in Betrieb gehabt.

in Eichkamp wird in diesem Winter nicht mehr eröffnet, sondern zum nächsten Sommer in eine Kindererholungsstätte umgewandelt. Die königliche Eisenbahndirektion gewährt den Patienten darüber besondere Fahrermäßigung, daß sie die Benutzung von Arbeiterwochenkarten gestattet.

Nähere Auskunft erteilt das Bureau der Erholungsstätten vom Roten Kreuz, Berlin SW. 68, Friedrichstr. 207, Hof rechts 2 Tr., geöffnet von 10—1 Uhr vormittags, woselbst auch die Anmeldungen entgegengenommen werden.

**Einen verzweifelten Kampf um ihr Leben führten zwei Männer, die gestern auf dem Seddiner See in einem Segelboot untergekommen hatten.** Der Kaufmann R. aus Berlin fuhr mit einem befreundeten Geschäftsmann aus Oranienburg in dem ihm gehörigen Fahrzeug auf dem genannten Gewässer, als plötzlich, vermutlich infolge eines falschen Manövers, das Boot kenterte und die Insassen in das Wasser stürzten. Die Lage der beiden Männer war eine um so gefährlichere, als sie des Schwimmens nicht kundig, weit und breit aber kein anderes Fahrzeug zu sehen war. Es gelang zwar den Berunglückten, sich an dem Boot anzuklammern, doch trieben sie mit diesem fast eine halbe Stunde lang im Wasser umher, bevor auf ihre Hilfe in einem Restaurant ein Kahn freigegeben und nach der Unfallstelle gefahren werden konnte. Die Retter kamen gerade zurecht, um beide Männer, die schon erstarrt waren und sich nur mühsam noch auf dem Wasser zu halten vermochten, aufzunehmen.

**Auf der Unfallstation am Tempelhofer Ufer** sind zahlreiche Gegenstände zurückgelassen, welche den Verletzten bei der Hochbahnkatastrophe, soweit diese dort die erste Hilfe erhielten, gehören und auf der Station zurückgelassen worden sind. Da diese Sachen von den Eigentümern bisher nicht reklamiert worden, sind sie nunmehr der Polizei übergeben und können dort von den Empfangsberechtigten abgeholt werden.

**Auf dem Friedhof** erhängt hat sich gestern ein unbekannter etwa 40jähriger Selbstmörder. Der Leichnam wurde auf dem jüdischen Friedhof in Weihensee erhängt aufgefunden. Ansehen handelt es sich um einen Kaufmann G. aus der Greifswalder Straße.

**Ein Massenangebot von jugendlichen Arbeitskräften** hat trotz miserabler Bezahlung von monatlich 30 M. das im „Lokalanzeiger“ enthaltene von uns kurz gewürdigte Inserat der Firma Wehner, Besselstraße 17, begeistert, in dem junge Mädchen zur Kontorarbeit gesucht wurden. Wie uns ein Leier mittelteil, haben sich nicht weniger denn 50 Mädchen gemeldet. Auch ein Beweis für die immer noch herrschende Arbeitslosigkeit, die von gewissen Arbeitgebern in der schlimmsten Weise in eigenem Interesse ausgenutzt wird.

**Von einem traurigen Gesdick** ist vorgestern Abend der achtjährige Schüler Erwin Gold aus der Diefenthaler Straße 15 ereilt worden. Der Kleine ist taubstumm. Als er vorgestern Abend mit einigen Knaben auf der Straße spielte, kam ein Lastwagen in schnellem Tempo herangefahren. Während es den Spielkameraden gelang, den schreienden Bürgersteig zu erreichen, hatte G. das Herankommen des Fuhrwerks nicht gehört und so wurde er von dem rechten Bordrand niedergedrückt und überfahren. Der rechte Oberarm wurde dem bedauernswerten Kinde fast vollständig zerschmettert. Die Sehnen wurden gerissen und die Seidentelle zerfleischt. In bedenklichem Zustand fand der Schwerverletzte im städtischen Kinderkrankenhaus Aufnahme.

#### Arbeiterleben und Dividendenjagd.

Unter dieser Überschrift lesen wir in der „Brauereiarbeiter-Zeitung“:

„Im Flaschenkeller der Schultheiß-Brauerei, Abteilung II, wurde u. a. auch der Antreiber August Nagdorf mit Malerarbeiten beschäftigt. Beim Antreiben der Wasserrohre, welche zirka 80 Zentimeter von der Transmissionswelle entfernt liegen, wurde er von dieser erfasst, aufgewickelt und nach mehreren Umdrehungen vollständig entleitet und tot zu Boden geschleudert. (Ueber das Unglück haben wir bereits kurz berichtet. Red. d. „N.“) Wir werfen nunmehr die Frage auf: Hatte die Leitung der Schultheiß-Brauerei alles getan, um derartige Unglücksfälle zu verhindern? Wir müssen diese Frage entschieden verneinen. Erstens hätten diese Arbeiten überhaupt nicht während des Ganges der Maschine stattfinden dürfen, und wenn, dann hätte man einen Mann wie Nagdorf, der doch nur vorübergehend und aus Hilfsweise beschäftigt wurde, nicht mit Arbeiten an solchen gefährlichen Stellen betrauen dürfen. Zweitens, und hierin liegt wohl der Hauptgrund des Unglücks, hätte man bei solchen Arbeiten die bei Schultheiß so beliebte Treiberei beiseite lassen sollen. Wenn die Arbeiten nun einmal bis zum Beginn der Ausstellung für das Brauergewerbe fertiggestellt werden sollten, so hätte man damit früher beginnen sollen, denn die Geschäftsperiode läßt dieses zweifellos zu. Nachdem das Unglück geschehen war, und dies kennzeichnet die Dividendenwirtschaft der Schultheiß-Brauerei auf das deutlichste, wurde von der Direktion der Befehl erteilt, die Sachen des Nagdorf abzuwickeln und weiterzuarbeiten. Erst auf Einspruch des Arbeiterausschusses wurde dies verhindert und gewartet, bis der zuständige polizeiliche Revisionsvorstand erschien und verfügte, daß die Sachen des Nagdorf an der Transmissionswelle festgebunden und erst dann weitergearbeitet werden dürfe. Es zeigt sich hier wieder einmal deutlich, was dem Unternehmer ein Menschenleben gilt, wenn es sich um einen Arbeiter handelt. Einer solchen, den Arbeiter um Leben und Gesundheit bringenden Treiberei kann nur eine stramme Organisation ein Ende machen.“

**Zu rekonstruieren.** Am 28. d. M. wurde an der Weidenhammerbrücke aus der Spree die Leiche eines 25 bis 30 Jahre alten, dem Arbeiterstande angehörenden Mannes gefolgt. Sie ist 1,56 Meter groß, unterseht, hat volles dunkelblondes Haar, rotblonden Schnurrbart, gut erhaltenes Zähne und ist bekleidet mit grauem Normalhemd, dunkler Kammgarnhose, graugestreiften Gummigüßhofenträgern, weißer Normalunterhose, grauwollenen Strümpfen, gezeichnet A. N., schwarzen Schnürschuhen, farbigen langen Schlips und weißem Feinwandkragen. Die Leiche, welche etwa 8—10 Tage im Wasser gelegen hat, befindet sich im Schauhaus, Hannoverische Straße 6.

**Feuerwerksbericht.** Gestern früh um 5 Uhr kam in der Brenzlauer Allee 68 Feuer aus. Dort brannten in einem Holzschuppen Stroh und aller Hausrat usw. Der Automobiler war schnell zur Stelle und es gelang, den Brand mit einem Kohre zu löschen. Risten, Säcke u. a. brannten in dem Trockenraum einer Tischlerei. Der 12. Zug hatte in der Hohenzollernstraße 17 zu tun, wo in einem Keller Kohlen usw. brannten. In der Immanuelstraße 7 brannte in einem Keller über einer Lampe ein Brett. Zum Glück wurde die Gefahr bald bemerkt und es gelang, sie schnell zu besänftigen. An der Kottbuser Brücke brannte auf offener Straße Benzin und Teer. Die Feuerwehre löschte die Flammen durch Aufwerfen von Sand. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde die Wehr nach der Willdenowstraße 1 alarmiert. Ferner wurden noch Brände aus der Neuen Königstraße 46, Wohmannstraße 18, Lühovstraße 87 u. a. Stellen gemeldet.

## Vorort-Nachrichten. Der Nürnberger Parteitag.

In den Organisationen der Partei steht zurzeit die Berichterstattung vom Parteitag im Vordergrund des politischen Lebens. Auch in dieser Woche haben in verschiedenen Vororten Versammlungen der Wahlweise stattgefunden; in einigen kam man mit der Diskussion nicht zu Ende und soll diese in einer späteren Versammlung fortgesetzt werden. In den zum Abschluß gebrachten Versammlungen stellte sich die übergroße Mehrheit der Genossen auf den Standpunkt der Parteivorstandsresolution. Die von den

Versammlungen angenommenen Resolutionen bringen scharf zum Ausdruck, daß eine Politik des Entgegenkommens gegenüber dem heutigen Klassenstaat auf die Partei schädigend und korrumpierend wirken würde.

In der Charlottenburger Versammlung gab Genosse Zubeil den Bericht. Er führte etwa aus: Dieser Parteitag wird in der Geschichte der Partei eine bleibende Stätte finden, er hat die Erwartungen der bürgerlichen Parteien nicht erfüllt, nicht gefällige Auseinandersetzungen haben auf ihm stattgefunden, sondern in ruhiger und sachlicher Weise ist diskutiert worden. Die Frage der Frauenorganisation ist zu einer endgültigen Klärung nicht gelangt, sondern einer Kommission überwiesen, der auch sämtliche andere Organisationsfragen mit überwiesen sind. Man muß auch zugeben, daß Mann und Frau vielfach nicht zugleich den Jahlabend besuchen können und daß deshalb Sonderveranstaltungen für die Frauen notwendig sind. Dagegen zeigte sich in der Frage der Jugendorganisation ein gewaltiger Unterschied der Auffassungen der Parteigenossen aus Nord und Süd. Im Norden will man der Jugend eine umfassende Bildung geben und sie zum Selbstdenken und zur Selbstständigkeit erziehen. Im Süden dagegen will man sich mit einer Halb- oder Halbbildung begnügen, wie vor allem das von Naumburger in der „Frankfurter Tagespost“ veröffentlichte, von Eisner gebilligte Lehrprogramm zeigt. Ich bin überzeugt, daß die Organisationskommission schon im nächsten Jahre Vorschläge wird machen müssen, welche fast des verabschiedeten Nürnberger Beschlusses eine selbständige Jugendorganisation für ganz Deutschland schaffen werden.

In der Naifeierfrage ist es aufs höchste zu beklagen, daß im Laufe der Jahre durch die Arbeiterschaft selbst ein Stück des Klassenkampfcharakters losgerückt ist. Aufs entschiedenste muß bestritten werden, daß es richtig war, daß von unseren Zentralverbänden die Unterstützungsfrage in den Vordergrund gestellt wurde. Ganz unangehörig ist es auch, daß der Parteivorstand bei der Erledigung einer so wichtigen Frage unsere Organisationen ganz ausschaltete und den Parteigenossen einfach eine Uebereinkunft zwischen ihm und der Generalkommission vorlegte, vor der die Parteigenossen als vollkommene Tatsache stehen. Der Gewerkschaftslogreß hat diese Uebereinkunft ja angenommen. Der Parteitag aber hat dem Parteivorstand eine schallende Ohrfeige versetzt, indem er den entscheidenden Passus über die Regelung der Unterstützung der Naiausgeperrten ablehnte und den Parteivorstand zu erneuten Verhandlungen mit der Generalkommission beauftragte; diese Ohrfeige wird sehr heilsam sein, denn der Parteivorstand wird sich daran gewöhnen, solche wichtigen Fragen zunächst den Parteioptionen vorzulegen. Sehr bedauerlich ist es, daß durch den Schluß der Debatte auf dem Parteitag keine Gelegenheit gegeben war, dem Genossen Robert Schmidt entgegenzutreten, der dem Parteitag unrichtige Zahlen über die Kosten der letzten Naiaussperrung angegeben hat; er sagte, der Holzarbeiterverband hätte bei der letzten Naiaussperrung 150 000 M. an Unterstützungen zahlen müssen, tatsächlich sind aber von der Berliner Organisation bei 22 000 bis 24 000 Mitgliedern nur 35 000 M. gezahlt worden, alles übrige fällt auf die Arbeitslosenunterstützung.

Ich werde mich nun zur wichtigsten Frage, die den Parteitag beschäftigte, der Frage der Budgetbewilligung. Sollte es eintreten, daß die Süddeutschen sich um den Parteitagbeschlusch nicht kümmern, so wollen wir hoffen, daß dann tabula rasa gemacht wird. (Beifall.) Nichts kann schädlicher für die Partei sein, als die andauernde Wiederholung solcher Erörterungen. In Dresden schied der Revisionismus erst einige Vorposten vor und ließ einige derselben — Vorposten stehen ja immer auf der gefährlichsten Seite — wenigstens äußerlich auch fallen. Seit Dresden hat der Revisionismus gewaltige Fortschritte gemacht. In Nürnberg war es der organisierte Revisionismus, der in der Budgetfrage den Vorstoß gegen die Prinzipien der Partei unternommen hat. Es ist den süddeutschen Parlamentariern nicht gelungen, die übergroße Mehrheit der Parteigenossen davon zu überzeugen, daß sie nicht gegen das Prinzip gehandelt haben. Sie werden es sich noch überlegen, ob sie der bekannten Erklärung der 66 die Tat werden folgen lassen. Wir verlangen in der Partei nicht Kadavergehorsam, wohl aber muß Disziplin herrschen. Können sie nicht Disziplin halten, so muß das Tischstuch zwischen ihnen und uns geschritten werden. Sie behaupten, sie hätten 95 Proz. der süddeutschen Genossen hinter sich. Andere süddeutsche Delegierte, speziell auch solche aus ländlichen Bezirken, behaupten, daß noch nicht 10 Proz. hinter den revisionistischen Parlamentariern stehen, welche die Genossen nach ihrem Willen lenken und leiten zu können glauben. Solange der Parteitagbeschlusch besteht, müssen die Süddeutschen unweigerlich danach handeln oder sie gehören nicht mehr in den Rahmen der Parteiorganisation hinein. An den Parteivorstand müssen wir das unbedingte Verlangen stellen, seine Pflicht zu erfüllen, und wir müssen darüber wachen, daß er sie tut. Sowohl in der Naifeierfrage, in der Frage der Jugendorganisation und auch in der Budgetfrage hat der Parteivorstand durch seine Halbheit einen großen Teil der Schuld an den jetzigen Zuständen in der Partei. Wir verlangen von ihm, daß er nicht nach rechts noch links blickt, sondern allein das Wohl und Wehe der Partei im Auge behält. Und wenn sich die Verhältnisse so ausprägen, daß er allein die Verantwortung nicht mehr tragen zu können glaubt, so muß er einen außerordentlichen Parteitag einberufen.

Die anderen Fragen, die den Parteitag beschäftigten, will ich nur kurz streifen, speziell der von unserem Kreise eingebrachte wichtige Antrag, die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung zu setzen, ist dem Parteivorstand zur Verächtlichung überwiesen worden. Hoffentlich wird diese überaus wichtige Frage nun auch endlich wirklich so in Angriff genommen, wie es sich gehört. Unser Weg und Ziel ist: „Vorwärts, vorwärts! durch Kampf zum Sieg!“ Einem in die Organisation! Das ist der Weg, den wir bis jetzt verfolgt haben, den wir niemals verlassen dürfen, niemals verlassen können. (Beifall.)

In der Diskussion hob Genosse K a h n e n s t e i n zunächst hervor, daß die Landarbeiterfrage die wichtigste aller Fragen besonders in unserem ausgedehnten ländlichen Wahlweise sei. In bezug auf die Budgetbewilligung betonte er, daß er, falls er in Süddeutschland wäre, mit aller Energie für die Befolgung des Parteitagbeschlusses eintreten würde. In Norddeutschland aber muß man doch auch die andere Seite der Frage hervorheben, damit die Parteigenossen überhaupt ein richtiges Bild bekommen. Man solle ja nicht glauben, daß die süddeutschen Parlamentarier in der Luft schweben und die Parteigenossen nicht hinter ihnen ständen. Es sei dort genau so wie in Norddeutschland, zum Teil seien sie Akademiker, zum Teil seien sie aus den Arbeitern hervorgegangen, wie z. B. der frühere Malergehilfe Kolb. Man solle nicht so leichtfertig über die Frage der Spaltung sprechen, wie es von Zubeil geschehen sei. Vielleicht müssen wir einmal zur Spaltung kommen, dann muß es sich aber um wichtige grundsätzliche Verschiedenheiten handeln und nicht um eine derartige Frage wie die Budgetbewilligung. Würden wir mit dem ganzen parlamentarischen Verhalten der Süddeutschen nicht zufrieden sein, und hätte die Budgetbewilligung nur nach das letzte Tipfelchen aufs i gesetzt, so könnte man einen solchen Standpunkt verstehen. Statt dessen hat man allseitig den Süddeutschen die höchste Anerkennung für ihre parlamentarische Tätigkeit gesollt und gesagt, nur mit der Budgetbewilligung sind wir nicht einverstanden. Unter solchen Umständen ist diese Frage es nicht wert, die Partei darum zu sprengen. (Beifall.)

Genosse Zubeil erwiderte, daß auch in Süddeutschland, wo die Groppindultrie erst in den Anfängen ihrer Entwicklung stehe, die Massen durch die Proletarisierung auf den richtigen Weg schon werden gebracht werden. Zur Scheidung mit den Revisionisten werden wir kommen, das habe ja auch K a h n e n s t e i n anerkannt. Die eigentlichen Kulissenhändler sind in Nürnberg gar nicht hervorgetreten; vielleicht werden sie — gestärkt durch die Erklärung der 66 — das jetzt tun. Die Entwicklung der Gewerkschaften müssen wir aufmerksam verfolgen,

wir dürfen nicht dahin kommen, daß etwa die Gewerkschaften der Partei die Richtschnur vorgeben, nach der sie zu handeln habe.

Die weitere Diskussion wird hierauf auf die in acht Tagen stattfindende außerordentliche Generalversammlung verlagert.

In Ober-Schönweide gab Genosse Düw e l l in einer von 200 Mitgliebern besuchten Versammlung die Berichterstattung. In eingehender Weise vertrat er den Standpunkt der Mehrheit in Sachen der Budgetfrage, und kam zu dem Schluß, daß es eigentlich unverständlich sei, wie Parlamentarier in einer Zeit unehörter Willkür sowohl der Unternehmer als der Regierung der letzteren irgendwelche Zugeständnisse machen können. Die Diskussion, an der sich die Genossen K e s s i e r, S c h u l z, W o d e, S c h a i c h und S e v e l o s o beteiligten, bewegte sich ohne Ausnahme in zustimmendem Sinne. Zum Schluß gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die Versammlung erkennt in dem Beschluß des Nürnberger Parteitages, betreffend die Budgetfrage, eine erneute Bekräftigung der althergebrachten Taktik der Partei und zugleich eine deutliche Absage an Bestrebungen, durch Erbschaffung von Augenblikserfolgen die Partei auf eine Basis zu bringen, auf welcher eine Verwirklichung des in unserem Programm festgelegten Endziels zur Unmöglichkeit wird.“

Die Versammlung protestiert ferner gegen die Erklärung der süddeutschen Delegierten, welche in ihrer Konsequenz einer Nichtachtung des Parteitagbeschlusses gleichkommt.“

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Friedenau referierte Genosse K ü t e r über den Parteitag. Er schilderte ausführlich die einzelnen Tagesordnungspunkte und bemerkte, daß man mit dem, was in Nürnberg geleistet worden sei, zufrieden sein könne. In der Budgetfrage habe der Parteitag durch Annahme der Resolution des Parteivorstandes unzweideutig ausgesprochen, daß die Partei nicht gewillt ist, von der bisher geübten Taktik abzulassen und dem Beispiel der süddeutschen Genossen zu folgen.

In der sich anschließenden Diskussion trat Genosse H a g e n I den Ausführungen des Referenten entgegen. Er hätte sich von der Nürnberger Tagung mehr verprochen. Ueber eine Sache, welche bei unserer heutigen Beteiligung am Parlamentarismus nur eine Formalität darstelle, habe man sich eine halbe Woche herumgestritten, und seien dadurch wichtigere Fragen, wie die der Sozialpolitik, die Landarbeiterfrage usw., zu kurz gekommen. Er ist der Meinung, daß durch Annahme der Resolution Frohme der Gesamtpartei besser gebietet worden wäre. In der Naifeierfrage kann er nur dem Genossen Zubeil zustimmen, als er sagte: „Wenn wir die Arbeitsruhe nicht einzuhalten imstande sind, so sollen wir doch wenigstens den Mut haben, sie ganz zu befeitigen.“ Genosse Meyer schloß sich im wesentlichen dem an. Genosse K i c h t e r trat den Ausführungen der Vorredner entgegen und führte aus: Die Süddeutschen seien auf dem Standpunkt der freisinnigen Völkerei angelangt. Es war hier durchaus am Platze, jedes Kompromiß in dieser Frage abzulehnen und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, daß die große Mehrheit der Parteigenossen nicht gewillt ist, diese Politik mitzumachen. Denselben Standpunkt vertrat der Genosse D u d r a c h. In seinem Schlußwort trat Genosse K ü t e r den Genossen Hagen und Meyer im einzelnen entgegen. Die Budgetfrage mußte so ausführlich behandelt werden, denn es hing davon ab, ob die Sozialdemokratie wie bisher den Klassenkampfstandpunkt vertrete oder ob sie nach und nach zu einer bürgerlichen Reformpartei herabsinken solle. — Von der Annahme einer Resolution wurde abgesehen.

In der Versammlung der Genossen von Reinickendorf-Ost erstattete Genosse D e n h e r den Bericht über die Verhandlungen des Parteitages. Er beleuchtete in seinen Ausführungen die einzelnen Tagesordnungspunkte und die dazu gefassten Beschlüsse, wiewohl er sich vollständig einverstanden erklärte. In der Diskussion äußerten sich die Genossen L a r e n z, L a d u e r, A n d r e e und K o h e in zum Teil längerer Ausführungen im Sinne des Referenten, während die Genossen S c h ö n b e r g und C u s e in der Frage der Budgetbewilligung mit den Beschlüssen des Parteitages nicht einverstanden sind und im Interesse der Einigkeit der Partei die Annahme der Resolution Frohme gewünscht hätten. Folgende Resolution wurde gegen einige Stimmen angenommen:

„Die Versammlung erwartet von den süddeutschen Genossen die Beachtung und Befolgung der Parteitagbeschlüsse. Sie erwartet, daß unsere süddeutschen Genossen jenen solchen Freunden, die als Theoretiker aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommen und uns „praktische Reformarbeit“ predigen wollen, die Türe weisen und den Klassenkampfcharakter der Partei nach wie vor hochhalten. Ueber der reformistischen Taktik einer Landesorganisation stehen die Grundzüge und das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

In Friedrichshelde erstattete Genosse G r a u e r - L i c h t e n b e r g Bericht. Der Redner gab ein übersichtliches Bild über die Verhandlungen des Parteitages in ihrer Gesamtheit und verweltete des längeren bei dem Bericht des Bildungsausschusses und der Budgetfrage. In der ersteren Frage hält Redner das Vorhaben Naumburgers nur dann für verständlich, wenn er zugeben will, daß er auch heute noch nicht Sozialdemokrat ist und mit allen Fasern seines Denkens in nationalsozialen Lager steht. Bei der Budgetfrage präziserte Grauer seinen Standpunkt dahin, daß die Süddeutschen besonders mit ihrer Erklärung sich doch eigentlich selbst in Widerspruch gesetzt haben. Während sie vorher die Frage der Kompetenz des Parteitages nach seiner Richtung hin bestritten hatten, verlangen sie jetzt eine Parlamentarierfreiheit, wie solche doch nur zu einer Desorganisation in der Partei führen könne. Der Redner rechtfertigt in längerer Ausführungen seine Abstimmung für die Resolution des Parteivorstandes und bringt dabei zum Ausdruck, daß es sich hier um einen planmäßigen Vorstoß des Revisionismus handelt. Die Genossen G r o n w a l d und S c h w e n t vertreten dieselbe Anschauung in der Debatte und bekräftigen nachstehende Resolution:

„Die Versammlung begrüßt die Annahme der Vorstandsresolution durch den Parteitag als Bestätigung der Prinzipien des Klassenkampfes. Sie erwartet von sämtlichen Genossen die unbedingte Nachachtung der gefassten Beschlüsse, namentlich von seiten der süddeutschen Abgeordneten und hofft, daß die süddeutschen Genossen von ihren Führern nötigenfalls ganz energisch die Hochhaltung der Parteitagbeschlüsse fordern werden.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

#### Charlottenburg.

In der Wahlvereinsversammlung stand neben der Berichterstattung vom Parteitag, die wir an anderer Stelle wiedergeben, die bevorstehende Stadtverordnetenwahl auf der Tagesordnung. In der Versammlung, die sich in nächster Woche mit der Fortsetzung der Diskussion über den Parteitag beschäftigt, soll auch ein Referat über die Stadtverordnetenwahlen gehalten werden. In den Wahlen, die bereits am 14. Oktober stattfinden, ist die dritte Wählerklasse im 5. und 8. Bezirk beteiligt. Im 8. Bezirk wurde der Genosse G e o r g U d o als Kandidat proklamiert, im 5. Bezirk die Genossen E p e i t e u r G u s t a v S c h a r n b e r g und J a h n t e c h n i e r O t t o E m a l d (Hausbesitzer).

Der Vorsitzende forderte die Parteigenossen auf, aufs intensivste zu arbeiten, um den 5. Bezirk, der immer als Hochburg der Sozialdemokratie gegolten habe, jetzt aber aufs äußerste gefährdet sei, mit großer Majorität zu halten, und im 8. Bezirk deutliche Fortschritte der sozialistischen Ideen zu zeigen. Dann teilte der Vorsitzende noch mit, daß am Sonntag, den 25. Oktober, vormittags um 10 Uhr, in der „Urania“ in der Laubenstraße ein Lichtbildvortrag für die Mitglieder des Wahlvereins stattfinden; Ueber den Brenner nach Venedig“ und forderte zu regem Besuch desselben auf. — 57 neue Mitglieder, darunter 29 weibliche, wurden aufgenommen.

#### Nagdorf.

Nach einem Streit mit ihrem Bräutigam versuchte gestern Abend die 33 Jahre alte Buchhalterin Lina S o f f m a n n, Karoligarten-

straße 5, sich und ihr fünfjähriges Töchterchen ums Leben zu bringen. Sie öffnete im Schlafzimmer vor dem Schlafengehen die Gasöhne und erwartete, die giftigen Gase einatmend, mit ihrem Kinde den Tod. Hansbetrohner wurden jedoch auf den starken Gasgeruch, der aus der Wohnung heraustrug, aufmerksam gemacht und sie brachten das Schloß der von innen zugeriegelten Stubentür auf und fanden Mutter und Kind bereits in völlig bewußtlosem Zustand auf. Mittels Sauerstoffapparates wurden die beiden Leblosen wieder zum Bewußtsein zurückgebracht und dann in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

### Wilmersdorf.

Der Mangel an Bedürfnisanstalten. Die Stadt Wilmersdorf will nunmehr, wie kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, auch mit der Errichtung von Bedürfnisanstalten vorgehen. Es wird ja wundernehmen, daß in einer Stadt von mehr als 90 000 Einwohnern derartige Institute fast unbekannt sind, trotzdem schon vor fünf Jahren auf die Mahnungen der damaligen sozialdemokratischen Gemeindeverordneten hin die Zusage erging, daß man Wilmersdorf in dieser Hinsicht den modernen Kulturbedürfnissen anpassen wolle. So nun aber die gegenwärtig in Wilmersdorf maßgebenden Herren tun wollen, was sie schon längst hätten tun sollen, sei an dieser Stelle auf einen besonders traurigen Umstand aufmerksam gemacht. Unter dem vollständigen Mangel an Bedürfnisanstalten für Frauen hat besonders der Ortsteil Halensee zu leiden. Schon die Mädelstraße auf die zahlreichen Ausflüglerstrassen sollte die Errichtung derartiger Anstalten gebieten; ganz wesentlich kommt aber noch in Betracht, daß in Halensee zweimal in der Woche ein großer Markt abgehalten wird. Die Händlerinnen, die wohl zu Hunderten diesen Markt aufsuchen, halten sich früher damit, daß sie in die Toiletten des Bahnhofgebäudes gingen. Als die Eisenbahnverwaltung aber gewahr wurde, daß „Unbefugte“ diese Einrichtungen benutzten, befahl sie sich auf ihre Pflichten der Menschlichkeit und verlegte die Bedürfnisanstalten auf den Perron, der selbstverständlich nur Fahrgästen zugänglich ist. Seitdem sind die Frauen, die von früh bis zum Mittag auf dem Markt auszuhalten haben, in schlimmster Verlegenheit. Sie meinen, daß schon das hohe Standgeld, das von ihnen bezahlt werden muß, ihre Forderung auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Marktes rechtfertigt. Auch wir wollen hoffen, daß man an Halensee zuerst denkt, wenn man auf dem Wilmersdorfer Rathaus sich darauf besinnt, daß man wenigstens in einem Falle modernen Kulturbedürfnissen Rechnung tragen muß.

### Vichtenberg.

Ein Denunziantenstückchen in der Stadtverordnetenversammlung! Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am 20. September mit der Petition der jüdischen Arbeiter, die eine Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse, Einführung von Wochenlöhnen, Festsetzung einer Lohnskala, Verkürzung der Arbeitszeit, Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld und Gewährung einer Feuerungszulage zum Gegenstande hat.

Stadts. Lewonig (Beamtenvereiner) befürwortete nachstehenden Bescheid des Ausschusses: 1. Der Magistrat wolle bis zur nächsten Etatsberatung der Frage der Einführung einer Lohnskala sowie einer Arbeitsordnung näherzutreten; 2. bis zu demselben Zeitpunkt die Frage der Einführung von Wochenlöhnen auf ihren finanziellen Effekt hin zu prüfen; 3. der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen, den jüdischen Arbeitern, welche sich über sechs Monate im Dienste der Stadt befinden, eine Feuerungszulage von 5 Proz. des verdienten Einkommens zu gewähren bis zur Einführung der oben erwähnten Lohnskala und Arbeitsordnung.

Der Referent betonte, daß die Feuerungszulage sich rechtfertigt insbesondere auch aus dem Umstande, daß selbst kleinere Gemeinden wie Rummelsburg u. a. bessere Löhne zahlen. Die Gemeinde habe ein erhebliches Interesse daran, durch einen entsprechend bezahlten Arbeiterstamm — dem Mittelstande eine kaufkräftige Kundschaft zu erhalten! Der Berliner Magistratssekretär Stadts. Ostasch trat der Auffassung des Referenten entgegen und will sich mit der Materie erst dann befassen, wenn der Magistrat durch Beibringung von umfangreichem Material aus den übrigen Gemeinden Groß-Berlins einen Vergleich der Lage der jüdischen Arbeiter mit denen anderer Gemeinden ermöglichen. Zu diesem Zwecke solle die Vorlage an den Magistrat zurückgehen. Auch betonte er die Dringlichkeit einer Feuerungszulage!

Die Genossen Düwelle, Grauer und Seifel bemühten sich vergeblich, zum Teil an der Hand unaufrichtiger Materials, die Dringlichkeit der Feuerungszulage zu rechtfertigen, die „Rechenheit“ will eine Feuerung nicht anerkennen und begrüßt den Verköstigungsbeitrag. (Dieser Verköstigungsbeitrag weder vom Antragsteller noch vom Bureau widersprochen.) Das Verdienst, die Stadtverordnetenversammlung um den letzten Rest von Ansehen in bezug auf die Beibehaltung sozialer Fürsorge gebracht zu haben, gebührt dem Stadtverordneten Karl Grothe, einem Erwählten der Herren von Weisk und Wildung! Der Herr Stadtverordnete, der im Nebenamt noch als „Bauunternehmer“ sein Dasein fristet und durch „eigenen Fleiß und Sparsamkeit“ für sich die soziale Frage gelöst hat und etliche Mietkasernen als „seinen Verdienst“ bezeichnet, brachte der staunenden Versammlung eine Liste von etwa 20 Gemeindefürsorgern (von circa 180 beschäftigten!) zur Kenntnis, nach der ein Verdienst von 32—50 M. erzielt sei! Nach Herkunfts der Liste und der Stundenzahl, in der dieser Verdienst erzielt sei, befragt, blieb er die Antwort schuldig. Aber etwas anderes sagte der Herr Stadtverordnete: „Er würde nie für eine Feuerungszulage zu haben sein. Die Arbeiter müßten nur „bescheidener“, „fleißiger“ und „aufrechter“ (!) sein und nicht so viel gegen die Gemeinde (!) agitieren! Es sei ein Standa!, daß die Verwaltung duldet, daß sogar (!) ein Meister organisiert ist und Agitation treibt. Er, Herr Grothe, würde jeden Arbeiter, aber in besonderen einen Polier, der sich erlaube, gegen seine Interessen zu agitieren, zum Teufel jagen! Daß dieses Denunziantenstückchen einzig von den Vätern der Sozialdemokraten richtig gewürdigt wurde, zeigt mit Deutlichkeit, daß Herr Grothe nichts weiter als die Ansichten seiner Blodfreunde zum Ausdruck gebracht hat.

Nach dieser Krassleistung hielt es noch der Herr Rechtsanwalt Stadts. Scheitel für notwendig, festzustellen, daß der Petitionsausschuss nicht einstimmig seine Beschlässe gefaßt hat und empfahl die Annahme des Antrages Reiff, der dann auch mit 26 gegen 18 Stimmen beschlossen wurde. Die jüdischen Arbeiter werden

dem Herrn Grothe Dank wissen für diese Krassleistung scharfmacherischer Angeberei!

### Nieder-Schönhäuser.

Die Erbhäuser zur Gemeindevertretung am Dienstag endete mit einem Siege des bürgerlichen Kandidaten. Während unser Kandidat zur Hauptwahl mit 466 Stimmen gewählt wurde, brachten wir es diesmal nur auf 333 Stimmen, wogegen die Gegner 463 Stimmen erhielten. Hiervon sind 132 Stimmen für die Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung ließ seitens unserer Wähler viel zu wünschen übrig. Wenn auch nicht bekannt werden darf, daß seit Aufstellung der Wählerliste zwei Umzugstermine waren, so haben doch sehr viele Arbeiterwähler sich ihrer Wahlpflicht entzogen, und es ist sehr bedauerlich, daß das Dorparlament abermals ohne einen Arbeitervertreter ist.

### Weißensee.

Ein verhängnisvoller Unglücksfall, wobei ein Knabe schwer verunglückte, hat sich in der Sedanstraße zugetragen. Der Knabe Walroth von den Berliner Möbelwerken hatte zwei leere Möbelwagen, die aneinandergeschlossen waren, befördert. Während er auf dem Bod des vorderen Wagens saß, kehrte der sjährige Schüler Willi Ludwig, Sedanstraße 9, auf den Bod des angehängten Fuhrwerks. Als sich der Knabe umdrehte, sprang der Knabe fast ungenügend vom Bod herab. Er stürzte unter den Wagen und die Räder gingen ihm über beide Beine hinweg. In bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht.

### Stralau-Rummelsburg.

Zum dritten Male wurde in kurzer Zeit in den Fahrkartenschalter des Volkrings auf der Station Stralau-Rummelsburg eingebrochen. Vom Marktgrasendamm aus drangen gestern Miede durch Zertrümmerung des Fensters in den Schaltrerraum. Sie erbrachen die Kasse, fanden aber nicht viel darin vor, da sie am Abend vorher fast gänzlich geleert worden war. Auch der Fahrkartenschalter wurde von den Eindringlingen erbrochen. Ob sie Fahrkarten gestohlen haben, konnte noch nicht genau festgestellt werden.

### Johannisthal.

Es dürfte in der Umgebung von Berlin einzig dastehen, daß Orte wie Johannisthal mit 3500 Einwohnern noch keinen Begräbnisplatz haben und daher auf den Friedhof der evangelischen Kirchengemeinde zu Rudow angewiesen sind. Dieser Friedhof ist von Johannisthal  $\frac{1}{4}$  Stunden entfernt und bei den kummerlichen Begebenheitsverhältnissen namentlich bei schlechtem Wetter sehr beschwerlich zu erreichen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, wäre es dringend notwendig, daß auch die Gemeinde Johannisthal die Anlage eines Gemeindefriedhofs vornimmt, besonders da schon seit dem Bau des Teufelskanals ein hierzu bestimmtes Gelände aufgeschüttet wurde. — Einer Abänderung bedarf auch die Handhabung der Standesämtergeschäfte. Trotzdem die Gemeinde bereits zwei Jahre ein ansehnliches Gemeindehaus besitzt, befindet sich das Standesamt immer noch in der Privatwohnung des Standesbeamten Wittiching. Jedemfalls wäre es möglich, durch die Verlegung des Standesamtes nach dem Gemeindehaus sowohl Kosten zu sparen als auch die Geschäfte pünktlicher zur Erledigung zu bringen. Dahin gehende Anträge sind an die Gemeindevertretung gestellt.

### Zegel.

Am Sonntag wurde Zegel vor einem großen Unheil bewahrt. Die 11 Sozialdemokraten Zegels hatten die Absicht, die Kläranlage und das Wasserwerk zu besichtigen. Genosse Dalfes hatte vom Dezernenten Herrn Brüllow die Erlaubnis hierzu erhalten. Aber es kam anders. Man zeigte wohl die Kläranlage, denn an den Abwässern derselben konnte kein allzu großer Schaden angetrieben werden, anders beim Wasserwerk. Wenn nun diese Sozialdemokraten das Wasser mit dem Bazillus Sozialisimus vergiftet hätten und der Herr Bürgermeister oder — wir wagen den Gedanken kaum auszubringen — Herr Müller, Chefredakteur des „Zegeler Anzeigers“ davon getrunken hätten, wo sollte dann der neugegründete Ortsverein des Reichsverbandes die nötigen Kräfte zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hernehmen. Dies hatte jedenfalls auch der Betriebsführer des Wasserwerks eingesehen und er wies daher die Sozialdemokraten hartem Tones vom Grundstück desselben. So blieb Zegel vor einem schrecklichen Unheil bewahrt.

Generell sei noch, daß sich an der Besichtigung der Kläranlage und an der beabsichtigten Besichtigung des Wasserwerks über fünfzig Genossen beteiligten.

### Bernau.

In einer gut besuchten Versammlung des Wahlvereins referierte Genosse Simon Kagenstein über „Genossenschaftswesen“. Seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußte Genosse Kagenstein auf das Schlüsselwort verzichten, jedoch wurde beschlossen, denselben Vortrag mit dem Genossen Kagenstein als Referenten in einer öffentlichen Versammlung halten zu lassen. — Hierauf wurde der Bericht von der Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins entgegengenommen. — Unter Vereindangelegenheiten wurde beschlossen, den Bericht vom Parteitag in Nürnberg in öffentlicher Versammlung erstatten zu lassen und als Referenten den Genossen Düwelle zu wählen. — Am Sonnabend, den 17. Oktober, feiert der Wahlverein sein Stiftungsfest. Es wurde ersucht, durch zahlreiche Beteiligung zum guten Gelingen desselben beizutragen.

### Spandau.

Aus der Gewerkschaftskommission. In der letzten Kartellung gab Genosse Hartung den Bericht über seine Tätigkeit als Leiter der Auskunftsstelle hier am Ort. Derselbe besteht jetzt zwei Jahre. Im ersten Vierteljahre wurde dieselbe von 11 Auskunftsstudenten besucht, dagegen waren in den nachfolgenden drei Vierteljahren 104 Auskunftsstudenten zu verzeichnen. In diesem Jahre waren es bis Mitte September schon 104. — Klage führte Genosse Hartung darüber, daß verschiedene Genossen mit Anfragen warten, bis es schließlich zu spät ist. Es ist wünschenswert, daß die Beteiligten sich die nötigen Auskünfte sofort in der nächsten Sprechstunde, welche jeden Freitag abend Seeburger Straße 88 stattfindet, holen.

Der Obmann teilte mit, daß sich das Gewerkschaftskartell Spandau als Unterkommision der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossen hat. Dann wurde noch auf die im November stattfindenden Delegiertenwahlen zu den Ortskrankenkassen aufmerksam gemacht und wurde zur Vorbereitung derselben eine aus fünf Genossen bestehende Kommission gewählt. Nebenerwähnter Weise fehlten wieder eine größere Anzahl Defe-

gierter, und zwar die der Metzger, Brauer und Brauereiarbeiter, Staats- und Gemeindefürsorg, Porzellanarbeiter, Köpfer und Schneider; leihgenannte Gewerkschaft fehlt übrigens in jeder Sitzung. — Die Wohnung des Obmannes, Genossen Rymann, befindet sich vom 1. Oktober ab: Bismarckstr. 5, Hof 4 Treppen.

## Vermischtes.

### Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

Gestern vormittag sind auf dem Holzplatz zu Fahrze zwei Straßenbahnwagen der Linie Gleiwitz-Königsbühlte im Nebel zusammengefahren. Ein Gymnasiast und ein Steiger wurden schwer, eine Fleischersfrau und ein Wagenführer leichter verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend, der Verkehr teilweise unterbrochen.

### Gute Beute.

Die aus Preußen gemeldet wird, raubten im februarischen Postbureau sechs Diebstahler, deren Genossen das Gebäude umstellt hatten und Schätze abzurufen, das von Angestellten der Goldwäschereien dorthin gebrachte Gold im Werte von 28 000 Rubel und außerdem 50 000 Rubel in barem Gelde.

### Unfall bei einer militärischen Übung.

Bei Schießübungen des Schulschiffes „Don Fernando“ in der Höhe von Traralia bei Lissabon hatte die Bedienungsmannschaft bei einem Kruppgeschütz das Einsetzen des Laderingstringes verfallen. Durch die infolge dessen beim ersten Schuß durch den Verschluss entweichenden Pulbergase wurden vier Mann schwer verletzt.

### Liebe und Dolch.

In Ferrandina bei Larent trug sich, wie dem „D. Z.“ ein Telegramm aus Rom meldet, eine echt italienische Liebestragödie zu. Ein einundzwanzigjähriger Postbeamte hatte ein sechzehn-jähriges Mädchen verführt, dann aber eine andere geheiratet. Als der Postbeamte am Bahnhof zu tun hatte, näherte sich ihm die frühere Geliebte, die Männerkleider angelegt hatte, und ließ ihm von hinten ein Dolchmesser in den Hals. Obwohl er zu Tode getroffen war, hatte der junge Mann noch die Kraft, gleichfalls einen Dolch zu ziehen, der Liehenden nachzuweisen und ihr das Messer in die Kehle zu stoßen. Nach wenigen Minuten war der Verführer eine Leiche und bald darauf starb auch die verlassene Geliebte.

### Um die schwarz-rot-goldene Fahne

ging es in einem Prozeß, der vor dem Bamberger Schöffengericht zum Austrag kam. Zur Landesversammlung der deutschen Volkspartei, die am 25. Januar in Bamberg stattfand, hatte der dortige Vertrauensmann dieser Partei, der Kaufmann Hilsfelder, das Bedürfnis empfunden, eine schwarz-rot-goldene Fahne auszuhängen. Eine solche besitzt der Kaufmann Treumann, den Hilsfelder um deren leihweise Ueberlassung ersuchte. Treumann gab sie nur ungern her, weil die Fahne für ihn einen hohen ideellen Wert besitze. Da an dem Tage, da die Landesversammlung tagte, ein furchtbarer Defekt herrschte, wurde das für seinen Besitzer so wertvolle Tuch überliefert. Treumann verlangte die Wiederherstellung der alten oder Anschaffung einer neuen Fahne, worüber es zu einem ziemlich heftigen Meinungsstreit zwischen den beiden Demokraten kam, bis Treumann zuletzt mit Klage drohte. Darauf ließ ihn Hilsfelder 10 M. und bemerkte dazu, daß sei Geld genug für das alte schadhafte Tuch. Darüber geriet Treumann so in Wut, daß er aus der Volkspartei austrat und an Hilsfelder einen Brief schrieb, worin er bemerkte, er schließe sich denen an, die behaupten, von Hilsfelder nicht beleidigt werden zu können; wenn die Deutsche Volkspartei wegen solcher Vertrauensmänner habe, so werde sie bald den Weg der Fahne gehen, nämlich in Preußen. Nun ließ Hilsfelder zum Klari und verklagte den Treumann wegen Beleidigung. Vor Gericht endete die Fahnenangelegenheit damit, daß die Beleidigung mit 3 M. Geldstrafe geurteilt wurde.

### Witterungsübersicht vom 30. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand um 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometerstand um 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temp. in 5 m Höhe
Stettin	771,5	SW	1	13	Hannover	770,5	SW	1	12
Hamburg	772,5	SO	1	15	Berlin	770,5	SW	1	14
Berlin	772,5	SW	1	11	Stettin	769,5	SW	1	14
Königsberg	772,5	NO	1	10	Breslau	769,5	SW	1	16
Rostock	773,5	SW	1	9	Warschau	770,5	SW	1	12
Wien	773,5	NO	1	12					

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. Oktober 1908. Wind und trocken, jedoch bisweilen trübe und neblig, schwache Luftbewegung.

Berliner Wetterbureau

### Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 9.	am 30. 9.	Wasserstand	am 29. 9.	am 30. 9.
Remel, Mühl	170	-2	Saale, Großh.	83	+4
Bregel, Ansbach	-12	+1	Havel, Spandau	36	+1
Wesiger, Thorn	98	-4	Havel, Rathenow	28	-2
Ober, Ratibor	125	+7	Spree, Spremberg	74	0
Strofen	110	-4	Seeberg, Seebitz	69	0
Frankfurt	121	-3	Weser, Minden	-91	-1
Weser, Schirm	53	-7	Weser, Minden	-23	-7
Weser, Lamsberg	37	-2	Weser, Marienhausen	449	-10
Weser, Vorbamm	-3	+2	Weser, Raab	233	-5
Weser, Zeitmerz	-51	+4	Weser, Bönn	299	-7
Weser, Dresden	-171	-5	Weser, Heilbrunn	48	-2
Weser, Bardo	58	-1	Weser, Wertheim	120	-1
Weser, Magdeburg	75	-2	Weser, Trier	49	-3

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — \*) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Verdictum gegenüber keinem Verantwortlichen.

## Theater.

Donnerstag, 1. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Tannhäuser. Königl. Schauspielhaus. Die Jäger.  
Neues tgl. Operntheater. Paragraphe-Schuster. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Kabelle und Webe. Kammerspiele. Lyrikata. Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.  
Kelling. Götterfest. Berliner. Mercadet. Neues. Wagners. Altes. 8 1/2.

Romische Oper. Tosca. Meibens. Das Blut der andern. Gebell. Der Uebelthäter. Weibel. Ein Holztraum. Schüler O. (Wagner-Theater.) Julius Caesar. Schiller Charlothenburg. Ein Tausch. Friedrich-Wilhelmstädt. Schanzenhaus. Großmama. Thalia. Das Ritterschmädchen. Volkstheater. Die blaue Maus. Neues Operetten. Die Dollarprinzessin. Trianon. Die Liebe macht. Porzing. Raga. Bernhard Wose. Geflohen. Ennen. Helga. Apollo. Trüb und Swengall. Spezialitäten. Metrovol. Donnerwetter — tadellos. Gedrüber Herrnsfeld. Die beiden Einelbände. Vossage. Spezialitäten. Kasino. Familiä August Knopf. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberlaud. Spezialitäten. Reichshafen. Steiner Säger. Walhalla. Spezialitäten. Urania. Landensstraße 48/49. Abends 4 Uhr: Von der Spitze zum Bahnam. Abends 8 Uhr: Der Rottblau. Steruwart. Invalidenstr. 57/62.

## Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: Mercadet. Morgen: Der Traum ein Leben. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Donnerstag, 1. Oktober, Anf. 8 Uhr: Großmama. Freitag: Großmama. Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung: Hänsel und Gretel. Abends 8 Uhr: Großmama.

## Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Wahrheit. Lustspiel in 4 Akten von Edele Pitt. Morgen und folgende Tage: Wahrheit.

## Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Freitag: 2 mal 2 = 5. Sonnabend: 2 mal 2 = 5. Sonntag: 2 mal 2 = 5.

## Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenstr. Heute und folgende Tage: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

## Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, zu halben Preisen: Die lustige Witwe. Lortzing-Theater. Belle-Alliancestraße 7/8. Letzte Woche: Kästchen Hedwig Lange. Jeden Abend 8 Uhr: 4/2. Zaza. Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Handwerker.

## DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132. Geschlossen wegen Vorbereitung zu Reichs-historischem Schauspiel: Das Kästchen v. Heilbrunn. Morgen: Das Kästchen v. Heilbrunn.

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Die blaue Maus. Heibel-Theater. Königgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Heute und folgende Tage: Der Liebhaber.

## Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Helga. Freitag Premierer: Kennchen von Tharau. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Hänsel. Abends: Anna-Hele. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen. Abends: Kennchen von Tharau. Montag: Kennchen von Tharau.

### Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)  
**Donnerstag, abends 8 Uhr:**  
**Julius Cäsar.**  
 Trauerspiel in 5 Aufzügen von  
 William Shakespears.  
**Freitag, abends 8 Uhr:**  
**Julius Cäsar.**  
**Sonnabend, abends 8 Uhr:**  
**Das Stiftungsfest.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
**Donnerstag, abends 8 Uhr:**  
**Ein Teufelskerl.**  
 Historische Komödie in 3 Akten von  
 Bernard Shaw.  
**Freitag, abends 8 Uhr:**  
**Das Stiftungsfest.**  
**Sonnabend, abends 8 Uhr:**  
 Der Herr Ministerialdirektor.

### Berliner Eis-Palast

Lutherstraße 22/24. — Ständige Eisbahn.  
 Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis  
 nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 10 Uhr ab:  
 Großes Konzert. Abends 9 Uhr und 10 Uhr:  
 Neigen, Quadrillen. — Abends 9 1/2 Uhr:  
 Zum erstmalig in Berlin: **Fr. Nadja Franck**  
 Preisgekrönte Meistersängerin d. Welt  
 und dem schwedischen Meistersänger **Broor Meyer.**

### Kochkunst-Ausstellung

Neue Welt, Hasenheide 108/114.  
**Donnerstag und Freitag:**  
**Internationale Meisterkonkurrenz für Köche**  
**2000 Mark Barpreise.**  
 Täglich: **Militärkonzert.**  
 Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.  
 Eintrittspreis 1 Mark.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
 Tandenstraße 45/49.  
 Nachmittags 4 Uhr:  
**Von der Zugspitze**  
 zum **Watzmann.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Montblanc.**

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. —  
 Abends 8 Uhr:  
**Das Glück der andern.**  
 George Garter: Richard Wegander.  
 Dichtung: „Der selige Otfried.“  
 Libretto: Richard Alexander.  
 Sonntag, 4. Oktober, nachmittags  
 3 Uhr: Haben Sie nichts zu ver-  
 gessen?

### Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.  
 Sonntag, den 4. Oktober 1908:  
**Bayenstreich.**  
 Drama in 4 Akten v. R. H. Bergerlein.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

### Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanienallee 7-9.  
 Heute: Eröffnungs-Premiere:  
**Das Riesenkind.**  
 Avie! Vorverkauf täglich v. 10-1 Uhr.  
 Sonntag, 4. Oktober, nachm. 3 Uhr:  
 Neu  
 einstudiert: **Maria Stuart.**

### Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.  
 Größtes und vornehmstes Theater-  
 saal Moabits.  
 Donnerstag, den 1. Oktober 1908:  
**Suse.**  
 Schauspiel in 6 Akten v. Gustav Albert.  
 Anf. d. Vorl. 8, Rosenblümen 7 Uhr.  
 Konzert 4 1/2 Uhr.  
 Nach der Vorstellung: **Ball.**  
 Vorverkauf v. 1-5 Uhr im Theater-  
 Restaurant.

### Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
 aller Riesen  
**Pisjakoff**  
 Eintritt 50 Pf.  
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

### Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.  
 Heute:  
**Cavalleria-Rustikana** und  
 die urkomische Burleske  
 „Berlin steht Kopf.“  
 Anfang Sonnt. 8, wochentl. 8 1/2 Uhr.

### Reichshallen-Theater

Täglich:  
**Stettiner**  
**Sänger**  
 Meyssal, Britten, Seidel,  
 Horst, Schröder, Ebers-  
 burger, Bühlingen, Otto  
 Schröder u. R. Schröder.  
 Anf. wochentags 8 Uhr,  
 Sonntags 7 Uhr.  
 Reichshallen-Garten und  
 Restaurant: Militär-Konzert.

### Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 1. Oktober,  
 abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend — Gala-Programm** und  
 größte und sensationelle **Robiät**  
**? Butterflies ?**  
 36 Original-Marokkaner.  
 Das flogende Känguruh. 8 fliegende  
 Menschen. Rowlands-Truppe, 6 Verj.  
 Nackte Schönheiten.



### Heute Premiere!

### Apollo Theater

Heute, ab 9.20 vollständig neues  
**Spezialitäten-Programm.**  
 Unter anderem:  
**Ein Sonntagmorgen in Rußland**  
 ausgeführt von der **Alexandroff-  
 Troupe.**  
 Solotänzer — Solotänzerinnen.  
 Vorher 8 Uhr: **Vera Violette.**

### Gebrüder Herrnfeld-

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57

### Premiere: Die beiden Bindelbands!!!

Komödie in 3 Akten  
 von Anton und Donat Herrnfeld.  
 Vorher: Künstler-Teil, u. a.:  
 Madame D'Ornays Ballettousen-  
 Sextett. Reisers Original-Bauern-  
 Ensemble. Saratoff, Russen-Trio.  
 Lena Nansen, Vortrags-Meisterin.

### Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Wm. v. Hgl. Börse.  
**Größtes**  
**Spezialitäten-Theater Berlins**  
 3000 Personen fassend! 3000!  
**Das wunderbare**  
**Oktober-Programm!**  
**12 Attraktionen 12**  
 Unter anderem:  
**Antonie Gates.**  
 Billetverkauf von 11 Uhr vorm. ab.  
 Preise der Plätze 2, 1.50, 1, 75, 50 Pf.  
 Vorzugskarten, halbe Preise, überall  
 gratis zu haben.

### XIV. Saison! Zirkus Busch.

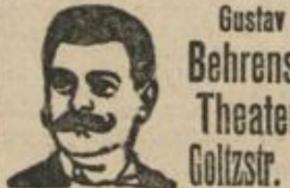
Donnerstag, den 1. Oktober,  
 abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Abend.** Um 9 Uhr ca.:  
**Mr. Houdini**  
 mit seinem (gef. gef.) Kammerfrid.  
**Gebr. Saxon!**  
**Die Aerial Smiths.**  
 Herr Karl Reinsch, Equilreiber.  
 Mathilde Reuz, Schulkreiterin.  
 Herr Ernst Schumanns Reudress.  
 Um 9 1/2, ca.:  
**Barbarossa!!**  
 Gr. Original-Ausstattungs-Cont.  
 des Zirkus Busch in 6 Bildern.  
 In der **Sonntag-Nachmittags-**  
**Vorstellung** hat jeder Erwachsene  
 unter 10 Jahren frei.  
 a. allen Sitzplätzen.

### Walhalla- Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Das neue große Oktober-**  
**Programm.**  
 Im Tunnel: Regimentskapelle etc.  
 Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

### Sanssouci, Kottbusser

Str. 6.  
 Direktion Wilhelm Reimer.  
 Heute Donnerstag:  
 Gr. Elite-Soiree  
 Tanz-  
 Kränzh.  
 von  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
 u. a.:  
**Ein Rasttag im Manöver.**  
 Beg. Sonnt. 5, wochentl. 8 1/2.



**Gustav  
Behrens-  
Theater.**  
 Goltzstr. 9.  
**Feine Sache! Ausgezeichnet!**  
 Große Ausstattungsoperette.  
 Rest! **La belle Rose**, Prima-  
 Ballerina. Rest! **Georg Thierry**  
 gen. Silvester-Schütter II.  
**10 Spezialitäten 10.**  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

### Möbel

auf Kredit.  
**Stube und Küche**  
 Auszahlung von 15,00 an.  
 Einzelne Möbelstücke  
 Auszahlung 3,00 an.  
 Wochenrate 1,00.  
 Teppiche, Gardinen, Porzellan,  
 Steppdecken, Bett- und Leib-  
 wäsche, Herren- und Damen-  
 Garderoben, Sport- und Kinder-  
 wagen, Gas- und Petroleum-  
 Kronen, Bilder, Spiegel, Uhren  
 Wochenrate 50 Pf.

**Waren-Kredithaus**  
**Wedding.**  
 48902\*] **Reinickendorferstr. 113, 1**  
 am Stadtbahnhof Wedding.

### Hagenbeck-Schau.

Die größte Sensation und größte Anziehungskraft  
 von Berlin bildet noch immer die **Wiederauftreten**  
 des Direktors **Willi Hagenbeck**, welcher von einem Eisbär  
 sehr schwer verletzt wurde  
 ? **Java ?** und die übrigen Schläger des Programms. **Tägl. abends 8 Uhr: Gr. Vorstellung.**  
 Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend: **2 gr. Vorstellungen**, nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.  
 Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr: **Besichtigung u. Fütterung d. Raubtiere.**  
 Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags: **Hochinteressante Raubtier-Dressur-Proben.**  
 Besichtigung und Fütterung der Raubtiere gegen ein Entree von **50 Pf.** für Erwachsene  
 und **25 Pf.** für Kinder.

### Ich gebe

**Kredit** an jedermann bei  
 wöchentlichen Abzahlungen von **1 Mark**

auf **Möbel, Spiegel, Polsterwaren**  
**S. Gottlieb**  
 Rosenthaler Straße 54, 1.

Vertragslieferant des Deutschen Beamten-Bundes u. des Berl. Bankbeamten-Vereins.

**Greifen Sie zu!**

Durch die Hochbahn-Katastrophe hat unsere Firma  
 den Verlust eines braven Angestellten zu beklagen. —  
 Der Diener

### Wilhelm Heinrich

welcher nach langjähriger, treuer Pflichterfüllung in  
 Ausübung seines Berufes den Unglücksfall benutzte, hat  
 seinen Tod gefunden.  
 Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren!

**A. Jandorf & Co.**  
 Belle-Alliance-Str. 1/2.

Ein tragisches Geschick hat unserem Mitarbeiter

### Wilhelm Heinrich

den Tod gebracht. — Auch er zählte zu den tödlich Ver-  
 letzten bei der Hochbahn-Katastrophe und betrauern wir  
 sein Hinscheiden umso mehr, als er in langjähriger,  
 treuer Pflichterfüllung und Kollegialität sich nur die  
 Zuneigung aller, die mit ihm in Berührung kamen, er-  
 worben hatte.

Ehre seinem Andenken!

Die Angestellten  
 der Firma **A. Jandorf & Co.**  
 Belle-Alliance-Str. 1/2.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Ober-Schöneweide.

Am 27. September ist der Ge-  
 noffe  
**Franz König**  
 Fritzenstraße 21  
 verstorben.  
 Die Beerdigung findet heute  
 nachmittags 3 Uhr von der Leichen-  
 Halle des Gemeinde-Friedhofes  
 aus statt.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Der Vorstand.

### Verband der Fabrikarbeiter.

Zahlstelle Berlin.  
 Bezirk Ober-Schöneweide.  
 Den Mitgliedern hiermit zur  
 Nachricht, daß unser Kollege  
**Franz König**  
 freiwillig aus dem Leben ge-  
 schieden ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Donnerstag, den 1. Oktober,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Halle des Gemeinde-Friedhofes in  
 Ober-Schöneweide aus statt.  
 Gaffreiche Beteiligung erwartet  
 64/5 Die Ortsverwaltung.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster  
 Teilnahme und die reichen Kranz-  
 spenden beim Begräbnis meines  
 Lieben, unversehrlichen Mannes, des  
 Bauers 19706

### Adolf Henze

sage allen Verwandten, Freunden  
 und Bekannten sowie den Kollegen  
 des Zentralverbandes der Bauern,  
 den Genossen des 4. Bahnbereiches und  
 besonders Herrn Schütte für die  
 treuherzigen Worte meinen herzlichsten  
 Dank.  
 Die trauernde Witwe  
 Helene Henze geb. Reichard.

### Ziehung nächste Woche!

Lank-  
 witz-Berliner  
**Lotterie.**  
 Ziehung 6. Oktbr. 1908.  
 495 Gewinne i. W. v. zus. Mark

**10 000**  
 1 Hauptgewinn i. W. v. Mark  
**5 000**  
 und 484 Gew. i. W. v. zus.  
**5 000**

Kleinstes Gewinn i. W. v. 5 Mk.

Loss & 50 Pf., 11 Loss nur 3 Mk.  
 (Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra)  
 sind in allen Lotteriegeschäften u.  
 den durch Plakate kenntlichen Ver-  
 kaufsstellen zu haben sowie beim  
 General-Debit

**Paul Steinberg & Co.**  
 G. m. b. H., Bankgeschäfts  
 Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 11-12.

### Königstadt-Kasino.

Dolmarstr. 72.  
 Täglich: Gr. Theater u. Spezialitäten-  
 Vorstellung. Um 8 Uhr: **Robbi!**  
 Manzi sei 28, Schwanz v. Otto Richter.  
 Franz Sobanski, Cilly Hling, Nante  
 Pohmann, Eva Wagner, Anita und  
 Stefan Komaromy, Opernballettisten,  
 D'Alettas, Jongleur-Bl. Um 10 Uhr:  
 Liebesleid und Freud, Volksstück  
 mit Belang in 2 Bildern.

### Folies-Caprice

Durchschlagender Erfolg!  
**Die lästige Witwe.**  
 Die Brautschau. — Banter Tell.  
 Vorverkauf von 11-2 Uhr  
 a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

### Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 28. September verstarb  
 unser Mitglied, der Drehler  
**Nikolaus Schmidt**  
 Gartenstraße 60.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Donnerstag, den 1. Oktober,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Leichenhalle des Zentral-Friedhofes  
 in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 229/16 Der Vorstand.

### Arbeiter-Amateur-Photographen- Verein „Iris“.

**Todes-Anzeige.**  
 Am Montag, den 28. September,  
 verstarb unser Mitglied und Kunst-  
 freund 19715  
**Nikolaus Schmidt**  
 am Gehirnschlag.  
 Ein ehrendes Andenken sowie  
 Unversehrlichkeit bewahrt ihm die  
 gesamte Mitgliedschaft wie auch  
 der Vorstand.  
 Die Beerdigung findet heute  
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
 auf dem städtischen Friedhofe in  
 Friedrichsfelde statt.  
 Um die Beteiligung aller Mit-  
 glieder ersucht  
 Der Vorstand.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Eisendreher  
**Nikolaus Schmidt**  
 am 28. September an einem  
 Gehirnschlag gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Donnerstag, den 1. Oktober, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichsfelde aus statt. 122/16

Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser langjähriges Mitglied, der  
 Werkzeugmacher 122/17

### Otto Kiehnopf

beim Hochbahn-Unglück ver-  
 storben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 3. Oktober, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des neuen Jakobikirchhofes  
 in Hilders, Hermannstraße,  
 aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

Vom 28. September, vormittags,  
 entließ nach kurzen Leiden  
 unsere unversehrliche liebe Mutter,  
 Schwiegermutter, Großmutter,  
 Schwester und Tante, die Eigen-  
 tümerin, Witwe

### Auguste Bergfeld

geb. Oelgart  
 Gergierstraße 23.  
 Um stille Beileid bitten  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
 vom Trauerhause, Gergierstr. 23,  
 aus nach dem St. Pauls-Kirchhof  
 in Blüdensee statt. 1972b

**Blumen- und Kranzbinderrei**  
 von **Robert Meyer,**  
 an r. Mariannen-Straße 2.

Tit die Polizei nicht mehr unfehlbar?

Am 18. März nach Schluß der Demonstrationsversammlungen, die in der Mittagsstunde abgehalten worden waren, wurde in der Nähe des Gewerkschaftshauses ein Maurer Hermann Müller aus der heimwärts ziehenden Menge herausverhaftet, weil er den Schutzeinheiten „Pui, Lumpen!“ zugerufen haben sollte.

Nun scheint es aber die Polizei getournt zu haben, daß ihre Unfehlbarkeit vor einem Gericht angezweifelt worden war. Einen Balsam für diese Wunde versprach ihr die nochmalige Verhandlung vor der Berufungsinstanz, die ganz unerwartet von der Staatsanwaltschaft für nötig gehalten wurde.

monstrationszug“ zusammengedrängt worden war. Als Müller, der dicht vor ihm ging, ihm aber sonst völlig fremd war, durch einen über den Damm herüberlaufenden Schutzmann plötzlich festgehalten wurde, machte Kränkel einen Beamten sofort darauf aufmerksam, daß hier ein Irrtum vorliegen müsse.

Nachdem auf die übrigen Zeugen verzichtet worden war, beantragte der Staatsanwalt — Freisprechung. „Sie beantragen Verwerfung Ihrer eigenen Verurteilung?“ fragte der Vorsitzende, und der Staatsanwalt bestätigte: „Ja wohl.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweite Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends bis 11 Uhr sonntags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

E. S. 100. M. 18. Ja. — R. 70. 1. und 2. Reim. — S. 33. Sie sind erst in diesem Jahre aus der Kirche ausgetreten sind, müssen Sie noch bis zum Ablauf des nächsten Jahres (1909) Kirchensteuer zahlen.

HERMANN TIETZ

ALEXANDER-PLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat reicht

Gardinen

Table with 4 columns: Product name, Material/Type, Price 1, Price 2, Price 3. Includes Engl. Tüll-Gardinen, Engl. Tüll-Stores, Engl. Tüll-Bettdecken, etc.

Teppiche

Table with 4 columns: Product name, Material/Type, Price 1, Price 2, Price 3. Includes Imit. Perser, Axminster L, Axminster S, etc.

Portièren und Decken

Table with 4 columns: Product name, Material/Type, Price 1, Price 2, Price 3. Includes Filztuch-Dekoration, Plüsch-Dekoration, Tuch-Dekorationen, etc.

4 Serien Stores u. Halbstores (Handarb.)

Table with 4 columns: Serie I, Serie II, Serie III, Serie IV. Values: 1350, 1900, 2350, 3200.

Rouleauxstoffe, farbig, bes. billig

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes Rouleaux-Damast, Plisseestoffe.

4 Posten Decken

Table with 4 columns: Product name, Price. Includes Phantasie-Tischdecken, Reinw. Tuch-Tischdecken, etc.

Bettstellen

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes Metall-Bettstellen (80x190, 90x190, 90x190, 90x190).

Chaiselongue

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes Chaiselongue (Küper-Moltonbezug, Salin-Moltonbezug, etc.).

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes Polster-Bettstellen, Polster-Bettstellen, Eiserne Bettstellen, Eiserne Bettstellen.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1232. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

**Sonntag, den 4. Oktober,**  
vormittags 10 Uhr:

## Allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:  
1. Die Kündigung unseres Tarifs durch die Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme.  
2. Diskussion.  
Da die Arbeitgeber den Tarif gekündigt haben und wir deshalb in dieser Versammlung unsere weitere Stellungnahme festlegen müssen, so ist es Pflicht eines jeden Bauanschlägers, in dieser Versammlung zu erscheinen.

## Achtung! Arbeitslose Mitglieder.

Am Donnerstag, den 1. Oktober, findet wegen des Quartalschlusses die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nicht statt.

Das Bureau zur Abfertigung der in Arbeit tretenden Kollegen bleibt ebenfalls den ganzen Tag geschlossen.

Die erste Zahlung erfolgt Freitag, den 2. Oktober, zu den festgesetzten Zeiten.

Die Ortsverwaltung.

## Stukkateure!

Montag, 5. Oktober, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal:

## Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Unsere Verfassung und welchen Zweck hat die Berufsorganisation in der jetzigen Zeit? Referent: Kollege Krebs.  
2. Diskussion.

Kollegen! Erscheint zahlreich zu dieser wichtigen Versammlung; besonders sind alle bei Bauarbeiten u. Innener arbeitenden Stukkateure nebst Gesellen und Kollegen des Hotelbaues „Espianada“ hierzu eingeladen.

Der Einberufer.  
Restaurant, Borori, Parzellhof, großer u. klein. Saal, Vereinszimmer, 2 Regelbahnen, Tagesgeschäft, viele Fahrräder, einziges am Ort, ohne Konkurrenz, ist sofort zu verkaufen. Preis 22.000 Mark. Brauerei hilft. Offerten M. M. 1874. Berl. Lokal-Anzeiger, Reichensdorf.

Dr. Simmel  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

# Juwelenhaus Zimmermann & Co.

Berlin SO. Oranienstraße Nähe Hochbahnhof

Empfehlen zu streng realen, anerkannt billigen Preisen ihr großes Lager

in **Juwelen, Uhren und Goldwaren**, Oranienstr. 206  
in **Wand- und Stand-Uhren**, Oranienstr. 204  
in **Silber- und Alfenidewaren**, Oranienstr. 207

Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur im Hause. 4490L\*



## Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 44592\*  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix St. Louis 1904.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.  
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.  
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

**Ruhigster Schlaf auf**  
neuesten, absolut geräuschlosen  
**Patent-Matratzen**  
von Westphahl & Reinhold, Berlin,  
Charlottenstr. 29/30. Beachte Stempel! Ueberall erhältlich.  
Metalbleistellen in jeder Preislage.



## Entzückt

werden Sie sein über die hübsche Geschenkschokolade bei dem Belchen-Schokoladen „Goldperle“. Jedes Paket enthält ein reizendes Geschenk. Achten Sie auf den Namen „Goldperle“.  
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

**Fahrräder-  
Motorräder-Lager**  
Reparatur-  
Werkstatt.  
Sämtliche  
Zubehörteile.  
Billigste Preise. III, 3003.  
Arthur Berger,  
Danziger Str. 15.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
Empfehl. v. A. A. A. u. Prof. grad. u. d. H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichsstraße 91/92

## Möbel Schulz

Reichenberger Str. 5,  
Gediegene Arbeit.  
Außerst billige Preise.  
Rud. 30012\*

**Ratenzahlung.**  
**Tanz-Unterricht**  
Albert Fricke  
neuerbaute Arminhallen,  
Kammandantstr. 58/59  
(neben d. Gedr. Herrnsfeld-Theater).  
Anfang Oktober beginnen die  
neuen Sonntags- und Wochentags-  
kurse für Anfänger sowie auch  
Bornerfahrungen. Näheres belagen  
die Prospekte. 44132\*

**Bettfedern,**  
Betten, Inlette kauf. Sie am  
besten Hornstr. 2 b. Neumann.

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Straße 17-18.

Um unserer Kundschaft zum

Veteranen-Straße 1-2.

## Umzug eine besondere billigen Einkäufen Gelegenheit zu

zu geben, gewähren wir von Donnerstag, den 1. Oktober bis Mittwoch, den 7. Oktober inkl.:

# doppelte Rabattmarken.

Als besonders vorteilhaft empfehlen wir:

### Gardinen

Englische Tüllgardinen, weiß oder crème, Meter 55, 48, 35, 25 Pf.  
Englische Tüllgardinen, extra schwere Qualität, Meter 78, 65 Pf.  
Englische Tüllgardinen, abgepaßt, 2 Flügel 3,25, 2,25, 1,05 1,40  
Ziegenfelle 4,85, 3,85

### Polsterbetten

Polsterbett mit Manillabezug 5 50  
Polsterbett mit Ia Drellbezug 7 45  
Chaiselonguebett mit 9 Kugelsprungfedern 10 50

### Wirtschaftsartikel

Küchenwage mit Emaillezierblatt 95 Pf.  
Eiserne Storesstange, 140 cm ausziehbar 48 Pf.  
Scheibengardinenstange, Stück 4 Pf.  
Solinger Bestecke, Paar 58 Pf.

### Stores

Englische Tüllstores, weiß oder crème, 3,50, 2,45, 1,85  
Englische Tüllgardinen, abgepaßt, zwei Flügel, Ia Qualität 6,75, 4,75  
Mullgardinen mit Volant, 190 cm breit, weiß oder bunt gestreift 12,75  
Scheibenschleier mit Zubehör 60, 45, 38 Pf.

### Bettbezüge

Weißer Bettbezüge Deckbett und zwei Kissen 6,40, 5,25, 4,25  
Bunte Bettbezüge Deckbett und zwei Kissen 5,95, 4,35  
Intelligarnitur Deckbett und 2 Kissen 11,55, 8,65, 6,45

### Porzellan — Steingut

Bunte Kaffeeservice neunteilig 1,95  
Washgarnitur fünfteilig 1,95  
Bunte Steingutvorratsstollen 28 Pf.  
Weiße Teller groß, Stück 5 Pf.

### Bettdecken

Englische Tüllbettdecken weiß oder crème 3,25, 2,85, 2,25 2,25  
Englische Tüllbettdecken über zwei Betten 5,75, 4,50  
Körper-Zug-Rouleaux 1,95, 1,25  
Möbelstoffreste für Sofa-Bezüge 7,50, 6,50, 4,85

### Baumwollwaren

Betttüchen kariert, Meter 50, 45, 35 Pf.  
Bett-Inlette glatt u. gestreift, Bettbreite 1,65, 1,35, 95 Pf.  
Barchent Betttücher weiß oder bunt, Stück 1,65, 1,35, 95 Pf.

### Emaille

Ovale Wannen neublau, cm 40 50 60 70 95, 1,95, 2,95, 4,95  
Runde Wannen neublau 1,95, 1,50  
Bunte Eimer mit Deckel 1,95  
Umzugseisenwaren sehr billig.



# Passage-Kaufhaus



Friedrich-Strasse 110-111-112.

BERLIN

Oranienburgerstr. 54-55-56-56B

Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte

Im Mahagoni- und Blauen Saal:

## Ausstellung

von Putz, Kleider- und  
Seidenstoffen, Konfektion

### Eleganter Putz

Sporfhut mit Sammetband garniert, weiß und farbig	3.25
Otero-Form weiß mit farbigem Sammetband garniert	3.90
Rundhut große Form mit Rüschiengarnitur in zahlreichen Farben	5.50
Sammethut große, moderne Form mit plissierten Rüschenlagen	12.75
Sammethut mit Straußenfeder-Bandeau und Flügeln, in modernen Farben	15.75
Sammethut Ia Qual., mit rosa oder weißen Chiffonlagen	19.75
Hutformen, Federn, Flügel, Blumen in ieder Preislage	

Hochelegante Modellhüte bis 500 Mark

### Seidenstoffe

Louisine und Taffet gestreift, in aparten Farben, Meter	1.75	2.20	2.50
Karierte Seiden hell- und mittelfarbig, schottische Dessins, Meter	1.90	2.35	2.70
Lindener Velvets in allen neuen Saisonfarben, Meter	1.60	2.60	
Gemusterte Sammete neue eingepreßte Muster, farbige Bordüren, Meter	2.00	4.50	

### Wollstoffe

Chevron-u. Diagonal-Gewebe Bandstreifen u. Karos, 90/130 cm br., Meter	1.10	2.00
Fantasiestreifen Neuheiten für Plissierhüte, 110/120 cm breit, Meter	1.80	3.00
Glatte Damentuche in großer Farbauswahl, 110/140 cm breit, Meter	2.25	4.00
Glatte Diagonal-Cheviots besonders breitgeköperte Gewebe in allen Saisonfarben, 90/130 cm breit, Meter	90 Pt.	1.50

### FAHR-VERBINDUNGEN:

Auto-Omnibusse: 4, 4a, A. Omnibusse: 2, 5, 10, 14, 18, 20, 44, 45	Strassenbahnen: 1, 4, 12, 16, 18, 19, 25, 26, 28, 29, 32, 34, 43, 52, 56 und Städtische Strassenbahn.	Stadt- u. Vorortbahn: Bahnhof Friedrichstraße Lehrter Bahnhof Stettiner Bahnhof
---	---	--

In der Passage nachm. von 4 bis 8 Promenaden-Konzert.

